

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Kubas Revolution verteidigen!

Jede sozialistische Revolution, die ein Land dem Imperialismus entreißt, ist tödlicher Gefahr ausgesetzt. Gegen die russische Oktoberrevolution 1917 setzten die Westmächte, aber auch Deutschland und Österreich-Ungarn sofort ihre Truppen und Geheimdienste in Marsch und befeuerten von außen den Bürgerkrieg. Beides endete erst 1921.

Keine 20 Jahre später zielte das Hitlerregime auf die Zerstörung der Sowjetunion, auf die Ausrottung eines Großteils der Bevölkerung und auf die Versklavung der übrigen. Zusammen mit der Wehrmacht drangen Truppen aus Italien, Finnland, Ungarn, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien sowie Fremdenlegionäre der SS-Truppen ein. Die Rote Armee besiegte sie und erkämpfte der Welt einen Sieg, der die Weltgeschichte veränderte. In Asien, Afrika und Lateinamerika begannen nationale Befreiungskriege, auch die kubanische Revolution von 1959 war ein Teil dieser Welle.

Das sitzt Imperialisten noch immer in den Knochen. So rief US-Außenminister Marco Rubio am 13. Februar auf der Münchener Sicherheitskonferenz die Westeuropäer zum Roll Back dieser Entwicklung auf. Durch „gottlose kommunistische Revolutionen“ und „antikoloniale Aufstände“ sei es mit dem Westen seit 1945 abwärtsgegangen; das münde nun in der heutigen „Massenmigration“. „Europa“ und die USA gehörten daher zusammen, um die drohende Auslöschung der Zivilisation zu stoppen. Die USA würden das aber auch „notfalls allein“ erledigen.

Was gemeint ist, zeigt seit dem 28. Februar der Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran. Der ist ein kapitalistisches Land, dessen Regierung massenhaft Kommunisten und Sozialisten abgeschlachtet hat, ordnet sich aber den USA nicht unter und verfügt zudem über riesige Vorräte an Öl und Gas. Das reicht als Kriegsgrund. Allerdings wehrt sich die iranische Regierung, was US-Präsident Donald Trump offenbar überrascht hat. Seine Aussagen zum Krieg sind jedenfalls wirr. Der sei „vollendet“, erklärte er am 9. März, aber „noch nicht

gewonnen“. Er werde aber „bald, sehr bald“ enden. Am 15. März steckte Trump offenbar endgültig fest, jedenfalls drohte er in einem Interview mit der „Financial Times“ sogar der NATO mit einer „sehr schlechten Zukunft“, sollten die Verbündeten den USA bei der militärischen Öffnung der Straße von Hormus nicht beistehen.

Trumps achter Kriegseinsatz in seiner zweiten Amtszeit belegt: Kriege und besonders Kolonialkriege sind im imperialistischen Stadium des Kapitalismus gesetzmäßig. Hinzu kommt der Faktor Persönlichkeit: Trump ist unberechenbar – mit unabsehbaren Folgen für den Weltfrieden.

Der hängt auch mit an Kuba, das Trump mehrfach für „reif“ und als „nächstes“ Ziel seiner Raubzüge bezeichnet hat. Kuba hat seit der Revolution 13 US-Präsidenten überstanden, die mit Blockade, Gewalt, wirtschaftlichem Zwang oder erdrosselnder Umarmung versuchten, den Sozialismus auf der Insel zu beseitigen. Das Datum 17. April 1961 erinnert besonders daran: Vor 65 Jahren begann die CIA-gesteuerte Invasion in der Schweinebucht, die von den revolutionären Streitkräften in wenigen Tagen zurückgeschlagen werden konnte. 2026 ist die Insel allerdings in der vermutlich schwierigsten Lage seit damals. Am 13. März, am kubanischen Tag der Verteidigung, informierte Kubas Staats- und Parteichef Miguel Díaz-Canel in Havanna, daß seit drei Monaten keine Treibstofflieferung sein Land erreicht hat. Da Kubas Stromproduktion stark auf Öl angewiesen ist, sind die Folgen des Ausfalls von Elektrizität in allen Bereichen verheerend. Zugleich teilte er mit, daß die kubanische Regierung Gespräche mit den USA führt, und sprach von einem „Dialog in frühen Phasen“. Kontras aus dem Ausland versuchten bereits, mit und ohne Waffen Unruhe zu stiften, es kam zu ersten gewalttätigen Protesten gegen die Krise, aber auch gegen die revolutionäre Regierung.

Kubas Revolution ist bewaffnet, vor allem aber wird sie von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Das ist ihre Verteidigungsgrundlage. Kuba hat viel internationale

Solidarität geleistet – militärisch, medizinisch, pädagogisch. Es ist keine Übertreibung zu sagen: Das Überleben der Menschheit hängt auch davon ab, daß tatkräftig Solidarität mit Kuba geleistet wird. Die Insel ist ein Symbol für Frieden und Gerechtigkeit auf der Welt. Das macht sie zum Angriffsziel des Imperiums. No pasaran! Sie werden nicht durchkommen!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Abschreckung – Schwund einer sicherheitspolitischen Rechtfertigung	2
Ein bißchen Frieden	4
Formen der Aggression	6
Kuba kämpft	6
Erklärung der DKP zum Angriff auf Iran	7
Globaler Süden geht auf Distanz	7
Nahost: Stabilität erleidet Schiffbruch	8
Angriffe Israels auf den Libanon	8
Das StratCom-Konzept der NATO	9
Der russische „Angriffskrieg“	11
Vier Jahre MSO	12
Gründe westlicher Russophobie	14
Wo bleibt BRICS?	16
Hat afrikanische Souveränität einen Preis?	17
Bewaffnung der BRD	19
US- und NATO-Militärbasen in Ramstein schließen!	19
Was die Schulstreiks mit dem Grundwiderspruch zu tun haben	22
5. März: Schulstreiks gegen Wehrpflicht	24
Marxismus noch zeitgemäß?	26
Zur Frage der Diktatur	26
Zum 80. Gründungstag der SED	27
Haus der Kultur (Archiv)	29
Sonnenburg/Słońsk – Standort von Zuchthaus und KZ	30

Abschreckung – Schwund einer sicherheitspolitischen Rechtfertigung

1. Erfahrungen

Manche Konsequenzen des gesellschaftlichen Umbruchs in der Sowjetunion und in den Staaten des von ihr geführten Warschauer Paktes Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zeigen sich vollumfänglich erst heute. Vor allem in ihren umfassenden Auswirkungen für die geschwundenen Perspektiven eines gesicherten Weltfriedens. Noch nie waren die Gefahren einer globalen Kriegskatastrophe für die gesamte Menschheit so groß wie gegenwärtig. Selbst in den zugespitztesten Phasen des Kalten Kriegs waren die Momente des möglichen Ausbruchs eines dritten Weltkriegs nicht von derartig anhaltender Länge wie das bereits heute seit mehreren Jahren der Fall ist. Dieser Umstand war darauf zurückzuführen, daß der Diplomatie der miteinander konfrontierten Staaten und Militärblöcke im Rahmen der Sicherheitspolitik jener Jahre ein offenkundig größeres Gewicht zuerkannt wurde, um rechtzeitig kriegsvorbereitende Kompromißlösungen auszuhandeln. Davon zeugen die damals, wenn auch zweifellos unterschiedlich, wirksamen Verhandlungsgremien zu Rüstungskontrolle und Vertrauensbildenden Maßnahmen, die zwar insgesamt bescheidene, dennoch reale Ergebnisse erbrachten (Genfer Abrüstungsausschuß, SALT, NPT, KSZE, Abkommen über Konventionelle Waffen in Europa, Vertrauensbildende Maßnahmen, Palme-Kommission u.a.).

Die Menschheit war von der Urgesellschaft über die Gesellschaftsformationen von Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus/Imperialismus bis hin zum Staatssozialismus (als Versuch einer von Ausbeutung befreiten Ordnung) zu keinem Zeitpunkt durch Krieg und militärische Gewalt in ihrer Gesamtheit ernsthaft bedroht. Weder konkurrierende Interessen von rivalisierenden Gruppierungen bzw. Staaten um Land, Ressourcen sowie letztlich um Staatlichkeit und Macht vermochten sie existentiell infrage zu stellen. Erst zu Zeiten des Kalten Kriegs schien die Gefährdung der Menschheit in ihrer globalen Gesamtexistenz im Bewußtsein der politischen Verantwortungsträger aufzuscheinen. Die Bedrohungen zeichnen sich allerdings nicht nur vor dem Hintergrund eines sich vollziehenden Klimawandels ab. Nunmehr vor allem als Fazit eines heute erreichten Vernichtungspotentials der waffentechnologischen Entwicklung, daß im Fall seiner umfassenden Anwendung in einem dritten Weltkrieg kaum reale Aussichten für ein menschenwürdiges Überleben der Übriggebliebenen bestehen werden.

2. Streben nach Herrschaftssicherung

Das Bedürfnis nach Schutz und Bewahrung der jeweils Macht ausübenden Klassen und ihrer entsprechenden Herrschaftsgruppierungen in den jeweiligen Staaten (und gegebenenfalls auch separaten Gebieten) fand im geschichtlichen Verlauf seinen Ausdruck nicht nur in einer ständigen Perfektionierung des repressiven Apparates im inneren Bereich staatlicher Herrschaftsausübung. In der Sphäre der äußeren Staatenbeziehungen hatte sich geschichtlich von früh an das Prinzip einer vor äußerer Gewalt schützenden, vorbeugenden und abschreckenden militärischen Bewaffnung etabliert. Der Rückgriff auf das Prinzip der Abschreckung mit der Ankündigung entschlossener Verteidigungsbereitschaft mit Waffengewalt gegenüber den als wahrgenommenen bzw. so dargestellten äußeren Feinden hat seit Jahrtausenden unvermeidlicher Interessenkollisionen zwischen Staaten und Machtgruppierungen seine politische (und zugleich agitatorisch-rechtfertigende) Praktikabilität bestätigt. Dessen Anwendung wurde und wird stets von einer ständigen, sich wechselseitig stimulierenden Entwicklung der Waffentechnik und massierter Aufrüstung getragen. Unterdessen hat die Logik der Abschreckung zu einer sozial höchst teuren, nur noch schwer zu erfassenden Vielfaltigkeit und Vervollkommnung der Vernichtungspotentiale des Militärwesens geführt. Sie führte zugleich das Mittel eines Krieges als Zweck einer politischen Zielsetzung inzwischen immer mehr an die Schwelle eines absurden Fazits: Ein Sieg für das zu Verteidigende (oder auch zu Erobernde) erweist sich mit Blick auf das rationale Gesamtergebnis an Tod und Zerstörung als immer weniger erreichbar.

3. Abschreckung im Zeitenwandel

Die Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – im Zeichen der Bipolarität zwischen den USA und Sowjetunion – insbesondere jedoch im neuen Jahrhundert nach dem Umbruch zum Kapitalismus in Rußland und Osten Europas, legen angesichts immer perfektionierterer bzw. neuartiger Massenvernichtungswaffen in erster Linie den Großmächten, aber ebenso ihren Bündnispartnern, eine Neubestimmung des Verständnisses friedlicher Koexistenz zwingend nahe.

Dieses existentielle Grundinteresse aller Völker der Erde wird jedoch durch zahlreiche gegenseitige Aggressionsdrohungen, Krieg und Hochrüstung ignoriert. Statt dessen schürt die militaristische Propaganda von

NATO und EU Ängste vor einem äußeren Feind in Gestalt von Rußland, indem für Abschreckung durch Wehrtüchtigkeit und Aufrüstung wie nie zuvor getrommelt wird, unter dem heuchlerischen Verweis der NATO, daß Europa seit 1945 gleichsam erstmals von einem „unprovokierten“ Krieg Rußlands gegen die Ukraine erschüttert werde. Und dies ohne jegliche Erwähnung des NATO-Überfalls auf Jugoslawien 1999 oder des westlich inszenierten und finanzierten gewaltsamen Kiewer Maidan von 2014. EU-Europa forciert unter dem offenkundigen Führungsanspruch Deutschlands die Aufrüstung und Militarisierung mit dem Ziel, das Wagnis eines eventuellen Waffengangs mit Rußland 2029/30 bestehen zu können. Der Krieg zwischen der Ukraine und Rußland soll daher mit der waffentechnischen Unterstützung der EU-Staaten offengehalten und bis zu einer erhofften russischen Niederlage fortgesetzt werden.

4. Sicherheit – statt Parität eigene Überlegenheit?

Die im Grunde genommen seit dem frühen Altertum im Militärwesen praktizierte Logik der Abschreckung stützte sich stets auf reale, aber ebenso oft lediglich auf die von den jeweils Herrschenden behaupteten Bedrohungen ihrer staatlichen Ordnung von einem oder gar mehreren äußeren Feinden. Die Bewahrung der geltenden Herrschaftsordnung durch Abwehr des realen Angreifers oder auch eines potentiellen Aggressors war die in aller Regel erfolgreich durchsetzbare Argumentation als glaubhafte Rechtfertigung der jeweils Machtausübenden gegenüber ihren Völkern. Letztere hatten und haben bis heute stets die sozialen Lasten und Entbehnungen dieser angekündigten oder bereits in Gang gesetzten Waffengänge zu tragen. Daher war ein möglichst großes Waffenarsenal über die Jahrhunderte eine unbestreitbare Voraussetzung dafür, nicht einer land- oder machthungrigen Herrschaft eines Nachbarstaats zum Opfer zu fallen. Aber ebenso auch eine Möglichkeit, mit seinen Waffen bei einem schwächeren Nachbarn mit militärischer Drohung bzw. kriegerischer Gewalt Gebiete zu annektieren oder gar Regierungen zu stürzen („regime change“). Militärische Verteidigungsbereitschaft und ein gewisses Maß an Rüstung erschienen somit zu keinem Zeitpunkt der Geschichte als abschreckende Kriegsvorbereitung völlig ungerechtfertigt. Die Dimensionen des Militärwesens und der Waffentechnik führten im 19. und 20. Jahrhundert dazu, daß der üblicherweise von den Staatsführungen proklamierte „sichere Schutz“ vor äußerer Aggression gewährleistet sei, wenn mindestens ein ungefährer

Gleichstand der Fähigkeiten des eigenen Streitkräftepotentials gegenüber dem des realen oder auserkorenen Feindes erreicht wurde. Ähnliche Erwägungen galten seinerzeit auch für die Einschätzung der Kräfteverhältnisse zwischen den Militärbündnissen. Der hiermit sowohl von NATO als auch Warschauer Pakt erhoffte „sichere Schutz“ erwies sich aber immer weniger in Hinblick auf die Dynamik der militärtechnischen Entwicklungen als zuverlässig kalkulierbar: Sicherheit wurde zunehmend als zu erstrebende Dominanz durch eigene militärische Überlegenheit gegenüber dem gegnerischen Akteur begriffen. Der Rüstungswettlauf des Kalten Kriegs zwischen den USA und NATO sowie der UdSSR und Warschauer Pakt war Ausdruck dieses inzwischen etablierten Sicherheitsverständnisses und hinterließ zunächst ein unvorstellbar großes Zerstörungspotential von über 50 000 atomaren Sprengköpfen. Der Staatssozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa hat sich buchstäblich totrüstet lassen, in dessen Ergebnis Rußland samt ehemaligen Bündnisländern wieder in das kapitalistische System eingliedert werden konnte.

Die Weltpolitik von heute wird nicht mehr durch lediglich zwei atomar extrem gerüstete Supermächte, sondern nunmehr vor allem durch die Aktionen der drei militärischen Großmächte – USA, China und Rußland – aber auch von Indien, Pakistan, der EU, Großbritannien, Brasilien (noch ohne Kernwaffen) und von zwei weiteren über Atomwaffen verfügende Staaten (Israel und Nordkorea) maßgeblich gekennzeichnet. Vor allem die USA gehen – angesichts ihres schwindenden weltpolitischen Einflusses – aber gestützt auf die größte materiell-technische Basis ihrer Wirtschaft und den Dollar als Weltwährung

– gegenüber den anderen globalen Akteuren – von einer auf klar aggressiv-militärischer Dominanz basierenden Sicherheitskonzeption aus („superiorty“). Erodierende Tendenzen militärischer Hegemonie der USA im NATO-Bündnis und gegenüber der EU zeigen sich im Zuge des Ukraine-Krieges in der Forcierung eigener westeuropäischer Kriegsfähigkeit gegenüber Rußland, ggf. auch ohne direkte Teilnahme der USA. Die Hochrüstung der NATO- und EU-Staaten erreicht bereits heute schon das etwa Dreifache der Kriegsausgaben Rußlands, was über die Dimensionen der westlichen Abschreckungslogik und über die sozioökonomischen Folgen alarmierende Aufschlüsse erlaubt (Erreichen von fünf Prozent des Bruttoinlandproduktes für Aufrüstung bis Ende dieses Jahrzehnts).

5. Endzeitrisiken

Auf längere Sicht überschatten in den sich abzeichnenden geopolitischen Rivalitäten die Konsequenzen einer fallenden Berechenbarkeit der politischen Akteure und der ihnen zunehmend diversifiziert und perfektioniert zu Gebote stehenden Militärpotentiale nach Umfang, Größe und Qualität jegliche Bemühungen um Konfliktbehebung und Friedenssicherung. Ob zu taktischen oder strategischen Zwecken – der geplante Einsatz der technisch immer destruktiveren Waffentechnik wird unter den Bedingungen eines immer höheren Zeitdrucks erfolgen, die zu automatisierten Befehlsketten zwingen und somit die Möglichkeiten für politisch abwägende Entscheidungen immer weniger erlauben. Die mit praktisch unbegrenzter Kreditaufnahme erfolgte Ankündigung der BRD-Regierung, Deutschland zur stärksten konventionell bewaffneten Macht aufzurüsten (Kanzler Merz: in „partnerschaftlicher

Führung“) unterstreicht ihre politischen Ambitionen einer Großmacht nicht nur auf Kosten der Bundesbürger, sondern ebenso der anderen Völker in den wirtschaftlich schwächeren Ländern EU-Europas. Darüber hinaus besteht die wachsende Gefahr, daß ehe überhaupt von Staats- und Militärführungen eventuell konkret ins Visier genommene Kriegshandlungen konzipiert worden sein könnten, das vorhandene Zerstörungspotential unbeabsichtigt zur Auslösung einer nicht mehr aufzuhaltenden Katastrophe führt. Denkbar ist dies durch Fehldeutungen der miteinander verfeindeten Mächte oder technische Fehler der höchst sensiblen, für verschiedenste funkelektronische Störungen anfälligen Waffentechnik. Eine besonders kritische Zuspitzung erfährt dieser Umstand im Bereich der Kernwaffen, nachdem mit dem Ausstieg der USA aus dem letzten Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen mit Rußland sich alle Bereiche nuklearer Rüstungskontrolle durch Vertragslosigkeit für weitere kaum steuerbare Gefährdungen öffnen. Die allseits proklamierte und praktizierte Logik der Abschreckung mag zunächst noch zu einer von den Obrigkeiten erzwungenen Kriegsfähigkeit führen, aber ihr unausbleibliches Fazit droht: Die Katastrophe eines totalen Massensterbens mit einem nie gekannten Ausmaß an Zerstörung. Nur vor Eintritt eines derartigen Ereignisses ist eine Umkehr zu Verhandlungen, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und damit die Aussicht zu einem sozial würdigen Menschenleben möglich. Nicht aber danach – dann nützt den Verbliebenen der Wille zu einsichtsvoller Umkehr angesichts der Sinnlosigkeit der eingetretenen Umstände so gut wie gar nichts mehr.

Prof. Dr. Gregor Putensen, Greifswald

Zurück zum Kolonialismus

Was ich heute schreibe, verdanke ich fast komplett einem Artikel von Joël Glasman in der *FAZ*, in deren Wissenschaftsteil am 4. März 2026. Glasman ist Franzose und Professor für Geschichte an der Universität Bayreuth. Er beschäftigt sich mit dem sogenannten Gazaplan, den Donald Trumps Schwiegersohn Jared Kushner am 22. Januar vorgestellt hat und der, wie der Autor schreibt, alle Definitionsmerkmale des Kolonialismus erfüllt. Das fängt mit dem asymmetrischen Krieg an (brutale Kampfhandlungen, zivile Opfer, getötete Kinder). Für jeden getöteten Israeli wurden 60 bis 80 Palästinenser umgebracht. Seit dem Anfang dieses Krieges wurden mehr als 100 000 Palästinenser getötet. Es folgt zweitens die Zerstörung der Infrastruktur und die territoriale Eroberung von Gaza, derer sich die Regierung Israels rühmt und die plant, die militärische Kontrolle über das gesamte Territorium zu behalten.

Schließlich typisch für den Kolonialismus: die politische Willkür als koloniale Herrschaftsstruktur. Keine Spur von Gewaltenteilung, keine Trennung privater und öffentlicher Interessen. Das „Board of Peace“, das höchste Entscheidungsorgan, besteht aus vom US-Präsidenten ernannten Vertretern aus 21 Ländern und wird von Herrn Trump selbst – auf Lebenszeit – geleitet. Die Organe darunter, das „Executive Board“ und das „Gaza Executive Board“, bestehen aus Diplomaten und Geschäftsleuten. Die Mitglieder der von Trump eingesetzten „Boards“ werden sogar ermutigt, ihren eigenen Profitinteressen nachzugehen. Der „Entwicklungsplan“ für „New Gaza“ sieht Investitionen in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar vor. Allein im untergeordneten „National Committee“ kommen auch Palästinenser vor, aber auch sie wurden nicht vom Volk gewählt, sondern von einem fremden Land bestimmt. Ein Paradebeispiel

für indirekte Herrschaft. Die ausländische Besatzungsarmee steht unter der Leitung des US-Generals Jasper Jeffers.

Für die Geschichtswissenschaft ein klarer Fall von Kolonialismus, schreibt Glasman. Er erinnert an die Resolution 1514 der Generalversammlung der UNO vom 14. Dezember 1960: „Die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung stellt eine Verweigerung grundlegender Menschenrechte dar.“ Menschenrechte und Souveränität sind keine politischen Ansichten, sondern juristisch garantierte Rechte. Kolonialismus ist illegal. Er ist ein Verbrechen. Die Dekolonisierungsresolution stieß 1960 auf einen breiten Konsens. Kein einziges Land der Welt stimmte dagegen.

Lucas Zeise

Redaktionell gekürzt

Aus: *junge Welt*, 7./8.3.2026

Ein bißchen Frieden? Oder wie bekomme ich einen Friedensnobelpreis

Irgendwie sind alle ein bißchen genervt vom Agieren dieses US-Präsidenten, der offensichtlich aus einer Aufbewahrungsanstalt für durchgeknallte Figuren entwichen ist. Einer der Höhepunkte in letzter Zeit war, daß er zwar der aktuellen Friedensnobelpreisträgerin, der venezolanischen Bürgertochter Machado, gratuliert hat, aber schon kurz darauf greinend wie ein Dreijähriger im Oval Office saß. Er wählte sich als, nach eigenem Verständnis, größter Friedensbringer nach Jesus von Nazareth, womit er den Friedensnobelpreis für sich reklamierte. Das nun wiederum hatte das norwegische Nobelpreiskomitee, das aus zwei Politikwissenschaftlern sowie drei norwegischen, konservativen Exministern besteht und nicht unumstritten ist, jedoch nicht erkannt, weswegen der Verkannte ihnen nun mit Sanktionen droht, vielleicht lebenslangem Muffin- und Bagelelntzug. Dabei ist die Kontroverse um diesen Preis, der vielleicht für den wirklichen Frieden nicht der bedeutendste, aber der bekannteste ist, nichts Neues.

Das beginnt schon mit dem ersten Träger des Preises Henry Dunant, der als er zu Napoleon III. unterwegs war, um ihm Land in Algerien abzuschwatzen, zufällig Zeuge einer blutigen Schlacht mit 6000 Toten und mehr als 25 000 Verwundeten, wurde. Viele Tote (und deren Zahl erhöhte sich in den folgenden Wochen noch um einiges) starben vor allem wegen unzureichender Wundversorgung. Von dem Geschehen stark beeindruckt, gründete er 1863, also vier Jahre nach der Schlacht, in Genf mit einem Juristen, zwei Ärzten und einem General ein Komitee, aus dem sich später das Internationale Rote Kreuz entwickeln sollte. Die berühmte Schwester Nightingale, die sich bereits ein paar Jahre vorher während des Krimkrieges um eine sachgemäße Wundversorgung und die Einrichtung von Lazaretten verdient gemacht hatte, spielte bei der Gründung des IRK keine Rolle, und so erhielt Dunant den ersten Friedensnobelpreis 1901.

Übrigens wäre der jetzige US-Präsident nicht der erste in diesem Amt, der diesen Preis für außerordentliche Verdienste um den Frieden bekommen würde. Immerhin waren von 21 US-Amerikanern, die den Friedensnobelpreis bekommen haben, vier Präsidenten. Den Auftakt machte 1906 Theodore Roosevelt. Er bekam die Ehrung für eine Vermittlung eines Friedensvertrages zwischen Rußland und Japan (Russisch-Japanischer Krieg 1904/05). Seine eigenen Ambitionen spielten offensichtlich für die Preisverleihung keine Rolle. Denn er hatte im US-amerikanisch-spanischen Krieg als

Truppenführer gekämpft und setzte nach dem Sieg seines Vorgängers über Spanien, die den USA die Kontrolle über Kuba, Puerto Rico, Guam und die Philippinen einbrachte, dessen Politik fort. Er erweiterte die Monroe-Doktrin um die Politik des Big Stick, was meinte, alle, die sich nicht den US-Forderungen unterwarfen, mit Gewalt bedrohen zu sollen. So wurden fortan die US-amerikanischen Marineinfanteristen, besser bekannt als Marines oder Lederhosen, zu bewaffneten Botschaftern US-amerikanischen Willens und tauchten fürderhin immer mal wieder vor oder an den Küsten fremder Länder auf, um US-Außenpolitik durchzusetzen. Der bisher letzte



Henry Dunant (1828-1910), erster Friedensnobelpreisträger 1901

US-Präsident in der Reihe der Friedensnobelpreisträger war Barack Obama. Jener galt ja als liberalster aller US-Präsidenten und war ein Idol sich links wählender bürgerlicher Kräfte. Aber auch er hatte seine Leichen im wahrsten Sinne des Wortes im Keller. Ich zitiere hier einmal aus einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, die nun wirklich unverdächtig ist, geht doch ihre Gründung auf eine Initiative des BND, also des deutschen Auslandgeheimdienstes zurück¹: *„Soweit bekannt und durch zwei öffentliche Quellen bestätigt, wurden nach der Berechnung der New America Foundation*

*zwischen 2004 und Mitte April 2013 in Pakistan 55 Führungspersonen von al-Qaida und den Taliban durch Drohnenangriffe getötet. Das heißt, diese stellen nur einen Bruchteil der in diesem Zeitraum durch Drohnenangriffe Getöteten dar – die Schätzungen der Organisation bewegen sich zwischen 2003 und 3321 Personen. Im Jemen lag die Zahl der getöteten al-Qaida-Führungspersonen seit Beginn der Drohnenangriffe unter Obama bei 34 – bei einer geschätzten Gesamtzahl von 427 bis 679 Getöteter ... Im Vergleich zu den Bush-Jahren stieg die Zahl der Drohnenangriffe zu Beginn der ersten Amtszeit Obamas erheblich an. Mittlerweile ist sie jedoch zurückgegangen. Nach den Zahlen, die die New America Foundation zusammengestellt hat, griffen die USA unter Präsident Bush 48 mal mit Drohnen Ziele in Pakistan an, unter Präsident Obama waren es bis März 2013 307 Attacks. Höhepunkt war das Jahr 2010 mit 122 Einsätzen; 2011 sank die Zahl auf 73, 2012 auf 48 ... Während die Zahl der Drohneinsätze in Pakistan sank, intensivierte die Obama-Administration den Drohnenkrieg im Jemen gegen den dortigen Ableger der al-Qaida. Nur einmal, und zwar im Jahre 2002, hatte die Bush-Regierung einen Drohneinsatz im Jemen angeordnet. Im Dezember 2009 setzte unter Obama eine Serie von Angriffen ein, die mit mindestens 46 Einsätzen im Jahre 2012 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.“*² Ein Höhepunkt war das gemeinsame Anschauen, mit seinen engsten Mitarbeitern, der Tötung von Osama bin Laden in seinem Versteck in Pakistan durch US-amerikanische Soldaten im Rahmen der Operation „Speer des Neptun“ am 2. Mai 2011. Fremde Soldaten ohne Einwilligung der örtlichen Regierung richteten Menschen hin. Dazu bemerkte der Deutsche Bundestag auf Anfrage des Grünen Ströbele: So hatte es die Bundeskanzlerin bereits zu Beginn ihrer Erklärung als gute Nachricht bezeichnet, „daß dieser Kopf des Terrors keine weiteren Anschläge mehr in Auftrag geben kann“. Auch mit der zitierten Antwort hat sie ihre Erleichterung über eben diesen Umstand zum Ausdruck gebracht. Daß genau dieser Gedanke der Erleichterung das zentrale Element der Erklärung war, hat die Bundeskanzlerin abschließend auch noch einmal hervorgehoben: „Das ist das, was jetzt für mich zählt.“ Die Bundesregierung sieht daher keinen Widerspruch zum Grundgesetz oder zum Völkerrecht.³

² https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2013A37_rdf.pdf, Seite 5f

³ Antwort des Staatsministers Eckhard von Klaeden, zit. nach <https://dsrserver.bundestag.de/btp/17/17107.pdf#P.12277>

¹ Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung_Wissenschaft_und_Politik

Man könnte die Reihe merkwürdiger Friedensnobelpreisträger fortführen, was nicht heißt, daß es zu jeder Zeit auch viele gegeben hat, die sich den Preis ehrlich verdient haben. Die Vorgaben durch den Stifter Alfred Nobel waren aber auch vage. „Mit meinem verbleibenden realisierbaren Vermögen soll auf folgende Weise verfahren werden: das Kapital, das von den Nachlaßverwaltern in sichere Wertpapiere realisiert wurde, soll einen Fonds bilden, dessen Zinsen jährlich als Preis an diejenigen ausgeteilt werden sollen, die im vergangenen Jahr der Menschheit den größten Nutzen erbracht haben. Die Zinsen werden in fünf gleiche Teile aufgeteilt: [...] und ein Teil an denjenigen, der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat. Der Preis [...] für Friedensverfechter [wird] von einem Ausschuß von fünf Personen [vergeben], die vom norwegischen Storting gewählt werden.“⁴

Das schreit förmlich danach, sich noch einmal mit dem Begriff vom Frieden generell auseinanderzusetzen, denn nach dem Vermächtnis von Nobel reicht ja schon ein bißchen Frieden, wie die völlig unbedarfte Marianne Rosenberg so schön naiv 1982 trällerte.

In der Geschichte gab es vielerlei Vorstellungen und Definitionen vom Frieden. In der Antike, so die meisten Interpretationen, hielt man den Krieg noch für den Normalzustand. Gern wird dann auf Heraklit, von dem der Satz vom Krieg als Vater aller Dinge stammen soll, verwiesen. Dabei haben sowohl Platon als auch Aristoteles in ihren Schriften zum Zweck des Staates darauf hingewiesen, daß Frieden der Normalzustand des Staates sein sollte, denn nur der Frieden läßt eine freie und glückliche Gemeinschaft entstehen, und kritisierten in dem Zusammenhang das militaristische Sparta, in dem alle Spartiaten sich beständig im Kriegshandwerk zu üben hätten, um der Polis als Krieger zur Verfügung zu stehen. Allerdings gilt natürlich für die Antike, daß die Gemeinschaft nur die besitzenden Vollbürger umfasst.

Die christliche Kirche, die ja vom Mittelalter bis heute eine der Hauptideologien des sogenannten Abendlandes liefert, bezeichnet sich selbst als Friedensstifter. Einer der frühen wichtigen Denker der christlichen Kirche, Augustinus von Hippo (354–430), schreibt in seiner Schrift *De civitate Dei* (Vom Gottestaat, 413–426) u.a., daß nicht der Krieg, sondern der Frieden das eigentliche Gesetz der Natur sei. Er begründet das u.a. so, daß „man doch nicht nachweisen kann, daß Menschen glücklich sind, die stets in Kriegsnoten dahingleben und in Bürger- oder Feindesblut, auf jeden Fall in Menschenblut, waten“...⁵ Allerdings schreibt er ebenso, daß der Mensch

gerechte Kriege (*bellum iustum*) führen müsse, wenn sie dann Gottes Gerechtigkeit herstellen. An diese Gedanken knüpft später Thomas von Aquin im 11. Jahrhundert an. Darin eingeschlossen war der stetige Kampf gegen Andersgläubige, die als Ungläubige denunziert wurden. Waren es bei Augustinus noch die Juden, waren es ein paar hundert Jahre später die Muslime in den Kreuzzügen. Dieser Einschränkung des Friedensbegriffs ist die Kirche bis heute treugeblieben. Feldgeistliche und Soldatenkoppel, auf denen „Gott mit uns“ steht, legen beredtes Zeugnis davon ab. Die Denkschrift der Evangelischen Kirche „Die Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick“ von 2025 greift den Gedanken des gerechten Friedens auf und befürwortet damit auch die Aufrüstung in Deutschland als notwendiges Übel zur Herstellung eines gerechten Friedens. Wörtlich heißt es: „Denn gerechter Friede entsteht erst dort, wo neben der Waffenruhe auch Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen. Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik Bedingungen dafür schafft. In Verteidigung muß investiert werden, denn sie dient dem Schutz von Menschen, Rechten und öffentlicher Ordnung.“⁶ In Ewigkeit amen! Frieden ist also nur akzeptabel, wenn er sich den christlich-abendländischen Bedingungen beugt. Frieden an sich ist eben doof. Dazu kann man im Online-Lexikon für Schüler nachlesen, daß das alles auf Kant zurückzuführen sei, der dem Frieden eine moralische Dimension gegeben hat. Da ist sicher auch etwas dran, und natürlich ist Krieg, als Gegenteil von Frieden, moralisch höchst verwerflich. Doch läßt einem die moralisierende Sicht auf den Friedenszustand immer jenes Schlupfloch offen, daß eben doch noch einmal ein Krieg um des Friedens willen geführt werden muß. Wozu eine solche Betrachtungsweise führt, konnte man in den letzten 30 Jahren (und natürlich auch davor) trefflich beobachten. Nur ein paar Beispiele: Die westliche Wertegemeinschaft vs. Irak, drei Feldzüge, hunderttausende tote Iraker und eine seit mehr als 20 Jahre andauernde Besetzung eines nach wie vor fragilen Staatsgebildes. NATO vs. Jugoslawien, zehntausende Tote, Staat zerschlagen, Teilstaaten hängen zu großen Teilen am Tropf der EU. Afghanistan, Strafexpedition der USA, später der NATO vs. den Terror. Wieder zehntausende Tote, ein Regime an der Macht, das um Längen schlechter ist als das vorherige, die Menschen wieder zurückgebombt ins Mittelalter und nicht weniger Terror. So könnte

man die Reihe fortführen, Libyen, Syrien, Gaza usw. Moral und moralische Überheblichkeit sind also nicht der Weg zum Frieden. Unsere bärtigen Vordenker aus dem 19. Jahrhundert haben wohl erstmals die Fragen richtig gestellt. Ist Krieg den Menschen angeboren, ist er ihre moralisch dunkle Seite oder dient er zur Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen? Wenn Krieg aber interessengeleitet ist, dann auch der Frieden. Für die kapitalistische Gesellschaftsform bedeutet Krieg, das wußte schon Clausewitz, und das legten auch Marx und Engels ihren Überlegungen zugrunde, die Durchsetzung politischer (und damit vor allem ökonomischer) Interessen. Marx und Engels erkannten die Besitzer von Produktionsmitteln, aka Kapitalisten, als die Klasse, die Kriegführung zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzt und damit den Frieden „als Naturzustand“ der Menschen immer wieder gefährdet. Heute, im Zustand des Versuchs eines unipolaren Imperialismus, bekommt die Krieg-/Friedenfrage eine neue Dimension auch wegen der technischen Möglichkeiten. Heute kann die gewaltsame Durchsetzung globaler imperialer Interessen schnell auf das Shakespeare'sche Sein oder Nichtsein hinauslaufen, denn die technischen Mittel, die Menschheit vom Erdball zu tilgen, sind seit Jahrzehnten vorhanden, und wie wenig dieser Gedanke in die Köpfe der verantwortlichen Politiker gedrungen ist, läßt sich unschwer an der Forderung nach mehr europäischen Atomwaffen und deutschem Zugang dazu ablesen. Vielleicht fragen wir mal eine etwas ältere, jedoch durchaus in der Aussage aktuelle Schrift dazu. Im kleinen politischen Wörterbuch aus der DDR von 1988 kann man dazu folgendes finden: „Der Frieden ist, angesichts der möglichen Folgen und Auswirkungen eines Nuklearkrieges, notwendig und die Sicherung des Friedens ist zur Existenzbedingung der Menschheit, zur unabdingbaren Voraussetzung ihres Fortbestandes und ihrer weiteren Entwicklung – auf der Basis welcher Gesellschaftsformation sie sich in den einzelnen Staaten auch vollziehen mag – geworden. Der Frieden ist das kostbarste Gut der Menschheit. Die Verhinderung eines nuklearen Infernos und die Bewahrung und dauerhafte Sicherung des Friedens ist daher die wichtigste, alles übergreifende Aufgabe der Gegenwart. Zum ersten Mal in der Geschichte ist eine Lage entstanden, in der es um Sein oder Nichtsein der Menschheit und ihre weitere Existenz geht.“⁷

Nicht Kriegsertüchtigung, sondern Kampf um den Frieden für jeden und alle ist notwendiger Existenzkampf für jeden und alle. Deshalb fällt allen Kriegstreibern in den Arm, die einen Frieden mit Kriegsvorbereitungen zu erringen gedenken. Das gilt genauso für geistige Brandstifter aller Art, ganz gleich ob sie in ovalen oder eckigen Büros residieren!

Uli Jeschke

4 Zit. nach <https://de.wikipedia.org/wiki/Friedensnobelpreis>

5 Zit. nach https://de.wikipedia.org/wiki/Augustinus_von_Hippo

6 Die Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick, S. 13, zit. nach https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf

7 Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1988, S. 237 f.

Formen der Aggression als Test?

Sanktionen mit militärischer Gewalt zu kombinieren ist ein Standardinstrument der US-Außenpolitik, wie bereits in Irak, Jugoslawien, Syrien und Venezuela praktiziert. Neu ist bei der unprovokierten Aggression Israels und der Vereinigten Staaten gegen Iran, daß sie vor dem Hintergrund laufender Friedensgespräche erfolgte, die erste Ergebnisse brachten. Die verheerende Botschaft heißt: Zugeständnisse sind wertlos, wenn die Entscheidung zum Angriff unabhängig vom Verhandlungsergebnis bereits gefallen ist. Natürlich ist den Aggressoren bewußt, daß Iran unter anderem mit Raketenangriffen reagieren wird. Offenbar halten Washington und Tel Aviv die Kosten für tragbar und sind zuversichtlich, daß der Schaden überschaubar sein wird. Dasselbe gilt für die Risiken des Öltransits im Persischen Golf, die durch die Sperrung der Straße von Hormus den Tankerverkehr vorübergehend unterbrechen. Auch dieses Risiko scheint akzeptabel zu sein. Der brutale Bruch des Völkerrechts macht deutlich, daß das alte, auf die UN zentrierte System nun endgültig der Vergangenheit angehört, zusammen mit der ihm

zugrundeliegenden, auf der Charta basierenden Rechtsordnung. Vorerst hat Trump es faktisch begraben.

Die Zeit seit dem Sommer 2025 haben die USA und Israel genutzt, um die iranische Führung zu untergraben und potentielle Überläufer im Land zu identifizieren – Personen, auf die sie nun möglicherweise setzen. Der israelische Geheimdienst Mossad hatte die nötigen Informationen, um die militärische Führung gleich zu Beginn der Aggression auszuschalten.

Putin erklärte, daß der Konflikt die Gefahr bringe, die Region in einen „umfassenden Krieg mit unvorhersehbaren Folgen“ zu stürzen.

Für Rußland ist die Variante „Sanktionen plus Militärschlag plus Verhandlungen“ aus naheliegenden Gründen hochrelevant. Handelt es sich bei dieser Operation auch um einen Testfall, eine Generalprobe für einen Krieg gegen einen atomwaffenfähigen Staat, insbesondere, wenn dieser zuvor wirtschaftlich geschwächt, militärisch geschwächt und intern destabilisiert wurde? Es stellt sich unweigerlich die Frage, wie Verhandlungen über die Ukraine und ein von den

USA vermittelter Friedensprozeß unter diesen Umständen fortgeführt werden können. Zu befürchten ist, daß auch die westlichen EU-Staaten durch das Vorgehen der USA und Israels Auftrieb für die eigenen Pläne erhalten. Die Militarisierung der baltischen Staaten schreitet voran, die Zahl der NATO-Soldaten habe sich dort seit Februar 2022 fast verdoppelt. Über 20 taktische NATO-Kampfflotten werden im Rotationsverfahren eingesetzt.

Im Baltikum werden jährlich bis zu 40 Manöver mit Szenarien für einen Krieg gegen Rußland durchgespielt. Die Militarisierung der baltischen Staaten geht einher mit einer antirussischen Informationskampagne. Der russische General Iljin aus dem russischen Verteidigungsministerium berichtete, daß entlang der Ostgrenze Lettlands, Litauens und Estlands die sogenannte Baltische Verteidigungslinie aufgebaut wird. Ihre Grundlage bilden technische Sperranlagen und befestigte Stellungen. Er berichtete außerdem, daß die Aktivitäten der NATO-Seestreitkräfte in der Ostsee deutlich zugenommen hätten.

(gestützt u.a. auf russ. Experten)

Horst Neumann, Bad Kleinen

Kuba kämpft

Der kubanische Journalist Michel Torres Corona schrieb am 21. Februar über die aktuelle Lage

Vor vier Jahrhunderten beschloß Galileo Galilei, die Dogmen der Kirche in Frage zu stellen und die These des Kopernikus zu verteidigen: Nicht die Sonne dreht sich um die Erde, sondern umgekehrt. Das brachte ihm die Feindschaft der Kirche und ein Inquisitionsverfahren wegen Ketzerei ein. Galileo widerrief öffentlich all seine Behauptungen, die auf solider wissenschaftlicher Beweisführung basierten, und ging vor dem irrationalen Konservatismus in die Knie. Auf dem Sterbebett, so heißt es, soll er dann gemurmelt haben: „Und sie bewegt sich doch.“ Der Satz ist wahrscheinlich nur Legende. Doch ist er zum Symbol dafür geworden, das zu hinterfragen, was dem Zwang und nicht der Logik entspringt. So kam es, daß Galileo zum Sinnbild des Menschen wurde, der von arroganten Mächten, die Vernunft und Wahrheit aus politischem Interesse leugnen, zum Schweigen gebracht wurde. Heute werden alle möglichen Beschuldigungen gegen Kuba vorgebracht, aber was uns unsere Feinde tatsächlich nicht verzeihen, ist die bloße Tatsache, daß wir ein Gesellschaftsmodell in Frage stellen, das

weltweit herrscht und das wir unter dem Namen Kapitalismus kennen. Für sie stehen Geld und Waren im Mittelpunkt des Universums: Alles dreht sich ums Eigeninteresse. Um die „Demokratie“ zu verteidigen, greifen unsere Feinde zu Zwangsmaßnahmen, die im Gegensatz zur internationalen Rechtsordnung stehen. Um „unsere Menschenrechte zu verteidigen“, blockieren sie Kuba. Das erschwert nicht nur unsere Selbstverwirklichung als Bürger, sondern sogar unser bloßes Fortbestehen als Lebewesen. Sowohl Mike Hammer, der zynische diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten, als auch Maria-Elvira Salazar, in Miami geborene Abgeordnete im US-Kongreß, die ihre Karriere (und ihr Vermögen) mit ihrer Feindschaft zu Kuba gemacht hat, sprachen in den vergangenen Tagen über das „Opfer“ unseres Volkes. Sie wissen, daß wir leiden, daß es immer schwieriger wird, etwas zu essen zu finden oder Strom zu haben.

Das jüngste Urteil der Trumpschen Inquisition beinhaltet, Kuba jeglichen Zugang zu Treibstoff zu verwehren. Das Transportwesen ist am härtesten getroffen. Vor allem am Wochenende sind die Straßen praktisch leer, das Benzin auf dem Schwarzmarkt wird immer teurer. Die Busse zwischen den Provinzen haben ihre Fahrten reduziert. In den

Städten ist der Betrieb praktisch eingestellt worden.

Wir sind weiter Ketzer der internationalen Ordnung, die vom Imperialismus befehligt wird. Wir werden weiter unsere Souveränität verteidigen. Wie kommen wir Kubaner von der Stelle, wenn man uns den Treibstoff verweigert? Nun, wir fahren mit dem, was sich ergibt, mit elektrischen Fahrzeugen, mit dem Fahrrad oder mit dem wenigen Benzin, das noch im Umlauf ist. Wir machen es auf solidarische Weise, bitten um Mitfahrgelegenheit oder organisieren kollektive Methoden zur Unterstützung. Und wir gehen sehr viel zu Fuß.

Die kubanische Regierung unternimmt große Anstrengungen. Es sind Schiffe mit Erdöl in Kuba angekommen, niemand weiß wie oder woher. Wie José Martí bestätigen würde: „Es gibt Dinge, die, damit sie erfolgreich sein können, im Verborgenen geschehen müssen.“ Es ist geplant, die Ressourcen dorthin zu verlegen, wo sie am nötigsten sind.

Man macht uns das Leben immer schwerer, und doch sind wir hier und am Leben. Vielleicht haben wir bald keinen Treibstoff mehr. Und Kuba, unsere Insel, sie bewegt sich doch.

*Redaktionell gekürzt
Aus: junge Welt, 6.3.2026*

Erklärung der DKP zum Angriff der USA und Israels auf den Iran

Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg stoppen!

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt die militärischen Angriffe Israels und der USA auf zivile und militärische Ziele in verschiedenen Regionen des Iran und solidarisiert sich mit dem angegriffenen Land.

Der Angriff ist völkerrechtswidrig und torpediert die Atomverhandlungen mit dem Iran. Die deutsche Bundesregierung wurde nach eigenen Angaben im Vorfeld über die Kriegshandlungen informiert und trägt aufgrund ihrer Untätigkeit eine Mitverantwortung für diese gefährliche Eskalation. Währenddessen verübt der Iran Gegenschläge auf US-Militär, zum Beispiel in Kuwait, den Arabischen Emiraten, Katar und Bahrain sowie gegen Israel, und mobilisiert seine Truppen gegen eine mögliche US-Bodeninvasion. Die Gefahr

einer weiteren kriegerischen Eskalation ist groß.

Das aggressive Vorgehen der Kriegsregierungen von Trump und Netanjahu und die De-facto-Unterstützung durch Bundeskanzler Merz sind mit den Prinzipien des internationalen Rechts und einer friedlichen Außenpolitik zum Wohle unseres Landes nicht vereinbar. Die Unterstützung des Vorhabens, die Regierung in Teheran zu stürzen, wird von Vertretern der Bundesregierung mit der sogenannten „Staatsräson“ begründet. Diese entkernt die Lehren aus zwei Weltkriegen und aus der Befreiung Europas vom Hitler-Faschismus. Diplomatie und Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen sind so nicht möglich.

Die Eskalation gegen den Iran ist seit Monaten angekündigt und vorbereitet worden. Das

militärische Vorgehen Israels geht zurück auf eine Koordination mit der NATO-Führungsmacht USA. Diese imperialistischen Zentren verhalten sich ihren Gegnern gegenüber und gegenüber dem internationalen Recht wie Räuber und beweisen, dass ihre Worte bei Verhandlungen nichts wert sind. Die Reaktion der deutschen Bundesregierung ist zu verurteilen, denn sie stellt sich an die Seite der Aggressoren, während andere Regierungen die Einhaltung des Völkerrechts fordern. Die DKP ruft die Arbeiter- und Friedensbewegung zum Protest gegen die Unterstützung des Kriegs gegen den Iran durch die Bundesregierung auf und fordert den Abzug aller US-Truppen aus Deutschland. Der Bundesregierung sagen wir: Eure Staatsräson ohne uns!

UZ, 28.2.2026

Globaler Süden geht auf Distanz

Lateinamerikanische und afrikanische Staaten üben scharfe Kritik an Militärschlägen gegen Iran

Die gemeinsamen Militärschläge der USA und Israels gegen den Iran stoßen im globalen Süden auf scharfe Ablehnung. Regierungen in Lateinamerika und Afrika prangerten den Angriffskrieg als imperialistische Aggression und eklatante Verletzung des Völkerrechts an. Während Washington und Tel Aviv ihr Bombardement als „sicherheitspolitisch notwendige Aktion“ rechtfertigen, sehen zahlreiche Staaten darin eine gezielte Sabotage diplomatischer Bemühungen und warnen vor einer brandgefährlichen Eskalation mit globalen Folgen.

Besonders deutlich reagierte Kuba. Präsident Miguel Díaz-Canel verurteilte die Ermordung des iranischen Staatsoberhauptes Ali Khamenei als „verabscheuungswürdigen Akt“ und als flagranten Bruch der UN-Charta. Außenminister Bruno Rodríguez sprach von einer „hinterhältigen“ Aktion, die laufende Verhandlungen in der Nuklearfrage gezielt torpediere. Havanna forderte den UN-Sicherheitsrat auf, seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens nachzukommen, und rief die internationale Gemeinschaft zur Mobilisierung gegen weitere Militärschläge auf.

Auch andere Regierungen Lateinamerikas gingen auf Distanz zu Washington: Brasilien verurteilte die Angriffe ausdrücklich und betonte, sie seien mitten in einem diplomatischen Prozess erfolgt – dem „einzig

gangbaren Weg zum Frieden“. Mexiko warnte vor gravierenden humanitären Folgen und mahnte eine Rückkehr zum Dialog an. Kolumbiens Präsident Gustavo Petro erklärte, US-Präsident Donald Trump habe „einen Fehler gemacht“ – Frieden und Leben müssten Vorrang haben. Chile sprach von einer schweren militärischen Eskalation, verurteilte aber sowohl die Angriffe auf Iran als auch die iranische Gegenreaktion. Selbst das traditionell eng mit den USA verbündete Guatemala unter Präsident Bernardo Arévalo forderte von Washington und Tel Aviv Zurückhaltung und die Achtung des Völkerrechts. Auch Uruguay äußerte „Besorgnis“, während Venezuela die Mißachtung „grundlegender Prinzipien der Diplomatie“ kritisierte.

Der venezolanische Außenminister Yván Gil zeigte sich „zutiefst betroffen“ über Angriffe auf zivile Einrichtungen, bei denen „minderjährige Schülerinnen“ getötet wurden. Wie das Portal *Venezuela Analysis* später auf X mitteilte, hat das Außenministerium die zunächst veröffentlichte offizielle Erklärung – in der auch Iran für seine Selbstverteidigung kritisiert wurde – mittlerweile aber offenbar von all seinen Social-Media-Kanälen gelöscht.

Eine klare Gegenposition bezieht einzig die Regierung von Javier Milei in Argentinien, die sich demonstrativ hinter die Militärschläge stellte und behauptet, sie könnten zur „Stabilisierung der Region“ beitragen. Ähnlich positioniert sich die venezolanische Oppositionelle María Corina Machado, die kürzlich nach einem Treffen

mit dem Sohn des gestürzten Schahs, Reza Pahlavi, erklärte, die rechte venezolanische Opposition und iranische Monarchisten hätten sich auf die „Koordination der Bemühungen“ für einen „freien Iran“ und ein „freies Venezuela“ verständigt.

In Afrika überwiegen derweil Stimmen der Kritik. Algerien, Nigeria und Senegal warnten vor einer weiteren Eskalation und forderten die strikte Einhaltung des Völkerrechts. Libyen bezeichnete die Angriffe als »inakzeptabel«. Südafrika verwies auf Artikel 51 der UN-Charta: Präventive Selbstverteidigung sei völkerrechtlich nicht zulässig, so Präsident Cyril Ramaphosa. Die Afrikanische Union warnte vor globalen Auswirkungen auf Energie- und Ernährungsmärkte. Besonders deutlich reagierte Burkina Faso, das die Schließung der US-Botschaft ankündigte und Israel sowie die USA als „Terrorstaaten“ bezeichnete.

Während westliche Regierungen den Iran für den von Washington und Tel Aviv begonnenen Angriffskrieg verantwortlich machen und die Bombardements rechtfertigen, sieht ein Großteil der Länder des globalen Südens darin eine gefährliche Eskalation und eine Mißachtung internationaler Normen. Die Forderung nach Dialog statt Bomben, nach Deeskalation und Verteidigung der internationalen Rechtsordnung eint – mit wenigen Ausnahmen – die Regierungen von Havanna bis Pretoria.

Volker Hermsdorf

Aus: UZ, 3.3.2026

Der Angriff der USA und Israels auf den Iran hat einen Regime-Change unwahrscheinlicher gemacht – und die ganze Region in Chaos gestürzt

Stabilität erleidet Schiffbruch

Viel wird spekuliert über einen möglichen Regime-Change im Iran durch die USA. Angesichts vieler Kundgebungen zur Unterstützung der Regierung seit Kriegsbeginn scheint diese Art von Regime-Change unwahrscheinlicher als seit langem.

Aber wie stabil ist die politische Situation in anderen Ländern der Region, gerade, falls der Krieg längere Zeit andauern sollte?

Die Monarchien der Golfstaaten ziehen ihre Stabilität vor allem aus Öleinkünften. Schon der jahrelange Krieg gegen den Jemen belastete zum Beispiel den saudischen Haushalt massiv. Jetzt, wo der Transport von Öl und Gas durch die Straße von Hormus behindert ist und die Infrastruktur durch den Krieg beschädigt wird, sinken die Einnahmen – potentiell auf Kosten der Stabilität. Dies gilt insbesondere für die Fördergebiete im Osten Saudi-Arabiens mit ihrer schiitischen Bevölkerung.

Jordanien, im Grunde eine Militärbasis für USA und Israel, steht schon lange unter Druck. Anders als das Königshaus lehnt die Bevölkerung Israels Genozid in Gaza ab. Der Sicherheitsapparat – vermutlich

mit Unterstützung der CIA und des Mossad – hat die Situation aber fest im Griff. Schon während des „arabischen Frühlings“ unterband er alle Aktivitäten der Moslebrüder. Und Israel selbst ist kein Hort der Stabilität. Netanjahus Regierung kann ihre Kriege unangefochten führen. Doch in der Knes-



Bahrain, 28. Februar: Iranische Geschosse haben den Stützpunkt der 5. US-Flotte in Manama getroffen

set verfügt die Koalition nicht mehr über eine sichere Mehrheit. Für die kommenden Wahlen haben Umfragen vor Kriegsbeginn eine Pattsituation ergeben: keine Mehrheit für Netanjahu und keine Mehrheit für seine Gegner. Entscheidend wären die Stimmen der arabischen und linken Parteien.

Es braucht keine Kristallkugel, um einen Favoriten für einen möglichen Regime-Change

zu benennen. Ein Blick in die jüngere Vergangenheit reicht. Am 14. März 2011 besetzten Truppen Saudi-Arabiens den Inselstaat Bahrain. Die Herrschaft des sunnitischen Königshauses war durch Proteste der überwiegend schiitischen Bevölkerung ins Wanken geraten. Nur mit Hilfe der saudischen Truppen konnte die Stabilität wieder hergestellt werden.

Bahrain ist ein wichtiger Stützpunkt für die USA. Es beherbergt das Hauptquartier der 5. US-Flotte, die für den gesamten Persischen Golf, das Arabische Meer und Teile des Indischen Ozeans zuständig ist. Immer wieder wird das Hauptquartier von iranischen Raketen getroffen, immer wieder begleitet vom Jubel von Zuschauern.

Der Inselstaat Bahrain hat etwa 1,5 Millionen Einwohner und gehört zu den reichsten Staaten der Welt. Er besteht aus 33 Inseln. Die kleine Insel Sitra mit 70 000 Einwohnern war bereits

Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Unterstützern des Irans und den Sicherheitskräften. Aber hier wie in der gesamten Region gilt: Entscheidend wird die Entwicklung des Krieges sein. Denn: The winner takes it all ...

Manfred Ziegler

UZ, 4.3.2026

Großangelegte Angriffe Israels auf den Libanon

Während der völkerrechtswidrige Überfall der USA und Israel auf den Iran andauert, verstärkt Israel auch seine Angriffe gegen den Libanon.

Beirut. Bei Angriffen israelischer Kampfkraft auf die libanesischen Hauptstadt Beirut sind mindestens 31 Personen getötet worden. Lokale libanesischen Nachrichten berichten auch von Angriffen auf andere Ortschaften im Süden und Osten des Landes.

Israel forderte die Bewohnerinnen und Bewohner von mehr als 50 Dörfern im Südlibanon und im Bekaa-Tal auf, ihre Häuser zu verlassen und sich mindestens 1 Kilometer von den Gebäuden entfernt aufzuhalten. Die Warnung für ein so großes Gebiet erinnert an die Massenvertreibungsbefehle, die Israel während seines völkermörderischen Kriegs gegen Gaza erlassen hatte.

Der Angriff sei Teil einer mehrtägigen Offensive, wie Generalstabschef Eyal Zamir ankündigte.

Die Hisbollah und Israel haben im November 2024 einen Waffenstillstand geschlossen. Israel verstieß seither jedoch fast täglich gegen diesen und führte Angriffe im ganzen Land durch. So sind allein in den letzten drei Monaten des Jahres 2025 2.036 Verstöße Israels gegen die Souveränität des Libanon dokumentiert.

Zuletzt führte die Hisbollah, die unabhängig von der libanesischen Regierung operiert, einen Raketen- und Drohnenangriff auf eine Militärbasis im nordisraelischen Haifa durch – nachdem sie lange auf Gegenschläge verzichtet und stattdessen die libanesischen Regierung aufgefordert hatte, ihrer Verantwortung nachzukommen und das Land zu schützen.

Während Israel seine Angriffe auf den Libanon ausweitet, wächst die Gefahr eines Flächenbrands in der gesamten Region. So kündigen nach Angriffen des Irans auf US-Militäreinrichtungen in der Region auch die Golfstaaten Saudi-Arabien, Oman, Katar, Kuwait, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) an, dass sie bereit sind, auf die „Aggression zu antworten“. Die USA nutzen für ihre Angriffe auch Militärbasen von Großbritannien. Deutschland, Frankreich und Großbritannien werden „notfalls militärische Defensivmaßnahmen ergreifen“, wie Merz, Macron und Starmer zuletzt verkündeten. Man werde mit den USA und den Verbündeten in der Region zusammenarbeiten. Es gehe darum, die Fähigkeit des Iran, Raketen und Drohnen abzufeuern, „an der Quelle“ zu zerstören.

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 2.2.2026

StratCom – Der strategische Kommunikations-Werkzeugkasten der NATO

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der von NATO, Regierungsstellen und der ihnen treu ergebenen Medien verbreiteten Mär einer „hybriden Bedrohung“ aus dem Osten, daß inzwischen auch vor glasklaren Lügen nicht zurückgeschreckt wird. Ob diese Lügen im einzelnen widerlegt worden sind, wie bei den vermeintlichen Sichtungen von (natürlich) russischen Drohnen über deutschen Äckern, interessiert dann auch nicht weiter. Man setzt ganz offensichtlich auf ein in der Psychologie als „Illusory Truth Effect“ (ITE) bekanntes Phänomen. Es besagt, daß der menschliche Geist geneigt ist, wiederholt präsentierte Aussagen eher als wahr einzuschätzen, als eine nur einmalig vermittelte Aussage. Auch die kritischen Geister, die sich redlich abmühen, eine Einzelbehauptung als „falsch“ zu erweisen, werden erdrückt durch die schiere Quantität medialer Lügen. Das Phänomen verschärft sich in der heutigen Zeit der schnellen und zugleich inhaltlich flachen Informationsverbreitung durch Internet und Social Media. Nachrichten dringen nur noch durch kurze polarisierende Formulierung in die Wahrnehmung der Nutzer. Den empirischen Studien zum ITE ist zu entnehmen, daß Nachrichteninhalte (auch solche, die schon auf den ersten oder zweiten Blick unwahr sind) sich besonders hartnäckig verbreiten, je weniger (politisches) Vorwissen der Leser hat, je mehr verschiedene Kanäle dieselbe Unwahrheit herausposaunen, je emotionaler die Meldung abgefaßt ist und je häufiger sie über eine längere Zeitphase wiederholt wird. So werden Lügen allmählich zum festen Bestandteil des (vermeintlichen) Allgemeinwissens. Folgerichtig wird die Produktion massenhaft verbreiteter Fehlvorstellungen damit zu einem zentralen Element gerade der Kriegsvorbereitung, der es darum geht, den gekürten Feind entmenschlicht, brutal, dauerhaft bedrohlich und jederzeit zuschlagend erscheinen zu lassen. Wie kommt es nun zu immer neuen, sich in der Botschaft („es herrscht akute Gefahr, der Feind steht in den Startlöchern“) manifestierenden Meldungen? Koordinieren sich die medialen Vervielfältiger solcher Nachrichten rein zufällig oder gibt es Quellen, die gezielt Lügen streuen, die dann von einer bereitwilligen Journaille in die Verbreitung umgesetzt werden? Die NATO bündelt unter dem Konzept des „Cognitive Warfare“ ihre gesamte Presse-, Öffentlichkeits- und Medienarbeit und gliedert regionale oder kontinentale Vorgehensweisen nach den Plänen der sogenannten strategischen Kommunikation (Strategic Communications-StratCom). Um zu verstehen, was das im konkreten heißen soll, hilft ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des „StratCom-Konzepts“. Im Arbeitspapier 4/23

der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS) liest man: „Die Geschichte von NATO StratCom beginnt als Mängelfeststellung: In Afghanistan machten die NATO-Verbündeten die Erfahrung, daß fehlende Koordination von Kommunikationsarbeit, unterschiedliche Zielgruppendefinitionen und Unstimmigkeiten zwischen Kommunikationsdisziplinen den Erfolg des gesamten Einsatzes gefährdeten“. Ergo sollte eine supranationale Koordinationsstelle ins Leben gerufen werden, die künftig sowohl feindliche Desinformationsoperationen kontern sollte und zugleich „die eigene Bevölkerung“ mit zweckdienlichen Narrativen versorgen und steuern sollte. „Um die konzeptionellen und operativen Grundlagen strategischer Kommunikation im NATO-Rahmen zu schaffen, gründeten 2014



Der Lette Janis Sarts (geb. 1972) ist seit Juli 2015 Stratcom-Direktor in Riga

sieben Mitgliedsstaaten – Estland, Deutschland, Italien, Lettland, Litauen, Polen und das Vereinigte Königreich – das „NATO Center of Excellence für strategische Kommunikation“ (StratCom COE) mit Standort in Riga (Arbeitspapier 4/23). Die Aufgabenstellung von StratCom COE wird von der Bundesregierung 2022 in der Drucksache 20/1594 wie folgt festgelegt: „Es gilt, verlässliche Informationen zielgruppengerecht und nachhaltig zu vermitteln, um sowohl im digitalen Raum, aber auch in direktem Kontakt mit Menschen im In- und Ausland Werte und Interessen der deutschen Außenpolitik sichtbar und Positionen verständlich zu machen.“ Als Basis diente und dient das 2017 geschaffene NATO-Grundkonzept „Strategic Communications Policy MC 0628“, das stetig an neue Lagen angepaßt wird. Das Arbeitspapier der BAKS findet hierzu klare Worte. Es bestehe in der Öffentlichkeitsarbeit „die Notwendigkeit, alle NATO-Aktivitäten kommunikativ

zu unterstützen, um deren Effektivität zu gewährleisten. Sämtliche Kommunikation wird kraft MC 0628 damit zu einem militärischen Wirkmittel definiert“.

Phantasie braucht es nun wirklich nicht, um zu verstehen, was damit gemeint ist. Und wie gelangen die gewünschten Botschaften an das adressierte Publikum? Erwähnen ließen sich die im Drei-Monats-Turnus von StratCom COE veranstalteten Events, die unzähligen Seminare, Online-Kurse, Schulungen, Podcasts und Einzelveranstaltungen, wie zuletzt anlässlich der Münchener „Sicherheits“-Konferenz im Februar 2026. Stets unter dem Motto, „hochrangige Entscheidungsträger und führende Experten für einen fokussierten strategischen Dialog“ zusammenzubringen. Ein Blick in solche Schulungs-Manuale, wie das „Strategic Communications Hybrid Threats Toolkit“ (Strategischer Kommunikations-Werkzeugkasten für hybride Bedrohungen), beleuchtet die Strukturen der sogenannten Gegen-Desinformation. Und im Lehrmaterial von 2021 finden wir auch die schon damals geprägte Schablone für die „Drohnengefahr“ des Jahres 2025. Im Original ist das Szenario breit beschrieben, hier nur einige Stichworte: AV = Luftraumverletzung / X = der Feind, Y= das eigene Land. Überschrift „Beispiel für einen Erzählrahmen: Verletzungen des Luftraums / StratCom-Ziele: Öffentliches Publikum generieren, Vertrauen in das eigene Militär schaffen“. Auch an die Kriegsgegner im Inneren denkt man bei StratCom. Deren Meinungsbild soll zersetzt werden: „Die Minderheit derjenigen in Land Y, die Land X unterstützen, soll die AV als schwerwiegende Verletzungen der Souveränität von Land Y verstehen.“ Zentrale Einrichtung für die Umsetzung der von StratCom COE entwickelten Strategien auf deutschem Boden ist die bereits erwähnte Bundesakademie für Sicherheitspolitik, die mit ihren etwa siebzig Bediensteten seit 2004 in Berlin residiert. Unter der Leitung von Generalmajor Wolf-Jürgen Stahl (Wir sind „im Wettlauf mit einem Gegner, der vor nichts zurück schreckt“, *FOCUS*, 12.12.25) führt die BAKS als ressortübergreifende Weiterbildungsstätte der Bundesregierung jährlich Veranstaltungen und Seminare mit insgesamt bis zu 5000 Teilnehmern („Spitzenpersonal aus Bund und Ländern sowie Führungskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen“) durch. Seit dem 1. Januar 2026 fungiert der 2025 geschaffene Nationale Sicherheitsrat als Kurator der BAKS. Die BAKS entsendet ihr verbundene „Experten“ wie die Professoren Sönke Neitzel (Militärgeschichte, Universität Potsdam), Peter Neumann (Security Studies, King's College London) oder Beate Neuss

(Politikwissenschaft, TU Chemnitz) in Talk-Shows und Pressegespräche. Alles in allem liefert StratCom COE die methodische Expertise, Lageanalysen und praxisnahe Tools für anstehende Desinformationsoperationen, die BAKS übersetzt dies in Ausbildungsformate und Medienarbeit. Momentan und in der Planung für das laufende Jahr liegt der Schwerpunkt dieser Art von „Medienarbeit“ darauf, im Sinne der Kriegsvorbereitung den zivilen Bereich der Wirtschaft enger mit den Anforderungen des Militärs zu verzahnen. „Klare, adressatengerechte Erwartungshaltungen an Unternehmen und eine systematische, flächendeckende Einbindung

der Wirtschaft in Vorsorge-, Übungs- und Durchhalteplanungen sind nur punktuell vorhanden“ (BAKS-Arbeitspapier 3/26). Intensiviert werden sollen regelmäßige Übungen („Die Szenarien sollten multikausal angelegt sein – etwa die Kombination aus Stromausfall, IT-Störung und Lieferkettenunterbrechung – und gezielt auch kleine und mittlere Unternehmen einbeziehen“), betriebliche Schulungen („interne Krisenkommunikation, Cyber-Awareness-Schulungen oder die Unterstützung freiwillig Engagierter“). Militär und Wirtschaft sollen eng verzahnt werden: „Runde Tische zwischen Ministerien, Kammern, Verbänden und Schlüsselunternehmen;

auf Kreis- und Kommunalebene wären das lokale Sicherheitspartnerschaften mit der Wirtschaft, in denen Verwaltung, ansässige Unternehmen und Einsatzorganisationen quartalsweise Vorsorge- und Wiederanlaufplanung abstimmen. Dort werden gemeinsam Krisenkontakte gepflegt, Kapazitäten erfaßt (etwa Notstromaggregate, Kommunikationstechnik), Prioritäten für die Wiederversorgung festgelegt und regelmäßige Übungen durchgeführt.“ So wollen sie dafür sorgen, daß schon heute der Krieg, welcher ihr Krieg sein wird, in jede Pore der bürgerlichen Gesellschaft eindringt.

Dr. Ralf Hohmann

Deutsche Kriegsgemeinschaft

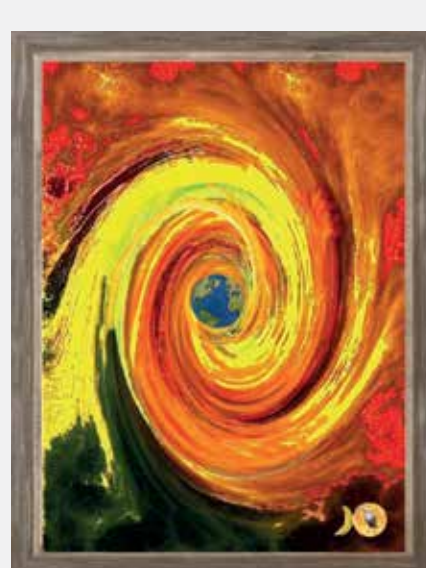
Bisher galt: Beginnt der Krieg, spaltet sich die Linke. Das ändert sich gerade: Die Partei, die sich hierzulande für jene hält, steht bei der Einstufung des Kriegs der USA und Israels gegen den Iran nicht hinter der Bundesregierung und deren medialem Troß zurück. Linke-Chef Jan van Aken sah am 28. Februar in einer Erklärung zum Angriff kein völkerrechtliches „Dilemma“ wie der Kanzler, ließ sich aber wie der nicht vom russischen Hauptfeind ablenken: „Wenn der Westen selbst das Völkerrecht verletzt, wird es um so schwerer, globale Unterstützung für die Ukraine und den Kampf gegen den Völkerrechtsverletzer Putin zu gewinnen. Für Putin war das heute daher wieder einmal ein guter Tag.“ Russenhaß geht bei van Aken über alles, jedenfalls über eine Benennung der Völkerrechtsverletzer Trump oder Netanjahu als solche. Wäre ja auch Antisemitismus. Der grassiert schon in der Linkspartei, „gesteht“ Bundestagsvizepräsident Bodo Ramelow am 5. März bei Bild im Ronzheimer-Podcast. Sagt Bild-Redakteur Philipp Piatov. Ramelow antwortet dort auf die Frage, warum der Gazakrieg eine viel größere Aufmerksamkeit bekam als etwa Kriege im Jemen oder Sudan: „Das ist das, was ich empfinde als den aufblühenden Antisemitismus. Und der ist viel weiter als nur ein wenig bei mir in der Partei. Bei mir in einer Partei ist er jetzt sichtbar, und ich bin die Folie, an der es abprallt. Deswegen habe ich das auch auf mich genommen, zu sagen: Ja, ich duck' mich jetzt nicht weg.“ Wolfram Weimer, der endlich die Berlinale von dem befreit, was er für Antisemitismus hält, muß unbedingt Ramelow in den neuen Berlinale-Wächterrat berufen. Die dort zu versammelnden Weimer-Mullahs sollen die Meinungsfreiheit in den intellektuellen Grenzen des Kulturstaatsministers schützen, da ist Ramelow gesetzt. Der Schulterschuß von Linken und uneingeschränkten USA- und Israel-Unterstützern ist aber noch nicht vollendet. Ulf Poschardt, Herausgeber bei Springer von Welt, Politico

und Business Insider, begrüßt am 2. März in der Welt mit „Endlich!“ den Kriegsbeginn, hält beiläufig über Iraner fest: „Diese Menschen sehen aus wie wir“, und er erklärt ihnen und seinen Lesern, Trump sei „einer der großen amerikanischen Präsidenten, der sich entschieden hat, nicht länger zuzusehen“. Jeder Anhänger von Freiheit und Demokratie müsse „den Amerikanern und den Israelis die Daumen drücken“. Mit Völkerrecht hält sich ein Schreibungsfreiheitskämpfer und Demokrat wie Poschardt nicht auf, sein Augenmerk gilt Pazifisten, also den Hauptfeinden im eigenen Land, „den deutschen Moraldarstellern“. Macht aber schlapp und nennt als einzige die meist olivgrüne Claudia Roth. In einem Dämmermoment seiner Kriegsbesoffenheit muß Poschardt die eine Frau zu wenig gewesen sein. Jedenfalls titelt er am 5. März in der Welt: „Alice Weidel ist die neue Heidi Reichennek.“ Poschardt benötigt

für Halluzinationen keinen Spezialstoff, er sieht auch so das Problem dreifach: „Daß Alice Weidel, Heidi Reichennek und Annaelena Baerbock nach dem Angriff der USA und Israels auf den Iran nahezu dieselben Völkerrechtsversatzstücke bemühten, um den amerikanisch-israelischen Einsatz zu kritisieren und damit nolens volens den Mullahs und ihren russischen und chinesischen Freunden zur Seite zu springen, konnte nur diejenigen überraschen, die nicht so genau hinsahen in den vergangenen Jahren.“ Wenn drei Frauen vom Völkerrecht reden, helfen sie Mullahs, Putin und Xi Jinping – alten Männern. Das auszusprechen trauen sich van Aken oder Merz nicht, die reden drumherum. Poschardt spricht endlich die deutschkriegsgemeinschaftliche Wahrheit aus. Wie im Suff.

Arnold Schölzel

Aus: *junge Welt*, 7.3.2026



PROGNOSE

Dem Erdenrund samt seiner Menschheitszunft
Kaum Zukunft, falls weiterhin Schwund an Vernunft.
Kostenlos anbei noch folgende Lehre:
Kommt bitte dem Frühling nicht in die Quere!

Lutz Jahoda

Der russische „Angriffskrieg“

Gehirnwäsche greift um sich. Wie kann es sein, daß Menschen Wahrheiten nicht wahrnehmen, jede Unwahrheit kritiklos aufnehmen? Wissen wir noch nicht genug darüber, wie zwei Weltkriege vorbereitet wurden, indem Menschen in Kriegsstimmung versetzt wurden, Krieg um ihre Köpfe geführt wurde? Journalistik ist die Kunst, das Volk glauben zu machen, was die Regierung für gut findet, wußte schon Heinrich von Kleist, der deutsche Dramatiker, zu seiner Zeit.

Die Menschen hören tagein, tagaus, von morgens bis spät am Abend möglichst viele Male die Mär vom „russischen Angriffskrieg“, dazu einige deftige antirussische Haß- und Hetz-Formeln, die uns an sich gar nicht unbekannt sein sollten, mit denen die Väter und Großväter schon gefüttert wurden, bis sie bereit waren, für „Führer, Volk und Vaterland“, für die deutsche Ehre, für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte dem ewigen Feind den Garaus zu machen – „jeder Schuß ein Ruß“, wie es hieß und heute nicht anders gemeint ist. Wenn Putins Soldaten „im Minutentakt sterben“, wie eine t-online-Zeile mit kaum verborgener Genugtuung vermeldete, die Ukraine wieder unentwegt vorrückt, wenn zu lesen ist, die NATO sei dem Russen ungleich überlegen, dann geht es darum, die Menschen dazu zu bringen, im „Russens“, der das wirklich nie gewesen ist, den Feind zu sehen und vom „Endsieg“ zu träumen.

Doch erinnern wir uns, daß sich die Baerbocks und Co. schon auf dem Roten Platz währten, Rußlands Kapitulation beschworen. Nichts davon ist eingetreten. Rußland sieht sich in einen langen Krieg gezwungen. „Bis zum letzten Ukrainer“ – diese Aussage hat absoluten Wahrheitswert. Die westlichen Unterstützer der Ukraine unter Selenskyj können sich kaum einen besseren

Ausgang und Sieg über Rußland vorstellen, der bis zum letzten Ukrainer geführt wird, das Land zerstört für das „Aufbaugeschäft“, gigantische Schulden der Ukraine aufbürdet und noch recht lange das Rüstungsgeschäft am Leben erhält, den ukrainischen Diener der westlichen Mächte inbegriffen. Wer sich die Geschichte der beiden Weltkriege vor Augen führt, der weiß, wie glaubhaft Kriegspropaganda, Lüge, Wahrheit im Kriege ist. Was bedeutet heute jungen Menschen Geschichte?

Was wurde ihnen an Geschichte nahegebracht? Politik von gestern? Denken und Erinnern an das, was ins Heute führt, wen interessiert das? Krieg in Medien braucht keine denkenden Menschen. Krieg braucht emotionalisierte Menschen, aber nie solche, die nach Ursachen, Hintergründen oder gar nach Profiteuren von Kriegen fragen. Moral hat der Standpunkt zu sein und nicht die Politik, die in den Krieg geführt hat. Herzerreißende Bilder und Berichte machen unfähig zum Denken und Handeln. Das schreckliche Feindbild muß in die Köpfe, nur der Feind will den Krieg, ist der Teufel, wir sind die Guten. Welche Wahrheiten hören wir darüber hinaus? Wofür muß unser Herz schlagen? Für alle Völker, die auf die Schlachtfelder getrieben werden, die sich nie Feind sind und waren, die für Herrschaftsinteressen des Kapitals benutzt werden. Das ist unschwer mit etwas Nachdenken erkennbar. Wer der wirkliche Aggressor ist, auch das haben Kriege bisher immer ans Tageslicht gebracht. Warum sollte das heute so schwierig sein, wenn wir die Geschichte seit 1990 an uns vorbeiziehen lassen, wer wen betrogen hat, wer an wessen Grenzen steht, wer Rußland die Schlinge um den Hals gelegt hat, wer in der Ukraine den Putsch ausgelöst hat, wer seit 2014 Krieg

gegen Völker führt, die ihr Selbstbestimmungsrecht fordern. Warum dürfen diese Wahrheiten nicht wahr sein? Wenn wir uns zu alledem ein eignes Bild gemacht haben, Erklärungen, Tatsachen aufgefunden haben, Menschenrechte nicht an vorgegebenen Feindbildern messen, dann wissen wir, wo wir zu stehen haben.

Alles was wir tun, um den Frieden zu erhalten, kann nur von Erfolg sein, wenn wir erklären können, warum Kriege der Kriegslügen bedürfen und Kriegsursachen zu Bewußtsein gebracht werden. Es ist nicht leicht zu erleben, wie Wahrheiten oft auf Desinteresse und Gleichgültigkeit treffen. Es braucht Klarheit darüber, welchen Frieden wir meinen, wie der Frieden erreicht und erhalten werden kann und daß wir uns von niemanden einreden lassen, der Friede müsse mit Krieg herbeigebombt werden. Politik ist Sache von Interessen, Kriege sind die Fortsetzung der Politik mit anderen, mit militärischen Mitteln. Wer kann noch ernsthaft glauben, was die USA, Israel, der Wertewesten und NATO fortwährend mit ihren Kriegen, Regimewechseln und Einmischungen bis zu Morden und Entführungen an mißliebigen Politikern behaupten, es gehe ihnen immer nur um Demokratie, Freiheit und Menschenrechte?

Hinter all der Heuchelei und Verlogenheit der Kriegstreiber und -profiteure stehen handfeste unverblümt genannte Macht-, Herrschafts- und Rohstoffinteressen. Die Moral des Kriegskapitals war noch nie die Moral der Arbeitenden und für das Schlachtfeld vorgesehenen Opfer.

Es ist hohe Zeit, alles Trennende in den Reihen der Friedenskämpfer dem wichtigsten Ziel, der Verhinderung eines dritten Weltkriegs, unterzuordnen.

Roland Winkler
Aue

Hauptrüstungstreiber Deutschland

Deutschland ist aktuell der wohl bedeutendste Rüstungstreiber weltweit. Die Rüstungsmilliarden schaden der Wirtschaft, die statt dessen hohe Investitionen in Bildung bräuhete.

Europa ist gegenwärtig der stärkste Rüstungstreiber weltweit, Deutschland der bedeutendste Rüstungstreiber in Europa. Dies geht aus einer aktuellen Analyse der Londoner Denkfabrik International Institute for Strategic Studies (IISS) hervor. Demnach hat Europa seine Militärausgaben im vergangenen Jahr um 12,6 Prozent

gesteigert, Deutschland sogar um 18 Prozent; der globale Durchschnitt lag bei 2,5 Prozent. Auf Europa entfallen damit 21 Prozent aller Aufwendungen für die Streitkräfte weltweit; auf Deutschland könnten, wenn Berlin den Wehretat auf 150 Milliarden Euro 2029 erhöht, fast sechs Prozent entfallen. Die Bundesrepublik stellt ein Prozent der Weltbevölkerung. Wie das IISS festhält, gelingt es den Staaten Europas zunehmend, ihre Rüstung bei heimischen Waffenschmieden produzieren zu lassen, um von

US-Rüstungskonzernen unabhängiger zu werden. Ausnahmen sind – freilich besonders teure – Produkte der militärischen Luft- und Raumfahrtbranche, so etwa F-35-Kampffjets aus den USA. Das Ziel, einen Rüstungsboom zu entfachen, wird laut Experten wohl verfehlt. Dafür wären laut Ökonomen hohe Investitionen in die Bildung nützlich. Die aber ist dramatisch unterfinanziert.

german-foreign-policy.com, Eigener Bericht, 5.3.2026

Zum Beginn, zu Gründen und Ursachen der militärischen Sonderoperation der Russischen Föderation in der Ukraine

Handelt es sich tatsächlich um einen „nicht-provozierten Angriffskrieg“ Rußlands, wie das von den westlichen Medien tagtäglich propagiert wird, oder um eine „militärische Sonderoperation (MSO) der RF im Ukraine-Konflikt?

Die russische MSO ist kein Krieg mit dem Ziel der Vernichtung der Bevölkerung der Ukraine, wie es die ASOW-Nazis mit ihren russischsprachigen Landsleuten oder die israelische Armee mit Gaza- Bewohnern tun, indem letztere ganze Orte und Wohngebiete mit allen Bewohnern aus der Luft bombardiert, vernichtet und verletzt sowie ihrer normalen Lebensbedingungen beraubt. Bei der russischen MSO handelt es sich um eine militärische Operation, in welcher die politischen Machtstrukturen, Neonazis und Ultranationalisten, das Militärpotential von Ukraine und NATO, der militär-industrielle Komplex und die kritische Infrastruktur bekämpft werden, nicht aber gezielt die zivile Bevölkerung. Hätten die „Verteidiger der Ukraine“ ihre Waffen nicht in bewohnten Gebieten untergebracht (in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern u. a. zivilen Einrichtungen) und die Bewohner nicht als Schutzschilde benutzt, wären die zivilen Verluste um ein Mehrfaches geringer, als die derzeitigen. Dazu kommt noch, daß die ukrainische Luftverteidigung Drohnen und Raketen des Gegners oftmals in den Städten nur in geringem Start-Winkel bekämpfen können und dadurch Ukrainer nicht nur durch die gegnerischen Angriffsmittel, sondern auch durch Splitter und Teile der eigenen Luftverteidigung getroffen werden. Die von den NATO-Staaten ausgerüsteten und ausgebildeten ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) – besonders die neonazistischen ASOW-Einheiten auf die sich die USA stützen –, aber auch die eingesetzten NATO-Soldaten und Söldner sehen sich in der Tradition der Kampfweise der deutschen Faschisten im 2. Weltkrieg (wo z. B. ukrainische Polizeiabteilungen in Belarus – völlig entmenslicht – für die SS den Antipartisanenkampf durch Ausrotten ganzer Dörfer mit deren Bevölkerung führten) sowie dem Vorgehen der US-Amerikaner, Briten und Franzosen in ihren seit 1945 mehr als 40 geführten Angriffskriegen mit ähnlichen unmenschlichen Kampfweisen in Vietnam, Libyen, Irak, Afghanistan und anderen Ländern, verpflichtet. Auch bei den Eroberungs-Anstrengungen der ukr.-SK im Kursker Gebiet der RF war zu beobachten, daß die dort handelnden ukrainischen und NATO-Einheiten (US-Amerikaner, Briten, Polen und Rumänen) die Erfahrungen der deutschen Faschisten und der NATO-Truppen (z. B. verbrannte Erde) umzusetzen versuchten, aber durch die SK

der RF wieder in die Ukraine zurückgejagt und auf ihrem Territorium weiter verfolgt wurden.

Mit dem Einsatz von einigen weitreichenden Flamingo-Raketen „eigener Produktion“ (bevor der ukrainische Betrieb von der RF mit Hyperschall-Raketen zerstört worden war) durch die Ukraine auf wertvolle Ziele Rußlands (z. B. auf das Iskanderwerk), wodurch es teilweise zu Einschränkungen der Leistungsfähigkeit des MIK der RF kam, und dem Einsatz von immer mehr NATO-Spezialkräften auf ukrainischer Seite (Odessa,



Das ausgebrannte Gewerkschaftshaus in Odessa nach der faschistischen Mordnacht vom 2. Mai 2014

Charkow und an weiteren Orten), sieht sich die RF gezwungen, härter als bisher darauf zu reagieren. Obwohl die MSO durch Putin noch nicht abgesagt wurde, nähert sich der Charakter der Kampfhandlungen, besonders mit der Ernennung von General Surowikin zum neuen Feldkommandeur der RF in der Ukraine, fast denen eines normalen Krieges. Je mehr diese von westlicher Seite forcierte und nicht vertretbare verlustreiche Entwicklung voranschreitet, umso aktiver sollten von allen Beteiligten Friedensverhandlungen angestrebt werden.

Zum vierten Jahrestag des Beginns der militärischen Sonderoperation gab die Sprecherin des Außenministeriums der Russischen Föderation (RF), Maria Sacharowa, eine durch RTDE dokumentierte Erklärung ab. Sie äußerte u.a.:

„Vor vier Jahren, am 24. Februar 2022, begannen die russischen Streitkräfte gemäß der Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin und auf Grundlage

der Verfassung der RF mit einer militärischen Sonderoperation. Ziel dieser Operation ist die Beseitigung der vom Kiewer Regime ausgehenden Bedrohungen aus den von ihm kontrollierten Gebieten sowie die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine. Alle von der RF ergriffenen Maßnahmen erfolgen in strikter Übereinstimmung mit Artikel 51 der UN-Charta, der das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung regelt.

Diesem erzwungenen Schritt gingen acht Jahre voraus, in denen unser Land versucht hat, eine politische und diplomatische Beilegung des Konflikts im Donbass zu fördern, der das Ergebnis eines bewaffneten Staatsstreichs war, der im Februar 2014 vom Westen orchestriert, finanziert (mit mehr als fünf Milliarden US-Dollar) und organisiert wurde.

Dieser Konflikt wurde eindeutig vom kollektiven Westen provoziert und geführt sowie von den ukrainischen Neonazis und Ultranationalisten militärisch ab 2014 begonnen und weitergeführt

Die Ultranationalisten, die vor 12 Jahren mit stillschweigender Billigung ihrer westlichen Gönner die Macht in Kiew ergriffen haben, zwingen dem multinationalen Volk der Ukraine gewaltsam ihre Ordnung (Mordorgie am 2. Mai 2014 in Odessa und an anderen Orten) auf, die auf der Ideologie des aggressiven Nationalismus und dem Aufbau eines ethnografischen Staates basiert. Jene, welche die Diktatur der ‚Maidan-Sieger‘ nicht akzeptierten und ihre angestammte Geschichte, Kultur, Vorfahren, die russische Sprache und den orthodoxen Glauben nicht verrieten – Millionen von Zivilisten im Donbass und in Neuußland –, wurden z. T. existentiellen Repressionen ausgesetzt. Gegen sie entfesselte das Kiewer Regime einen regelrechten Vernichtungskrieg.“

Dazu belegbare Fakten, die von westlichen Medien einfach weggelassen oder verfälscht wurden und werden:

- **2008** wurden Georgien und der Ukraine nach dem Georgien-RF-Krieg die NATO-Mitgliedschaft zugesagt, obwohl der kollektive Westen 1990 der RF garantiert hatte, die NATO um keinen Zoll nach Osten auszudehnen.
- Nicht Rußland hat 2014 den blutigen Maidan-Putsch und die Aufrüstung einer ukrainischen Armee organisiert, finanziert sowie die ukrainischen Neonazis und Ultranationalisten an die Macht gebracht sowie die Ukraine in Richtung Westen gezerrt, sondern es waren die USA.
- **2021** fanden in der Ukraine Frühjahrs- und Herbstmanöver des Typs „Defender“ an den Grenzen der RF, der LVR sowie DVR mit

je über 120 000 NATO- und ukrainischen Soldaten statt, wodurch die neuen Republiken und die RF so ernsthaft militärisch bedroht wurden, daß diese Verteidigungsmaßnahmen ergreifen mußten.

- Parallel dazu schickte die RF im **Dezember 2021** den USA, der NATO und der EU ihre Sicherheitsvorschläge, deren Annahme den Ausbruch dieses Konflikts hätte verhindern können, doch der kollektive Westen hatte anderes – die Auflösung, Aufteilung und Ausschaltung Rußlands als Konkurrenten – im Sinn.
- Das ukrainische Regime begann, seine vom Westen aufgerüsteten Truppen an die Grenzen der neuen Republiken und Rußlands zu verlegen.
- Am **16.1.2022** meldeten die neu aufgestellten und beschleunigt ausgerüsteten Streitkräfte der Ukraine ihre Bereitschaft zur Zerschlagung der neuen Volksrepubliken des Donbass, den Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR).
- Am **21. Februar 2022** erkannte Rußland die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) an;
- Am **23. Februar 2022** wandten sich die Führer der DVR und LVR an Rußland und baten um Schutz vor der bevorstehenden ukrainischen Aggression.
- Die Antwort Rußlands für eine MSO fiel am **24. Februar 2022**.

Rückblick zu dem von den USA initiierten reaktionären „Maidan“-Putsch, zu welchem sich der russische Publizist Kirill Strelnikow gegenüber „Ria Novosti“ am 24.2.2026 zu den Ursachen, den Akteuren, und zum Beginn der militärischen Sonderoperation der RF äußerte.

Am **21. Februar 2014** – vor dem Hintergrund langwieriger und blutiger Unruhen – unterzeichneten Vertreter der ukrainischen Regierung und der wichtigsten Oppositionsparteien ein Abkommen zur Beilegung der Krise in der Ukraine, das von den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens sowie dem EU-Außenbeauftragten gegengezeichnet wurde. Im Rahmen der Umsetzung dieses Abkommens waren eine groß angelegte Amnestie, Wahlen am Ende des Jahres und vor allem „eine Verfassungsreform unter Beteiligung aller ukrainischen Regionen und unter vollständiger Berücksichtigung ihrer Standpunkte, die anschließend in einem landesweiten Referendum bestätigt werden sollte, sowie die Bildung einer legitimen Regierung der nationalen Einheit unter Berücksichtigung der Interessen aller politischen Kräfte und Regionen des Landes“ vorgesehen.

Zum Zeitpunkt des bewaffneten Staatsstrechs in Kiew hatte die Ukraine bereits 30 (!) Abkommen mit der EU unterzeichnet. Das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, das von der EU als Beginn einer vollwertigen „politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration“ angesehen wurde, lag zur Unterzeichnung bereit.

Ein Beobachter jener Ereignisse, der britische Analytiker David Morrison, stellte dazu fest: „Wenn jenes Abkommen tatsächlich umgesetzt worden wäre, hätte es die bis heute andauernden Konfrontationen zwischen dem Westen und Rußland nie gegeben und es wäre möglich gewesen, daß die Ukraine dank gemeinsamer Schritte der EU und Rußlands den Weg zu einer stabilen Regierungsform hätte einschlagen können.“ Janukowitsch erklärte seinerseits, daß die „europäische Orientierung“ für die Ukraine „eine strategische Ausrichtung für die weitere zivilisatorische Entwicklung und die Stärkung der Position und Rolle des Landes in der heutigen wettbewerbsorientierten Welt“ ist. Der formelle Anlaß für die Unruhen war keineswegs die Ablehnung des EU-Beitritts, sondern Janukowitschs berechtigte Bitte um dessen Aufschub: „Das Land muß für die Minimierung der negativen Folgen der Anfangsphase der Assoziierung mit der EU sorgen, die vor allem die am wenigsten begüterten Einwohner des Landes zu spüren bekommen werden.“

Die ukrainischen Neonazis, auf die sich die USA besonders stützte, und die sie jahrelang gemeinsam mit der EU finanzierten und vorbereiteten, wollen nun endlich an die Macht. Im kollektiven Westen hatte man kein Interesse an einer friedlichen Ukraine, man strebte ein „Anti-Rußland“ an. Am **22. Februar 2014** besetzten faschistische und nationalistische Terroristen (Asow-Nazis) Regierungsgebäude und -einrichtungen in Kiew, woraufhin die ukrainische Werchowna Rada Präsident Wiktor Janukowitsch unverzüglich seines Amtes enthob, die Verfassung änderte und den Sprecher der Werchowna Rada, Alexander Turtschinow, zum stellvertretenden Präsidenten des Landes ernannte. Die „mächtigen“ europäischen „Garanten“ zogen sich eilends zurück, und niemand erinnerte sich jemals wieder an diese Garantien. Letztendlich führte der „Maidan“ zum Bruch mit dem Donbass im Osten und einer anschließenden Militäroffensive der neuen Machthaber in Kiew gegen diese Region, was die russische MSO als Nothilfemaßnahme in der Ukraine unumgänglich machte. So nahm der Ukraine-Konflikt seinen Lauf.

Vier Jahre Ukraine-Konflikt: Resultate

Rußland hat den Großteil seiner Ziele, wenn auch erst nach längerer Zeit, erreicht: Keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, Zerstörung von US- und NATO-Basen, westlicher Waffenlieferungen und gemeinsamer Produktionsstätten; über 20 % des Territoriums der Ukraine befreit; Einschränkung der militärischen Fähigkeiten; Schwächung der neonazistischen ASOW-Gruppierungen. Unterbindung der Besetzung des Kursker Gebietes; die RF mußte aber Verluste durch den Beschuß von wertvollen Zielen der RF mit weitreichenden Raketen hinnehmen, ist aber weiter in der Lage, dank seiner

effektiven Waffen und kampferfahrenen Soldaten in der Offensive zu bleiben.

Die **Ukraine** hat das Hauptziel, die EU-Mitgliedschaft, bisher nicht erreicht und trotz immer neuer westlicher „Überlegenheitswaffen“ die verlorenen Territorien nicht zurückerobert können. Sie verliert tagtäglich weitere an die RF. Der Ukraine fehlen kampffähige Soldaten, die Großindustrie, die tragenden Energiesysteme, das Eisenbahnnetz, die Häfen, die kritische Infrastruktur sind zum Großteil vernichtet, und sie hat kaum noch Exporteinnahmen. Die Abhängigkeit von der EU und den USA nimmt weiter zu. Die personellen Verluste der Seiten sollen gemeinsam ca. 2 800 000 Mann betragen (Tote, Verletzte, Vermißte, Gefangene). Dennoch sind RF und Ukraine der Meinung, daß sie noch Chancen hätten ihre Ziele zu erreichen und lehnen daher ernsthafte Verhandlungen ab. Die Atom-Supermacht Rußland hat Ressourcen- und Partnervorteile gegenüber der Ukraine.

Bereits Ende März 2022 kam es angesichts der großen personellen Verluste der Seiten in Istanbul zu ersten Verhandlungen zwischen der Ukraine und der RF, wobei ein fast vollständiges Dokument zur Beendigung des Konfliktes durch die Delegationen fixiert wurde, welches der britische Vertreter des Westens, Johnson, kassierte, um den bewußt entfachten Stellvertreter-Konflikt fortzusetzen.

Wäre es im April 2022 gelungen, den Konflikt zu beenden, hätte es die Millionen menschlichen Opfer (Tote, Verletzte und Gefangene sowie Vermißte) und die Zerstörungen des Staates nicht gegeben.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Quellensuche

Wir leben in einer Zeit mit einer überbordenden Informationsfülle, mit der die Bundesregierung ihre Meinungshoheit gegenüber der Bevölkerung sichert und durch Verschweigen, Weglassen, Verzerrungen und Unwahrheiten zum Zweck der Manipulierung einsetzt. Sanktionierung von realistisch agierenden Experten, wie des ehemaligen Schweizer NATO-Geheimdienstmitarbeiters Jacques Baut sowie des US-Militär-Experten Scott Ritter erschweren den Zugang von wahrheitsgemäßen Informationen.

In Bezug auf den Ukraine-Konflikt hat der Militärhistoriker **Dr. sc. Lothar Schröter** sein Buch „**Der Ukraine-Krieg**“ – **Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO** – 2024 herausgebracht (ISBN 978-3-360-02815-0). Er ist zur Zeit dabei, die Erstauflage zu aktualisieren.

Wer Hintergrundinformationen und erweiterte Quellen zum obigen Artikel sucht, findet in dieser Publikation außerordentlich tiefgründige und umfangreiche Recherchen.

Großbritannien und Frankreich gegen Rußland

Gründe westlicher Russophobie

Man fragt sich, was Briten und Franzosen bewogen hat, sich nicht nur der deutschen Russophobie anzuschließen und unterzuordnen, sondern hierbei auch eine aktive außergewöhnliche Rolle zu spielen. Letztlich haben beide Staaten gegen Rußland, bis auf Ausnahmen, niemals Kriege geführt oder territoriale Verluste zu beklagen gehabt. Die Russophobie der Briten und Franzosen ist anders motiviert als bei den Deutschen und liegt auf einer anderen Ebene. Sie hatten durch Rußland bzw. die Sowjetunion enormen politischen und demnach wirtschaftlichen Einfluß verloren. Das allein entsprach von der Bedeutung her einer größeren Niederlage als durch einen verlorenen Krieg. Damit in engem Zusammenhang stand der enorme Verlust von Besitz in Rußland und in Osteuropa. Die heutige antirussische Politik ist davon geprägt, diese fundamentalen Niederlagen und materiellen Verluste zumindest moralisch in einen prestigeträchtigen Sieg umzuwandeln. Ein Blick in die Geschichte mag das belegen. Über Jahrhunderte kamen Briten und Franzosen den Russen nicht ins Gehege. Für beide Länder war Rußland keine Bedrohung. Im Gegenteil! Beide Länder hatten wie auch Deutschland für die Russen Vorbildwirkung. Sie symbolisierten das moderne Europa, dem man nachzueifern trachtete. Der Adel sprach französisch, die Verwaltung wurde nach deutschem Vorbild reformiert und bis heute Deutsch zum Schulpflichtfach. Englische Waren bekamen das höchste Qualitätssiegel. Keine andere Regionalmacht zeigte eine derartige Öffnung gegenüber anderen Kulturen. Feindseligkeiten gegenüber Westeuropa kamen nicht in Betracht, allein das Osmanische Reich galt als Feind. Rußland konnte sich durch den Wegfall Polens als europäische Großmacht etablieren. Hierbei spielte Rußland eine zwiespältige Rolle. Seine Versuche, sich der französischen Revolution an der Seite spät feudalistischer Staaten entgegenzustellen, schlugen fehl und provozierten auch den Napoleonischen Feldzug 1812. Dieser leitete den Niedergang des kaiserlichen Frankreichs ein. Rußland war nun die wesentliche Kraft, im Verbund mit England, das bürgerliche Frankreich niederzuringen. Auch wenn das heute keine ausschlaggebende Bedeutung besitzt, hat sich die Niederlage Napoleons doch tief in das französische gesellschaftliche Bewußtsein eingegraben. Und in dieser Richtung noch mehr. Rußland war der wichtigste politische und militärische Stabilisierungsfaktor der reaktionären Heiligen Allianz gegen revolutionär-demokratische Bewegungen in Europa.

Daran hatte auch England Interesse, Frankreich aber nicht. Rußland bedrohte als „Gendarm Europas“ die revolutionäre Bewegung in Frankreich, welche die nach der Niederlage Napoleons etablierte antifranzösische „regelbasierte und wertorientierte“ Ordnung symbolisierte und jegliche revolutionäre Entwicklung bedrohte. So sollte die französische Julirevolution 1830 durch russische und andere Truppen niedergeschlagen werden. Doch der polnische Aufstand verhinderte das. Seither sympathisierte Frankreich mit der polnischen frankophilen Nationalbewegung. Tatkräftige Unterstützung beim Aufstand 1863 leistete Paris hingegen nicht, verärgerte aber St. Petersburg. Das bewog die Russen, sich Preußen zu nähern, das auch polnische Gebiete annektiert hatte und in Hinblick auf die deutsche Einigung Frankreich zum Gegenspieler hatte. Während der 1848er Revolutionen griffen die Russen militärisch vor allem den Österreichern in Ungarn unter die Arme. Dadurch mußte sich auch das neue Regime in Paris potentiell bedroht fühlen. Mit der Machtübernahme Napoleons III. schickte sich Frankreich an, wieder eine führende Rolle in Europa zu spielen und sich für die Niederlagen ihres ersten Kaisers von 1812 bis 1815 zu revanchieren. Dazu boten die Russen nun Gelegenheit. Nach der führenden Rolle bei der Niederschlagung europäischer Revolutionen glaubte St. Petersburg, erfolgreich gegen die Osmanen vorgehen zu können. Das rief die Briten auf den Plan, die den Russen auch ein für alle Mal einen Riegel für weitere Expansionen vor allem im asiatischen Raum vorschieben wollten. England verfügte über gute Beziehungen zu den Osmanen und wollte den Russen den erhofften Zugang zum Mittelmeer versperren und seine Aktivitäten im Schwarzen Meer begrenzen. Hierzu begann die britische Flotte Operationen in der Ostsee, der Barentssee und im Fernen Osten. Zu Landoperationen waren die Briten allein aber kaum in der Lage. Hier sprang das neu-napoleonische Frankreich gern ein. Der Krimkrieg zu Beginn der 1850er Jahre endete mit einem Sieg der Westmächte. Rußlands europäische Großmachtrolle war über Jahrzehnte ausgeträumt. Ein erneuter Versuch, die Osmanen in die Knie zu zwingen, scheiterte 20 Jahre später. Das Schwarze Meer wurde für die russische Flotte gesperrt, das, was der Westen heute auch wünscht. Frankreich hingegen stieg zur größten europäischen Militärmacht auf und entwickelte bis zum Zweiten Weltkrieg dominierenden Einfluß in Osteuropa. Zeitgleich expandierten Briten und Franzosen in Rußland und trieben die Industrialisierung

voran. Beide Staaten besaßen bis 1917 den Löwenanteil an Besitz und Investitionen in Rußland (Bodenschätze, Infrastruktur, Bankwesen, Versicherungen usw.). Frankreich war in Rußland der größte Kreditgeber mit 40 % seiner europäischen Kapitalbeteiligung. Die Oktoberrevolution 1917 veränderte die Haltung der Briten und Franzosen zu Rußland radikal. Jeglicher Auslandsbesitz wurde von den Sowjets entschädigungslos verstaatlicht. 1939 und 1940 betraf das auch die zur UdSSR gekommenen Gebiete Polens, Rumäniens, Finnlands und des Baltikums. Sofort begann der Westen mit einem antisowjetischen Kreuzzug. Die Weißen wurden subventioniert und Truppen rückten in Rußland ein. Die Intervention gestaltete sich zu einem Fiasko. Nach Mißerfolgen aus territorialen und logistischen Gründen und auch wegen prosovjeter Proteste in der Heimat mußten sich die Briten zurückziehen. Den Franzosen erging es noch schlimmer. Mit 50 000 Soldaten stellten sie das Hauptkontingent von insgesamt 150 000 Interventen verschiedenen Staaten, die in der Südukraine den kurzlebigen ukrainischen Nationalisten-Staat von Petljura (!) unterstützten. Doch auf ihre Truppen konnten sie sich nicht verlassen. Sowjetische kommunistische und französische linkssozialistische Propagandisten bewegten die Soldaten zu Befehlsverweigerungen, Meutereien, Fahnenfluchten und Verbrüderungen mit Rotarmisten und Partisanen. Die Interventen kamen nicht weiter. 1919 kam es in der französischen Flotte zu einem Aufstand. Vor Sewastopol wurde auf zwei Schiffen die rote Fahne gehißt. In französischen Häfen weigerten sich Arbeiter, Material gegen die Sowjets zu verladen. Frankreich mußte seine Truppen abziehen. In Frankreich selbst kam es zu gewaltigen Sympathiekundgebungen für Sowjetrußland und Massendemonstrationen. Am 1. Mai 1919 marschierte eine halbe Million Franzosen unter roten Fahnen und mit der „Internationale“ auf den Lippen durch Paris. Die sich anschließenden Wahlen, die vor allem unter antisowjetischen Losungen geführt wurden, ließ das verängstigte Bürgertum sich zusammenschließen und einen rechten Block siegen.

1920 waren alle antisowjetischen Interventionen gescheitert, doch für die französische Bourgeoisie war eine unmittelbare direkte Bedrohung entstanden. Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten (Sozialisten) 1920 votierten 67 % für eine Neuausrichtung als kommunistische Partei. Kommunisten übernahmen auch die größte Gewerkschaft CGT und die Parteizeitung L'Humanité, die bald Hammer und Sichel in ihrem Logo führen

sollte. Mit anfangs 110 000 sollte die FKP 1937 auf 329 000 Mitglieder anwachsen und 15 % der Parlamentssitze innehaben. 1936 bedrohte die linke Volksfront das bürgerliche System. Es versteht sich, daß hier der Antisowjetismus und Antikommunismus besonders lebendig und aggressiv waren. Bei den Briten lagen die Dinge anders. Hier blieben die Kommunisten immer schwach und kamen erst 1945 ins Parlament. Nichtsdestotrotz wurden sie auch hier als Bedrohung empfunden.

Briten und Franzosen koordinierten ihre antisowjetischen Aktivitäten und waren die Hauptkräfte der antisowjetischen Verschwörung, auf die sich die UdSSR einrichtete. Für beide bestand aber das Problem darin, daß sie eingedenk der jüngsten Erfahrungen nicht selbst gegen das Sowjetland ziehen wollten. Dennoch gab es genügend Aktivitäten (Sabotage, Spionage, Handelsboykotte usw.) die die sowjetische Seite immer wachsam und misstrauisch sein ließ. So blieb Moskau die Unterstützung der Westmächte für die Nazis nicht verborgen. Der westliche Plan bestand darin, wie neuste polnische Forschungen bestätigen, Polen zu opfern und die Nazis schon 1939 auf die UdSSR zu hetzen. Diese Zielstellung konnten sie bei den Verhandlungen mit Moskau nicht verheimlichen. Daraufhin schlossen die Sowjets mit den Deutschen einen Nichtangriffsvertrag ab. Dieser Vertrag, obwohl er nicht gegen die Westmächte gerichtet war, wurde vor allem in Frankreich dazu benutzt, um die FKP zu verbieten und ihre Mitglieder zu verfolgen.

Mit Ausbruch des sowjetisch-finnischen Krieges im Spätherbst 1939 wollten sie sogar eigene Truppen (polnische Gebirgsjäger) nach Finnland schicken und die Erdölfelder von Baku bombardieren. Als die Finnen sich zur Kapitulation entschlossen hatten, wollten sie diesen Krieg weiterführen und versprachen über Radio Militärhilfe. Die Finnen lehnten klugerweise ab.

Mit dem Überfall der Nazis auf Westeuropa bekamen sie die Rechnung präsentiert. Frankreich wurde besetzt und England ernsthaft bedroht. Nun war der Westen zu einem Bündnis mit seinem Todfeind genötigt.

Indes hatte sich die Stimmung grundlegend verändert. Patriotische Kräfte unter de Gaulle und die FKP organisierten effektiven Widerstand. De Gaulle, der die westlichen Ambitionen erkannt hatte, orientierte auf einen völlig neuen Kurs der Freundschaft und ein Militärbündnis mit der Sowjetunion, das 1944 in Moskau abgeschlossen wurde. Frankreich wurde kurzzeitig zu einem wirklichen Bündnispartner der Sowjetunion. Nach seinem freiwilligen Rücktritt kamen wieder antisowjetische Aktivisten an die Macht und Paris kam ins Fahrwasser der USA.

Der Einfluß der Linken und der Sowjetunion begünstigte die nationalen Befreiungsbewegungen, die bis in die 60er Jahre zum Durchbruch gelangten. Das wurde auch der UdSSR angelastet. Die Franzosen und Briten verloren ihr Weltreich in Afrika und Asien.

Die Franzosen hatten nach dem Ersten Weltkrieg ihre westeuropäische Führungsrolle an die Briten abtreten müssen. Dennoch besaßen sie noch größeren Einfluß in Osteuropa.

Den mußten sie nach dem Zweiten Weltkrieg an die UdSSR abgeben. Den Briten ging es ähnlich, doch sie verloren ihren Einfluß nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt an die USA und die Sowjetunion. Beide Länder hatten durch die Sowjetmacht und ihren Einfluß nach nur 25 Jahren ihre dominierende Rolle in Europa zugunsten der UdSSR verloren. Britischer und französischer Besitz wurden teilweise gegen Entschädigung von den Volksdemokratien verstaatlicht.

Über diese Verluste sind sie nie hinweggekommen.

Während England weiter an seinem strikt antisowjetischen Kurs festhielt (Rede in Fulton 1946 über den Eisernen Vorhang), kamen von de Gaulle nach seiner erneuten Machtübernahme 1958 Impulse zur Entspannung und Verständigung, die in seiner Reise in die UdSSR 1966 mündeten. Diese Politik wurde auch unter den Nachfolgern de Gaulles weitgehend fortgeführt.

Unter Sarkozy und Macron kam Frankreich allerdings wieder in die militärische Integration der NATO und wird ein antiquierter antirussischer Kurs gefahren. Frankreich glaubte so, seinen innenpolitischen Problemen zu entfliehen und sich im Rahmen der EU aufzuwerten.

Großbritannien glaubt mit besonders aggressivem und realitätsfernem Verhalten endlich gemeinsam mit Franzosen und Deutschen doch noch einen revanchistischen Endsieg einzufahren, verlorene Größe zu präsentieren und zweifelhaftes Prestige wiederzuerlangen.

Dr. Holger Michael

Zum Tag der Begegnung an der Elbe vor 81 Jahren

Vom 16. März bis 15. April hatten die Zweite und die Dritte Ukrainische Front dreißig faschistische Divisionen der Heeresgruppe Süd zerschlagen. Mitte April befreite die Rote Armee Ungarn und Teile der CSSR. Die Westalliierten überquerten den Rhein. Sie wollten, entgegen den Absprachen von Jalta, Berlin einnehmen. Die Sowjetunion sah sich gezwungen, eiligst die eigenen und mit dem Westen abgestimmten Pläne zur Zerschlagung der Berliner Gruppierung umzustellen. Dabei galt es, das Problem der Situation der Belarussischen Front einzukalkulieren. Sie war noch immer bei Gdynia gebunden und stand erst mit zweiwöchiger Verspätung zur Verfügung.

Was für eine Hinterlist! Hatte die Rote Armee doch den Westalliierten gerade mit der Vorverlegung ihrer Frühjahrsoffensive aus deren Patsche in Belgien helfen müssen. Im Rahmen der vorverlegten „Berliner Operation“ kam es zur Aufspaltung und Einkesselung faschistische Gruppierungen. Am

25. April 1945 traf eine Abordnung einer Artilleriesdivision der Roten Armee unter dem Befehl Generalmajors W. W. Rusakow auf einen Aufklärungstrupp der 69. Infanterie-Division von Leutnant Kotzebue der US-Armee an der Elbe. Tatsächlich fand das eigentliche Aufeinandertreffen in Strehla bei Riesa statt. Wegen der an diesem Ort vorgefundenen zahlreichen zivilen Opfer einigten sich die Parteien, das heute historische Treffen in Torgau zu organisieren. Hier leisteten US-amerikanische Soldaten gemeinsam mit den Soldaten der Roten Armee vor Ort den „Schwur an der Elbe“, mit dem sie sich verpflichteten, alles dafür zu tun, in Zukunft einen neuen Krieg zu verhindern. Die US-amerikanischen Soldaten konnten damals nicht wissen, daß ihre Kriegsherren bereits ganz andere Pläne ausheckten.

Warum Torgau? Torgau war ein besonderer Ort faschistischer Barbarei.

Seit Anfang März 1933 hatten die Nazis die dortige Militärarrestanstalt zu einem der ersten Konzentrationslager für politische

Gefangene umfunktioniert. Die Anzahl der in „Schutzhaft“ genommenen Häftlinge ist derzeit nicht erforschbar. Es gab auch mehrere Haftanstalten für Wehrmachtsangehörige. Eine davon ist die Festung Fort Zinna, eine andere die Wehrmachtsgefangenenanstalt „Brückenkopf“. 1943 wurde Fort Zinna Sitz des Reichskriegsgerichtes. Hier wurden tausende Todesurteile gefällt und vollstreckt. Nicht einer dieser Blutrichter hat sich jemals vor Gericht verantworten müssen.

Und da war noch die Heeresmunitionsanstalt, für die die SS ein KZ-Außenlager mit bis zu 500 weiblichen Zwangsarbeiterinnen unterhielt. Französische Frauen aus der Résistance und ungarische Jüdinnen mußten Bomben und Munition herstellen, die dann für die Tötung ihrer Familien grausame Verwendung fanden.

Auch in diesem Jahr werden wir des historischen Aufeinandertreffens der Alliierten am 25. April 2026 gedenken.

Rainer Hesse
Dresden

Wo bleibt BRICS?

Es ist noch nicht so lange her, da wir mit der Bildung von BRICS Zeugen der Entwicklung eines bedeutenden Gegengewichts zu den USA und der NATO wurden. Fast täglich gab es neue und hoffnungsfroh stimmende Meldungen darüber, welche Fortschritte im Zusammenwirken der Staaten erzielt wurden. Nachrichten in dieser Richtung sind rar geworden. Müssen wir deshalb die Welt viel pessimistischer sehen? Nein, das müssen wir nicht! Wir müssen lediglich lernen, unsere Euphorie besser im Zaum zu behalten, wenn sich gerade etwas in eine bessere Richtung entwickelt und unsere Träume Flügel bekommen und dürfen nicht vergessen, daß historische Prozesse immer mit gebotener Nüchternheit beurteilt werden müssen. Geschichtliche Entwicklungen brauchen immer einen langen Atem. Nie folgen sie einer glatten Asphaltstraße, die schnurgerade in die Zukunft zeigt. Sie verlaufen widerspruchsvoll, sind von Rückschlägen und auch von tiefgreifenden Niederlagen begleitet. Zu schnell übersehen wir auch, welche gewaltige Kräfte die gefestigte Reaktion hat, während sich das Neue erst zaghaft zu entfalten beginnt und noch schwach ist.

Mit ihrem demonstrativen Einschlagen auf den Welthandel mit fast wahllos verkündeten

Zöllen, den Annexionsplänen nicht nur für Grönland, der Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro, den Kriegshandlungen gegen den Iran und vielem anderen haben die USA der Welt vor Augen geführt, wie rücksichtslos sie ihre angeblichen nationalen Interessen brutal gegen jegliche Widerstände durchsetzen. Bisher haben sich nur Rußland und China in der Lage gezeigt, diesen Zumutungen offen zu begegnen. Dazu haben andere Länder wie Indien oder Brasilien und die weiteren BRICS-Staaten längst noch nicht die Kraft. Ist es da ein Wunder, daß sie zunächst nur versuchen, den nächsten Wutanfällen aus Washington vorsichtig auszuweichen und zum Teil auch vor ihnen zurückweichen? Eines aber ist allen diesen Ländern klar: Die USA sind kein verlässlicher Partner mehr, weder im Handel noch in Fragen der strategischen Entwicklung. Deshalb werden nicht nur die bereits begonnenen BRICS-Projekte, die zum Teil sehr langfristiger Natur sind, konsequent fortgesetzt, ohne von ihnen allzu viel Aufhebens zu machen. Große Infrastrukturprojekte im Inneren Asiens und in Afrika stehen kurz vor ihrer Vollendung oder gehen in Betrieb, ohne daß wir hier in Europa davon Notiz nehmen. Weiter wird intensiv daran gearbeitet, sich

vom Dollar und dem Handel mit den USA unabhängiger zu machen. Das geschieht schleichen und ohne das an die große Glocke zu hängen. Wissenschafts- und Forschungsoperation suchen sich zunehmend Wege, die um die USA herumführen. Die daraus entstehenden enormen Konsequenzen sind nicht sofort offensichtlich. Strategisch schaden sich die USA heute weitaus mehr, als sie sich nutzen. Noch ist man von einer ausreichend großen Meute vorwiegend europäischer Speichellecker umgeben. Aber auch die wetzen inzwischen heimlich die Messer.

Nur scheinbar sind die USA gestärkt und BRICS abgemeldet. Die strategische Situation verschiebt sich weiter leise und fast unmerklich in Richtung Multipolarität. So mancher Sieg, den die USA heute erzielen, könnte sich dabei als strategische Niederlage erweisen. In Asien, im Nahen Osten und in Afrika, auch im Süden Amerikas schafft man sich ständig neue Gegner. An vielen Orten in der Welt lächelt man den USA noch ins Gesicht. Zunehmend wird dieses Lächeln gequälert. BRICS hat es dort nicht schwerer, sondern einfacher, sich neue Einflußmöglichkeiten zu sichern. Wie sagt doch das schöne, alte Sprichwort: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten.“

Achim Seider

China weist Vorwürfe geopolitischer Motive in Lateinamerika zurück

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Guo Jiakun, hat die Zusammenarbeit zwischen China und den Staaten Lateinamerikas erneut gegen Vorwürfe geopolitischer Motive verteidigt. Die Kooperation mit der Region verfolge keine strategischen Hintergedanken und dürfe nicht durch äußere Einflüsse beeinträchtigt werden, erklärte Guo am 9. März.

Er betonte, die Länder Lateinamerikas und der Karibik seien souveräne und unabhängige Nationen. Sie hätten das Recht, ihre Kooperationspartner frei zu wählen und ihren eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen. China halte in seinem Austausch mit der Region konsequent an den Prinzipien des gegenseitigen Respekts und der Gleichberechtigung fest.

Die bilateralen Beziehungen seien offen und inklusiv und richteten sich nicht gegen Dritte, sagte Guo. Deshalb solle niemand versuchen, diese Beziehungen zu beeinflussen. China stelle keine geopolitischen Kalküle an, mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein und fordere auch niemanden auf, Partei zu ergreifen.

Ähnliche Positionen hatte Peking bereits im vergangenen Jahr vertreten. Damals betonten chinesische Vertreter ebenfalls, die

Beziehungen zu Lateinamerika sollten ohne Einmischung von außen gestaltet werden und auf gegenseitigem Nutzen beruhen, während Washington Peking stärkerer Einflußnahme beschuldigte.

Die Stellungnahme von Guo folgte auf Aussagen des chinesischen Außenministers Wang Yi, der am 8. März während seiner jährlichen Pressekonferenz im Rahmen der Sitzung der Nationalen Volksversammlung auf die Beziehungen zwischen China und Lateinamerika einging. Wang warnte dabei, daß sich das „alte Drama des 19. Jahrhunderts“ auf der internationalen Bühne des 21. Jahrhunderts nicht wiederholen dürfe. Zugleich forderte er „Dritte“ auf, sich nicht in die Beziehungen zwischen China und der Region einzumischen.

Weiter beschrieb er die Zusammenarbeit als gegenseitige Unterstützung zwischen Ländern des Globalen Südens. Er nannte als Beispiel das Forum für Zusammenarbeit zwischen China und der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten, das im vergangenen Mai in Peking stattfand.

Die jüngsten Äußerungen aus Peking erfolgen vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Spannungen. US-Präsident Donald Trump hatte am 7. März in Florida

den Gipfel „Escudo de las Américas“ (Schild von Amerika) organisiert und dazu mehrere rechtsgerichtete Staats- und Regierungschefs aus der Region eingeladen. Ziel des Treffens war nach Angaben der Nachrichtenagentur EFE, die Führungsrolle Washingtons in Lateinamerika zu festigen und dem Einfluß Chinas entgegenzuwirken.

Während des Treffens warnte Trump davor, daß die Vereinigten Staaten nicht zulassen würden, daß sich „feindliche ausländische Einflüsse“ in der westlichen Hemisphäre etablieren. Zugleich verwies er auf den Panamakanal als strategische Infrastruktur und äußerte Besorgnis über die Präsenz ausländischer Akteure rund um die wichtige Handelsroute.

China und die Staaten Lateinamerikas haben ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich ausgebaut. Das Handelsvolumen zwischen beiden Seiten überstieg zuletzt 500 Milliarden US-Dollar. Offiziellen Angaben zufolge ist China inzwischen der zweitgrößte Handelspartner der Region und eine der wichtigsten Quellen für ausländische Direktinvestitionen.

Sina Johanna Reichl

Quelle: *amerika21*, 12.3.2026

Hat afrikanische Souveränität einen Preis?

Kenia hat im Dezember für 1,6 Mrd. Dollar Mittel gegen HIV, Tbc und Malaria von den USA erhalten, für die Demokratische Republik Congo sind in den nächsten fünf Jahren 900 Mio. Dollar geplant. Was die Herren aus den USA im Gegenzug dafür verlangen? Ganz offen, direkt und nicht verklausuliert den Zugriff auf die Gesundheitsdaten der Bevölkerung und privilegierten Zugang auf die Bodenschätze. Doch mittlerweile regt sich Widerstand. Zwanzig Länder haben bis März ein (MOU) „Memorandum of Understanding“ unterschrieben, darunter Burkina Faso, Burundi, Kamerun und die Elfenbeinküste. Zimbabwe hatte die Verhandlungen über die US-Gesundheitsgelder vollkommen eingestellt. Das Land verzichtete auf 367 Mio. Dollar aus dem US-Gesundheitsförderungsprogramm. Warum? Außenminister Albert Chibindi erklärte am 24. Februar, das MOU sei unausgewogen, es beeinträchtige und unterminiere Zimbabwes Souveränität. Nach der britischen Zeitung *Guardian* vom 4. März wäre das Abkommen über eine Milliarde Dollar wert. Es hätte den USA zehn Jahre Zugriff auf Gesundheitsdaten und Exklusivrechte für Förderung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen gewährt. Auch wenn in Afrika nur 3 % der pharmazeutischen Forschung betrieben

werden, die Marge soll auf 15 % erhöht werden (Health policy Watch). Und die Angst, als Versuchskaninchen zu dienen, steht im Raum. Ist doch die Ebola-Epidemie noch nicht vergessen, in der nicht zugelassene Medikamente viele Todesopfer forderte. Was hat nun die Regierung von Sambia veranlaßt, dieses Abkommen abzulehnen, wenn dies „an einen zweiten Kompromiß in bezug auf kritische Mineralien geknüpft wäre?“, fragt *Africa Intelligence* am 2. März. Der erste Kompromiß war für das texanische Unternehmen Metalex, das 30 Millionen Dollar für das Bergwerkprojekt Kazozu mit seinem sambischen Partner Terra Metals von der US-Trade and Development Agency erhalten hat. In Kenia stehen laufende Klagen vor Gericht dem Deal im Wege. Das Oberste Gericht hat das 1,6 Mrd. Dollar umfassende Abkommen ausgesetzt. Das Afrikanische Zentrum zur Kontrolle und Vorbeugung von Krankheiten (Africa CDC) alarmierte die Öffentlichkeit über die „unausgewogenen, die Souveränität unterminierenden“ Bedingungen: nämlich unter Umgehung der Weltgesundheitsorganisation der direkte Zugriff der USA auf Gesundheitsdaten, auf biologische Proben und Genom-Daten ohne die Garantie, an zukünftigen technologischen Erkenntnissen

teilhaben zu können – dabei digitalisiert zur Zeit die Gesundheitsorganisation der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft die epidemische Überwachung. Nach Africa CDC habe der Kontinent in den letzten Jahren seine Resilienz gestärkt und hebt Erfolge hervor:

- einen historischen Tiefstand der Malaria-Infektionen in Burkina Faso, die um ein Drittel zurückgegangen seien und um 48 % weniger Todesfälle verursachten. Die Weltgesundheitsorganisation hatte die Impfkampagnen mit 250 Mio. Dollar unterstützt.
- in Togo die Impfkampagne in einer Provinz gegen die aufgeflammete Kinderlähmung oder
- in Ostafrika die Eindämmung der Cholera nach den verheerenden Überschwemmungen in Madagaskar, Malawi und Mozambique.
- Die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion CEMAC startete 30 Forschungs-Projekte gegen MTN, vernachlässigte aber Millionen bedrohende Tropenkrankheiten.

Africa CDC betonte die Dringlichkeit, Medikamente, die 30 bis 40 % der Gesundheitskosten ausmachen, lokal zu produzieren. Bis 2040 sollten auch 60 % der benötigten Impfstoffe lokal hergestellt werden.

Georges Hallermayer

Kaffee nur eine Ware?

Der *Spiegel* veröffentlichte am 30.10.2025 einen Artikel über brasilianische Kaffee-Plantagenarbeiter, die sich gegen den US-Konzern Starbucks wehren. Darin wird festgestellt, daß dieser Konzern sich u.a. durch Zwangsarbeit und Betrug in Brasilien riesige Profite aus dem Geschäft mit dem Kaffee aneignet. Brasilianische Kaffeeplantagenbesitzer schrecken nicht vor Kinderarbeit zurück, damit Lebensmittelmonopole riesige Gewinne einfahren können. Den Handelsmonopolen ist es egal, wie ihre „Lieferketten“ den Profit für sie sichern. Neben Starbucks gibt es eine Reihe anderer Konzerne, wie Nestlé, Jakobs Douwe Egberts, Dinkin', Illy und McDonald's, die letztlich durch extreme Ausbeutung der Kaffee-Arbeiter und Kaffeepflücker hohe Gewinne im Kaffeegeschäft machen. Die fünf größten Kaffeehändler sind Starbucks, USA, Keurig Dr. Pepper, USA, Nescafé von Nestlé, Schweiz, McCafé/McDonald's, USA und JDE Peet's Kaffee und Tee, Niederlande. Die Handelsmonopole diktieren die Preise für Kaffee im Welthandel. Somit beeinflussen sie natürlich die Produktionsbedingungen in den Erzeugerländern. Es gibt jedoch ein positives Beispiel für den Aufbau einer Kaffeeproduktion in einem

Land, die nicht durch koloniale Ausbeutung geprägt war.

Die DDR litt viele Jahre unter dem Problem der kostenaufwendigen Beschaffung von Kaffee für die Versorgung der Bevölkerung der DDR. Dafür mußten Devisen eingesetzt werden.

Kaffee wird vorrangig an Börsen gehandelt. Die wichtigsten zwei Börsen sind die New Yorker Börse für Arabica und die Londoner Börse für Robusta. Für die Schwankungen der Kaffeepreise an den Börsen sind hauptsächlich politische Situationen und klimatische Einflüsse verantwortlich. Dabei wird Kaffee zu einem Spekulationsobjekt.

Diese Faktoren waren der Ausgangspunkt für die Entscheidung der Regierungen der DDR und Vietnams im Jahre 1980, das „Kaffeeproblem“ durch den Ausbau der Kaffeeanbauflächen in Vietnam von 600 auf ca. 10 000 Hektar zu lösen. Die DDR lieferte Ausrüstungen, Maschinen, Experten und Düngemittel. Vietnam stellte Arbeitskräfte und Flächen (vorwiegend in der Provinz Dak Lak) bereit. An diesem Projekt waren verschiedene DDR-Unternehmen beteiligt. 1986 wurde ein Folgeabkommen zwischen den beiden sozialistischen Staaten

vereinbart, um Kaffeeplantagen weiter auszubauen. Es handelte sich hierbei um ein bilaterales, staatliches Kooperationsabkommen zum gegenseitigen Vorteil. Heute würde man von einem Win-Win-Geschäft sprechen. Die DDR machte große Investitionen in den Kaffeeanbau in der Volksrepublik, die nicht nur für die Deckung des DDR-Kaffeebedarfs reichen sollten. Die Kaffeeproduktion in Vietnam war gleichzeitig ein Versuch, Kaffeemonopole des Weltmarktes auszuhebeln. Nach dem Ende der DDR suchte Vietnam andere Abnehmer hauptsächlich für Kaffee der Sorte Robusta auf dem Weltmarkt. Das Land wurde zur zweitgrößten Weltmacht in der Kaffeeproduktion und im Kaffeexport, nach Brasilien, Sorte Arabica, (Brasilien: 37 % Anteil an der Weltproduktion, Vietnam: 17% Anteil an der Weltproduktion, Stand 2024/2025).

Wissen sollte man, daß sich der Kaffeepreis im Handel aus dem aktuellen Kaffee-Weltmarktpreis zusätzlich aus Zuschlägen für Import, Röstung, Verpackung, Zwischenhandel sowie der Kaffeesteuer zusammensetzt. Er ist und bleibt ein Ergebnis der Ausbeutung.

Dr. Ulrich Sommerfeld

Bewaffnung der Bundesrepublik

Am 26. Oktober 1950 gründete die Bundesregierung das Amt Blank und begann im Interesse der USA die Wiederaufrüstung und den Kampf gegen den Kommunismus

„Wer noch einmal eine Waffe in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.“ Mit diesem Satz zog der Oberleutnant a. D. und Generalsekretär der CSU Franz Josef Strauß 1949 in den Bundestags-Wahlkampf. Er holte am 14. August das Direktmandat in Weilheim in Oberbayern. Der 34-jährige Strauß hatte den Krieg gegen die Sowjetunion vom ersten Tag des Überfalls mitgemacht, er hatte in der Ukraine, auf der Krim und in Stalingrad geschossen und war wiederholt auch Zeuge deutscher Massaker an Juden geworden. Kriegserlebnisse hätten ihn, wie er bei seinen Begegnungen mit Honecker in den achtziger Jahren offenbarte, tief geprägt. Zu jener Zeit, als der Christsoziale Strauß den Friedensengel gab, stritt in München ein Franz Halder vor Gericht „um seine Ehre“ als Soldat: Er wurde als „nicht belastet“ eingestuft. Der Generaloberst a. D. hatte im Ersten Weltkrieg gegen die Russen gekämpft, im Zweiten ebenfalls. Er war an den strategischen Planungen der Nazi-Wehrmacht für die Überfälle auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion maßgeblich beteiligt gewesen. Das „Unternehmen Barbarossa“ trug seine Handschrift wie auch der berühmte „Kommissarbefehl“, wo Politikommissare der Roten Armee bei Gefangennahme nicht als Kriegsgefangene zu behandeln, sondern sofort zu erschießen waren. Halder war bereits im Sommer 1945 aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft entlassen und als Leiter der deutschen Abteilung der kriegsgeschichtlichen Forschungsgruppe der US Army (Historical Division) berufen worden, was er bis 1961 blieb. In dieser Funktion übte er entscheidenden Einfluß auf die westdeutsche Geschichtsschreibung aus, er kreierte die Legende von der „sauberen Wehrmacht“. Bekanntlich zerbrach unmittelbar nach dem Sieg der Antihitlerkoalition das Bündnis. Churchill war der Auffassung, daß man das „falsche Schwein“ geschlachtet habe und ließ Pläne für die Fortsetzung des Krieges ausarbeiten – mit 100 000 reaktivierten deutschen Kriegsgefangenen wollte er gegen die Sowjetarmee marschieren. (Diese „Operation Unthinkable“ sollte erst in den neunziger Jahren bekannt werden.) Dem heißen Krieg schloß sich ein Kalter Krieg an, die Strategie der USA lautete „containment“ – „der Kommunismus“ sollte eingedämmt werden. Zu diesem Zweck gründeten die USA am 4. April 1949 mit zehn westeuropäischen Staaten

und Kanada den Nordatlantik-Pakt, die NATO. Auch die westlichen Besatzungszonen in Deutschland sollten in dieses antikommunistische Bollwerk eingebunden werden, weshalb auf dem Territorium der Tri-Zone ein Staat konstituiert werden mußte. Dazu waren bereits wichtige Schritte unternommen worden, etwa die Einführung einer Währung am 20. Juni 1948 und die Erarbeitung eines Grundgesetzes für eine Bundesrepublik Deutschland, an der ein Parlamentarier-Rat seit dem 1. September 1948 arbeitete. Dieses Grundgesetz trat am 23. Mai 1949 in Kraft. Mit der Bildung eines Separatstaates wurde die Teilung Deutschlands vollzogen. Zwangsweise zog die sowjetisch besetzte Zone mit der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik nach, ohne die Einheit Deutschlands aufgeben.

Den USA unterworfen

Die kapitalistischen Machtverhältnisse im Westen Deutschlands, nunmehr BRD, waren 1945 nur kurzzeitig erschüttert worden. In ihrem Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 hatte die Adenauer-CDU noch erklärt: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Doch die herrschende Klasse ging bald wieder zur gewohnten Tagesordnung über. Mehr noch: Sie opferte die eigenen nationalen Interessen, indem sie das Land spaltete und sich den US-amerikanischen Interessen unterwarf. Die Parole lautete jetzt Westbindung und Westintegration. In der Eindämmungsstrategie der USA war die Bewaffnung der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung. Allerdings waren erst vier Jahre zuvor die Waffen in Europa verstimmt – die Bereitschaft zu Wiederaufrüstung und Säbelrasseln war nicht nur in der (west-)deutschen Bevölkerung gering. Also bedurfte es politisch-ideologischen Aufruhrs. Dafür wurden Männer wie dieser Fritz Halder und andere kriegserfahrene Antikommunisten gebraucht.

Im Mai 1950 rief Bundeskanzler Konrad Adenauer unter größter Geheimhaltung eine „Zentrale für Heimatdienst“ (ZfH) ins Leben. Dort steckten ehemalige Generalstabsoffiziere, Generale und Admirale der

drei Wehrmachtsteile die Köpfe zusammen. Sie firmierten als Expertenrunde, die für militärische Gespräche und Verhandlungen mit den USA zur Verfügung stehen. Auch in anderen Gruppen von ehemaligen Nazi-Militärs und -Geheimdienstlern wurden die alten Pläne aus der Endphase des Krieges neuerlich diskutiert, als man sich mit den Westmächten in der Antihitlerkoalition gegen die Sowjetunion verbünden wollte. Im Kloster Himmerod in der Eifel kamen konspirativ im Oktober 1950 auf Vorschlag Adenauers, eingeladen von der ZfH, fünfzehn ehemalige Nazi-Militärs zusammen und erarbeiteten eine „Denkschrift über die Aufstellung eines Deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“. Als „Himmeroder Denkschrift“ wurde diese Geheime Bundessache Vorlage für die Bildung einer Bundeswehr. In fünf Abschnitten wurden in dem Papier präzise Ansagen zu Organisation, Ausstattung und Struktur gemacht, zur Ausbildung und zum „inneren Gefüge“. Entscheidend waren jedoch die Abschnitte 1 und 2. Dort forderte man die Beendigung der „Diffamierung“ von Angehörigen der Wehrmacht und der Waffen-SS sowie eine „Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten“. Außerdem hieß es, daß Deutschland in den künftigen Verteidigungsplänen einer gemeinsamen Allianz nicht erst am Rhein verteidigt und damit zum verwüsteten Kampfgebiet werden dürfe.

Vom Halder-Plan zur Eifeldenkschrift und zum Amt Blank

Damit ging man zum Abschnitt 2 über: einer vermeintlich sowjetischen Bedrohung. Die Nazi-Militärs, die im Auftrag des deutschen Kapitals schon einmal gegen die sowjetische Armee „präventiv“ ins Feld gezogen waren, erklärten dort, daß die Sowjetunion jederzeit und ohne weitere Vorbereitungen Westeuropa angreifen und von Narvik bis zu den Pyrenäen besetzen werde. Wann ein solcher Angriff erfolge, sei nicht absehbar, hieß es. Der Westen verfüge nur über völlig unzureichende Verteidigungsmöglichkeiten. Es bedürfe eines operativen Plans für die Verteidigung Westeuropas, in die amerikanische und deutsche Beiträge eingebunden seien. Europa müsse so weit wie möglich im Osten verteidigt werden. Die Verteidigungsbereitschaft müsse sehr schnell hergestellt werden ... Nach der Vorlage dieser Denkschrift berief Adenauer den CDU-Bundestagsabgeordneten Theodor Blank, einst Oberleutnant in einer Panzerdivision der Wehrmacht, zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“. Die

wegen des bürokratischen Titels nur „Amt Blank“ genannte Institution nahm am 26. Oktober 1950 die Arbeit auf. In ihr ging die ZfH auf, und Nazigenerale wie Hans Speidel und Adolf Heusinger fanden eine Anstellung. Schon bald zählte das Amt um die siebenhundert einschlägig erfahrene Mitarbeiter. In der 1967 im Dietz Verlag erschienenen dreibändigen Chronik der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hieß es dazu: „Diese Dienststelle soll die Aufstellung einer westdeutschen Armee auf der Grundlage des Halder-Plans (Juli) und der Eifeldenschrift westdeutscher Militaristen (4. bis 9. Oktober) in Stärke von 250 000 Mann vorbereiten. Zur gleichen Zeit entstehen in Westdeutschland zahlreiche militaristische und revanchistische Vereinigungen, die Verbindungsleute für das Amt Blank nennen und Kader für die Aggressionsarmee sammeln.“ Eine dieser Vereinigungen war die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), am 5. Januar 1952 als Gesellschaft für Wehrkunde (GfW) gegründet. Nach 1990 erfolgte die Umbenennung in Gesellschaft

für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) bzw. am 7. Oktober 2014 in Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP). Sie zählt rund 7300 Mitglieder und ist, weiß sogar Wikipedia, mit sicherheitspolitisch relevanten Organisationen und der Rüstungsindustrie vernetzt und wird durch Zuwendungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung gefördert.

Protest verboten

Die im Bundeskanzleramt angesiedelte Dienststelle Blank war bis 1955 tätig, dann wurde sie zum Bundesministerium für Verteidigung, Theodor Blank dessen erster Minister und die BRD Mitglied der NATO. In jener Zeit regte sich heftiger Widerstand gegen die Wiederaufrüstung und Remilitarisierung – siebzig Prozent der Bundesbürger lehnten sie ab. Bundesinnenminister Gustav Heinemann (CDU) trat am 31. August 1950 zurück, als Adenauer auf einer Kabinettsitzung mitteilte, er habe den USA in einem Sicherheitsmemorandum und bei Geheimverhandlungen ein „deutsches Kontingent“ angeboten. Es

formierte sich in der BRD-Gesellschaft die Bewegung „Ohne uns“, in fast zweitausend Betrieben der Schwer- und Rüstungsindustrie, in denen Sonderschichten unter der Bezeichnung „Panzerschichten“ gefahren wurden, legten Zehntausende die Arbeit nieder. Die KPD gab die Losung heraus: „Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten!“ Die Partei mobilisierte Millionen gegen die Wiederbewaffnung, organisierte eine Volksbefragung und andere Aktionen, sie musste darum aus Sicht der Herrschenden ausgerufen werden: Am 23. November 1951 stellte die Bundesregierung den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD durch das Bundesverfassungsgericht. Bis zum Verbot der Partei 1956 erfolgten bis zu 200 000 Ermittlungsverfahren und bis zu 10 000 Verurteilungen durch die Justiz. Auf Länderebene wurden achtzig Organisationen, die als von der KPD gelenkt galten, verboten.

Frank Schumann, Berlin

Quelle: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Heft 10, 2025*

US- und NATO-Militärbasen in Ramstein schließen!

Die US- und NATO-Basis Ramstein ist ein zentraler Knotenpunkt US-amerikanischer Militärpolitik in Europa. Von hier aus werden Kriege koordiniert, die nicht nur das Völkerrecht infrage stellen, sondern auch Deutschland politisch und sicherheitspolitisch in Haftung nehmen. Die Debatte über Ramstein führt deshalb zu einer grundsätzlichen Frage: Welche Rolle spielen US-Militärbasen und die NATO im globalen Machtsystem der Vereinigten Staaten – und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Frieden und Sicherheit in Deutschland?

Ramstein und die Verantwortung Deutschlands

Zur Führung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der USA und Israels gegen den Iran nutzen die Vereinigten Staaten insbesondere auch die US- und NATO-Basis im rheinland-pfälzischen Ramstein. Obwohl der Verstoß der USA gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes offenkundig zu sein scheint, kann die Bundesregierung keinerlei Fehlverhalten Washingtons erkennen. Dabei ist Artikel 26 Abs. 1 GG, der besagt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig“, denkbar klar. Die US-Militärbasen in Deutschland, obwohl formal im Geltungsbereich des

deutschen Grundgesetzes, sind de facto Enklaven. Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht im Urteil des Zweiten Senats vom 15. Juli 2025 (2 BvR 508/21) zum Drohneneinsatz über Ramstein in seinen Leitsätzen ausdrücklich festgehalten: Der Bundesrepublik Deutschland „obliegt ein allgemeiner Schutzauftrag dahingehend,



Am 19. März 2024 traf sich die „Ukraine-Kontaktgruppe“ auf der US-Airbase Ramstein

daß der Schutz grundlegender Menschenrechte und der Kernnormen des humanitären Völkerrechts auch bei Sachverhalten mit Auslandsberührung gewahrt bleibt“. Das Gericht sah eine „Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG“, die „sich auf die Einhaltung des anwendbaren Völkerrechts zum Schutz des Lebens“ beziehe. Diese Schutzpflicht, so Karlsruhe, „erfaßt auch Gefährdungen, die von einem anderen Staat ausgehen“, sprich

den USA. Während die *New York Times* berichtet, die USA hätten eine Mädchenschule im Iran angegriffen, wobei 170 Kinder getötet wurden, so muß man von einem schweren Kriegsverbrechen ausgehen. Das Rückgrat der USA aber sowohl für das Kriegsverbrechen des Angriffskrieges als auch für die völkerrechtswidrigen Tötungen unschuldiger Zivilisten ist Ramstein.

Wie bei der NATO insgesamt hält sich auch bei den US-Basen in Deutschland die Legende, diese Basen dienten der Verteidigung einer Wertegemeinschaft. Für die NATO hatte bereits Generalsekretär Mark Rutte diesen Mythos zerstört. „Die NATO ist für die USA eine Plattform, um ihre Macht zu projizieren“, soweit ein ehrlicher Herr Rutte. Diese Feststellung muß in besonderer Weise auch für die weltweiten US-Basen gelten. Dabei aber kommt der NATO wiederum eine ganz besondere Rolle zu.

NATO: Infrastruktur US-amerikanischer Macht

Durch die NATO erhalten die USA garantierten Zugang zu einem Netzwerk von Luft-, Marine- und Landstützpunkten in ganz Europa. Diese dienen als „Sprungbretter“ für US-Operationen in Afrika, dem Nahen Osten und Zentralasien, da Europa geographisch näher an globalen Krisengebieten liegt. Ohne diesen stabilen rechtlichen Rahmen müßten die USA bilaterale Abkommen aushandeln, die anfällig für lokale Politik wären

und oft „Mietzahlungen“ erfordern würden. In Deutschland ist es so, daß durch indirekte Zahlungen Berlin bis zu 40 Prozent der Stationierungskosten trägt, allein für Ramstein wird von Kosten von bis zu 80 Millionen pro Jahr ausgegangen. Ramstein aber hat seine rechtliche Absicherung nicht nur über das NATO-Zusatzabkommen, sondern auch über den Aufenthaltsvertrag von 1954.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die NATO als „Kraftmultiplikator“ fungiert, der die US-Militärkapazitäten erheblich verstärkt, ohne daß die USA allein die vollen Kosten tragen müssen. Wir erinnern uns, daß auch bei den Gemeinschaftskosten die USA es geschafft haben, insbesondere Deutschland immer mehr Kosten aufzuhalten. Das gesamte Bestreben der Trump-Administration ist es, den Europäern auch innerhalb der NATO zusätzliche Kosten aufzubürden.

Der Militärpakt ermöglicht zudem gemeinsame Kommando- und Kontrollstrukturen, die die US-Fähigkeiten weltweit erweitern. Der US-Beitrag zum NATO-Haushalt beträgt nur einen Bruchteil des US-Verteidigungsetats (z. B. 0,074 Prozent für 2025), ergibt aber immense Vorteile durch geteilte Ressourcen. Ramstein mit dem Hauptquartier der United States Air Forces in Europe – Air Forces Africa und dem Hauptquartier des Allied Air Command Ramstein, einer NATO-Kommandobehörde zur Führung von Luftstreitkräften, ist ein Paradebeispiel für diese Erweiterung der US-Kriegsfähigkeiten.

Ohne die NATO wäre das US-Stützpunktsystem teurer, instabiler und weniger effizient, da es auf bilaterale Deals angewiesen wäre. Die NATO ist essentiell für das Stützpunktsystem in Europa und die globale Machtprojektion der USA. Hier gilt es darauf hinzuweisen, daß die NATO und das US-Stützpunktsystem Teil eines kolonialen Weltsystems der USA sind, das auch auf Krisen reagiert. Etwa wenn die US-Basen in den Golfstaaten zunehmend bedroht werden, wird versucht, britische Basen in Zypern, die von den US-Amerikanern genutzt werden, über einen NATO-Beitritt der Insel de facto zu NATO-Basen zu transformieren, die dann wiederum den Vorteil für die USA hätten, daß die Finanzierung stärker von Dritten übernommen würde und einem massiven Ausbau der Militärbasen nichts mehr im Wege stünde.

Im Fall Zypern würde ein NATO-Beitritt mit ziemlicher Sicherheit auf eine Teilung der Insel hinauslaufen, denn der NATO-Partner Türkei, der 37 Prozent Zyperns besetzt hält, würde sich eine Zustimmung zu einem NATO-Beitritt Zyperns sicherlich teuer abkaufen lassen, etwa durch eine Anerkennung der türkischen Besatzung durch die USA.

US-Basen: Neokoloniale Kriegsenklaven

Die Frage, die ich mir oft gestellt habe, insbesondere nach der Münchener Rede des US-Außenministers Rubio, ist, ob man die US-Militärbasen nicht als Teil eines kolonialen oder besser gesagt neokolonialen

Weltsystems der USA bezeichnen muß. Die rund 800 US-Militärbasen in über 80 Ländern sind einzigartig für ein einzelnes Land. Zunächst einmal ist hier die funktionale Ähnlichkeit zu klassischen Kolonien zu nennen. Die US-Basen dienen der Machtprojektion, Kontrolle von Ressourcen, Abschreckung und Intervention. Sie ermöglichen es den USA, globale Hegemonie zu erhalten, ohne direkte territoriale Annexion – genau wie das britische Empire mit seinen Stützpunkten (Gibraltar, Singapur, Malta) funktionierte. Der US-Politologe Professor Chalmers Johnson nannte die US-Basen zu Recht wörtlich „Amerikas Version der Kolonie“.

Die US-Basen haben zahlreiche neokoloniale Merkmale. Viele Basen entstehen durch ungleiche Verträge, Druck oder Abhängigkeit (z. B. in Ländern mit US-freundlichen Regimen). Sie verursachen oft Umweltzerstörung, Vertreibungen, Kriminalität, Prostitution und Verletzung der Souveränität – ähnlich wie Kolonialherrschaft. In Okinawa, Guam oder Diego Garcia gibt es starke lokale Widerstandsbewegungen gegen diese „militärische Besatzung“.

Auch der Vertrag über die Stationierung der US-Armee in Deutschland von 1954 ist solch ein ungleicher Vertrag, auch, da vergleichbare deutsche Basen in den USA fehlen. Man muß hier im aristotelischen Sinne von einer an sich unfreiwilligen Freiwilligkeit sprechen, die den Abschluß des Vertrages von bundesrepublikanischer Seite aus bedingte.

Mit dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 gibt Deutschland acht Mitgliedstaaten der NATO (Belgien, Dänemark, Frankreich, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Vereinigtes Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika) seine völkerrechtliche Zustimmung zum dauerhaften Aufenthalt ihrer Stationierungstreitkräfte. Mit dem Vertragswerk wurde noch vor dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO das Besatzungsrecht der Truppen der Alliierten fortgeschrieben, per allgemeinem Zustimmungsgesetz, während das NATO-Truppenstatut die konkrete Ausgestaltung des Aufenthalts formuliert.

Dieser Aufenthaltsvertrag wurde durch einen Notenwechsel gegenüber den drei Westalliierten 1990 für Gesamtdeutschland bestätigt und gilt allerdings nicht in den neuen Bundesländern. Der Aufenthaltsvertrag ist ein Relikt des Kalten Krieges. Die US-Basen haben infolge dieses Vertrages den Charakter von extraterritorialen Enklaven. Der Zutritt wird allein von den USA kontrolliert. Es gilt de facto eine Strafflosigkeit für die Handlungen der USA, auch da die Bundesregierung offenbar nicht Willens ist, das Grundgesetz und Völkerrecht in diesen Enklaven durchzusetzen.

Der Aufenthaltsvertrag muß als ungleicher Vertrag gewertet werden, da er beispielsweise entsprechende Rechte der

Bundesrepublik Deutschland auf dem Territorium der USA nicht vorsieht. Die vertraglichen Möglichkeiten zum Aufenthalt deutscher Truppen zur Ausbildung etwa sind mit dem Aufenthaltsvertrag nicht zu vergleichen. Der Vertrag ist ein klassisches Beispiel, wie eine Struktur des Kalten Krieges für das Führen weltweiter Kriege der USA in Anspruch genommen wird. Je stärker aber die USA völkerrechtswidrige Kriege von ihren Basen in Deutschland aus weltweit mitführen und sogar über die geplante US-Raketenstationierung auf US-Basen (Raketen, die Moskau in wenigen Minuten erreichen können) andere Länder von Deutschland aus bedrohen, um so instabiler wird auch die Sicherheitslage der Bevölkerung hier. Deutschland wird ganz praktisch in Haftung genommen werden für Kriegsentscheidungen der USA von deutschem Boden aus.

Es geht inzwischen um viel mehr als die Durchsetzung des Grundsatzes, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen sollte. Es geht um die Sicherheit der Bevölkerung in Deutschland, die eine US-Regierung bereit ist, massiv zu gefährden, indem sie von Deutschland aus Völkerrecht bricht und andere Staaten ins Visier ihrer Raketen nimmt.

Schließen und Austreten: Für Frieden und Sicherheit

Wem Frieden und Sicherheit heute für Deutschland am Herzen liegen, der muß deshalb auf die Schließung der US-Militärbasen wie auch auf einen Austritt aus der NATO drängen. In einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zur Austrittsfrage heißt es im letzten Satz verräterisch offen:

„Sowohl der Aufenthaltsvertrag als auch das NATO-Truppenstatut können aufgekündigt werden. Nach Nr. 3 der Vereinbarung vom 25. September 1990 zu dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland kann die Bundesrepublik Deutschland den Aufenthaltsvertrag in Bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren beenden. Nach Art. XIX Abs. 1 und 3 NATO-Truppenstatut kann jede Vertragspartei das Abkommen mit einer Frist von einem Jahr nach Eingang der Notifizierung bei der Regierung der USA kündigen. Obwohl die Möglichkeit einer Kündigung rechtlich besteht, dürfte sie politisch nicht gangbar sein.“

Spanien hat gezeigt, daß man den USA die Nutzung ihrer Basen für völkerrechtswidrige Kriege verwehren kann. Es ist höchste Zeit, daß auch wir in Deutschland eine Bewegung zur Schließung dieser Kriegsenklaven der USA und zum Austritt aus einem Militärpakt, der allein helfen soll, die US-Hegemonie auf unsere Kosten abzusichern, verstärken.

Sevim Dagdelen

Quelle: NachDenkSeiten, 12.3.2026

Worum es wirklich geht

Man sagt, auch hoch intellektuelle Menschen können, wenn es um gesellschaftliche Prozesse geht, grandios dumm sein, Fachidioten sozusagen, die, wie die Brüsseler Personalbesetzung zeigt, in kapitalistischen Führungsetagen außerordentlich willkommen sind.

Das Demokratie und Friedenserhalt Hohn sprechende Agieren der Regierenden wird unterstützt durch den Wahlmodus in den meisten westlichen Ländern. Man wählt in einem Rhythmus von vier bis fünf Jahren jeweils eine neue Regierung und erklärt, jetzt ziehe Gerechtigkeit ein, indem man das, was die Vorgängerregierung verursachte, wieder anders oder rückgängig mache. Man darf, ohne Gewissensbisse zu haben, je nach Wetterlage, das Gegenteil vom vorher Gesagten behaupten. Man schwätzt von Moral und Menschenrechten und kann doch nur schlecht verbergen, daß es sich keinesfalls um eine Volksherrschaft, sondern, wie der Epstein-Skandal in den USA zeigt, um ein mit angeblicher Demokratie behangenes Affentheater handelt.

In Deutschland ist es nicht anders. Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, sagt der Bundeskanzler. Nach seiner Meinung sind die Deutschen zu faul, arbeiten zu wenig und nicht lange genug, laufen bei jeder Kleinigkeit zum Arzt und feiern krank. Damit liegen angeblich die Deutschen im EU-Maßstab im letzten Drittel. Deshalb sind für ausufernde Sozialprogramme keine Gelder mehr da, es muß also überall gekürzt und gespart werden.

Wie wäre es, wenn der Bundeskanzler dem Bundeskriegsminister aus dessen Haushalt mal 20 oder 30 Milliarden entnimmt, um die marode Infrastruktur wie Gesundheitswesen, Bildung, Verkehr – alles eine Daseinsfürsorge des Staates – mit den nötigen Mitteln zu versorgen?

Wäre zu fragen, wohin denn nun das viele Geld von nahezu einer Billion Euro, das im Januar 2025 mittels Tricks von der damals nicht beschlußberechtigten Vorgängerregierung als „Sondervermögen“ bewilligt wurde, verschwunden ist?

Die Frage läßt sich relativ leicht beantworten. Zig Milliarden wurden sinnloserweise an die Ukraine für Waffenlieferungen und sonstiges überwiesen, weil man, wie es die seinerzeitige Außenministerin Annalena Baerbock forderte, Rußland besiegen, zumindest schwächen müsse. So wurde ein kolossales Aufrüstungsprogramm aufgelegt, welches sowohl die Bundeswehr als

auch die Kriegsertüchtigung der gesamten Gesellschaft umfaßt. Kofferweise werden die Euros dem „Verteidigungsministerium“ mit seinem kriegslüsternden SPD-Minister an der Spitze vor die Tür geschüttet. Einzig und allein, weil Rußland 2029 die EU und insbesondere Deutschland angreifen will, was zu verkünden keine Nachrichtensendung ausläßt.

Einerseits spricht der Bundeskanzler davon, mit Rußland wieder reden zu wollen und zu müssen und andererseits sichert er der Ukraine Unterstützung und weitere Waffenlieferungen zu. Dem Generalinspekteur



München, 13. Februar: US-Außenminister Marco Rubio will mit „gottlosen kommunistischen Revolutionen“ Schluß machen

der Bundeswehr, Carsten Breuer, kann's nur recht sein. Er fordert im Zusammenhang mit der Münchner „Sicherheitskonferenz“ Aufrüstung im bisher nicht gekannten Umfang, da sich Rußland militärisch zunehmend nach Westen ausrichten würde. Ja, wohin soll sich Rußland den sonst ausrichten. Nach China? Wer hat denn an der russischen Westgrenze seine Drohkulisse aufgebaut? Es darf bezweifelt werden, daß der General die Aussage Kohls am 19. Dezember 1989 vor den Ruinen der Dresdner Frauenkirche kennt, daß von deutschem Boden in Zukunft immer Frieden ausgehen wird, das sei „das Ziel unserer Gemeinsamkeit“. Aber wie soll von Deutschland Frieden ausgehen, wenn stabsmäßig die Kriegsvorbereitungen laufen? Für Leute vom Schlage des Generals gilt seit Jahrzehnten, daß der Feind im Osten steht. Wie sollte es auch anders sein? Sein Vorturner, der SPD-Kriegsminister, gibt doch mit seinem Kanzler die Linie vor. Deshalb gilt für Breuer:

„Militärische Einsatzbereitschaft muß eine starke europäische Verteidigungsindustrie bedeuten. Die Ukraine zeigt uns, daß industrielle Fähigkeiten entscheidend sind, um einen großen Krieg durchzuhalten und letztlich zu gewinnen. Die derzeitigen erhöhten Ausgaben in unseren Ländern beweisen, daß wir dies ernstnehmen, denn ohne Produktionskapazitäten können wir

keine Abschreckung ausüben. Unsere Industrien müssen in der Lage sein, nachhaltig zu produzieren – und zwar in dem Tempo, welches moderne Konflikte erfordern, um die Munition, Systeme und Plattformen herzustellen, die unsere Streitkräfte benötigen.“

Was er wirklich meinte, offenbarte er auf der Münchener Sicherheitskonferenz.

„Fünf Jahrhunderte lang bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs expandierte der Westen. Seine Missionäre, seine Pilger, seine Soldaten, seine Entdecker strömten von seinen Küsten, überquerten Ozeane, be-

siedelten neue Kontinente, bauten ausgedehnte Imperien auf, die sich über den gesamten Planeten erstreckten. Aber 1945 begann der Westen zum ersten Mal seit der Ära von Columbus zu schrumpfen. Europa lag in Ruinen, die Hälfte fand sich hinter einem Eisernen Vorhang und der Rest machte den Anschein, daß er bald folgen würde. Die großen Imperien des Westens traten ins Stadium des endgültigen Niedergangs, beschleunigt durch gottlose kommunistische Revolutionen und durch antikoloniale Aufstände.“

Er betrauert den zu Ende gehenden Kolonialismus des Westens, der die Herrschaft des Westens über die übrige Welt über Jahrhunderte sicherte.

Und weiter heißt es bei ihm: „Wir können die sogenannte ‚Globale Ordnung‘ nicht länger über die vitalen Interessen unserer Staaten und Nationen stellen. Wir müssen das System der internationalen Kooperation nicht aufgeben, das wir erfunden haben. Und wir müssen die internationalen Institutionen der alten Ordnung nicht demontieren, die wir zusammen aufgebaut haben. Aber sie müssen reformiert, sie müssen umgebaut werden.“

Die Globalisierung, die der Westen aus reinen Profitgründen nach der Niederlage des Sozialismus selbst ins Leben rief, ist dem Westen nach seiner Meinung jetzt nicht mehr nützlich. Und weiter:

„Ein einheitlicher Einsatz im Wettbewerb um Marktanteile und die Ökonomien des Globalen Südens. Zusammen können wir nicht nur die Kontrolle über unsere eigenen Industrien und Lieferketten zurückgewinnen, wir können in den Gebieten prosperieren, die das 21. Jahrhundert bestimmen werden.“ Mit anderen Worten: Es geht um eine Neubelebung des Kolonialismus in einer anderen, „freundlicheren“ Form.

Neue deutsche Härte

Es ist weit mehr als nur ein Etikettenwechsel. Es ist eine neue Attacke gegen Arme – per Gesetz. Die „schwarz-rote“ Regierungsmehrheit im Bundestag hat am 5. März beschlossen: Grundsicherung statt Bürgergeld. Damit hat das CDU/CSU-SPD-Kabinett eine seiner „zentralen Sozialreformen“ im Plenum durchgesetzt. Ein Beschluß, der zugleich eine Klatsche für den koalitionären Juniorpartner ist. Vor drei Jahren erst hatte die sozialdemokratisch geführte Ampelregierung das Bürgergeld eingeführt. Von dieser Fußnote abgesehen, wen trifft die „Reform“? Viele, sehr viele. Etwa 5,5 Millionen Menschen hierzulande beziehen Bürgergeld bzw. Grundsicherung. Sie sind darauf angewiesen, weil ihr Einkommen nicht den Lebensunterhalt deckt. Darunter sind rund 800 000 Aufstocker, deren Bezüge selbst bei

Vollzeit unter dem Existenzminimum liegen. Und: Wer seinen Job verliert, rutscht nach einem Jahr Arbeitslosengeld automatisch in dieses System. Besonders betroffen sind 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche. Junge Menschen, die in Haushalten leben, die ohne staatliche Unterstützung nicht über die Runden kommen.

Mit dem Bundestagsbeschluß will die Koalition Transferleistungen „gerechter und treffsicherer“ machen. Übersetzt: fordern statt fördern. Wer nicht pariert, wird sanktioniert – noch stärker als zuvor. Dazu paßt: Wer arbeiten kann, muß seine Arbeitskraft „im maximal zumutbaren Umfang“ einsetzen, verlangen die Koalitionäre. Ackern um jeden Preis – sprich: zum Billiglohn, bestenfalls ohne Tarifvertrag, ohne betriebliche Mitbestimmung. Das ist längst nicht alles.

Künftig fällt die Karenzzeit für mühsam Erspartes weg, Freibeträge für Schonvermögen sinken. Stichwort: Wohnkosten. Vom ersten Tag des Leistungsbezugs an gelten strenge Mietobergrenzen. Überschreitet die Miete die festgelegte Grenze, „drohen sofortige Kürzungen, ohne Übergangsfrist und ohne Kostensenkungsverfahren“, kritisierte der Deutsche Mieterbund (DMB).

Fest steht: Die Grundsicherung wird keine Jobs, keine Wohnungen, keine Kitas schaffen. Nichts. Dafür viel verschärfen: Existenzängste, soziale Not – und den Haß auf Arme. Oder: neue deutsche Härte.

Oliver Rast

*Redaktionell gekürzt
junge Welt, 6.3.2026*

Was die Schulstreiks mit dem Grundwiderspruch zu tun haben

Klimakrise, Wohnungsnot, der drohende Wirtschaftscrash, Rentenpleite, Kriege – all das lastet auf den Schultern von uns allen. Unter der jungen Generation spürt man das Glimmen von Widerstand und Protest schon lange. Bereits Fridays for Future war ein Zeichen für ein wachsendes Bewußtsein, den Weg in den Abgrund nicht hinzunehmen. Zwar wurde die Bewegung in sicherere Bahnen gelenkt, doch der Keim von Gegenwehr in der Jugend, die nicht länger als Spielball des Kapitals behandelt werden will, ist geliebt und wächst weiter.

Wer könnte es ihr verübeln? In den letzten Jahren – geprägt vom Krieg in der Ukraine, der Coronapandemie, dem Konflikt in Gaza und einem allgemeinen Rechtsruck in Führungsetagen und in der Gesellschaft – gab es kaum Raum zum Atmen. Besonders in der Isolation der Pandemie, allein in einer Art Zelle mit steigendem Frust, fehlender Perspektive (Wohnungen oder Therapieplätze sind rar wie seltene Event-Pokémon) und viel Zeit zum Nachdenken, entstand ein politisches Bewußtsein, das generations- und grenzübergreifend Wurzeln schlägt. Da wird es immer schwerer, neutral zu bleiben und sich rauszuhalten.

Gerade jetzt spüren wir, wie die Grundfesten bebren. Es ist wichtig, die tieferen Ursachen dafür zu verstehen: Der Imperialismus befindet sich in einer schweren Krise. Er ist geprägt durch Monopole, Finanzkapital,

Kapitalexport, internationale Kartelle und die ständige Neuaufteilung der Welt unter den großen Mächten. Dadurch verschärft sich der fundamentale Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, was Überakkumulations- und Profitabilitätskrisen regelhaft hervorbringt.

Der Zwang, immer neue Maschinen zu erwerben, um wettbewerbsfähig zu bleiben und mehr Waren zu produzieren, verändert das Verhältnis von totem Kapital zu lebendiger Arbeit. Zwar entsteht Mehrwert nur durch menschliche Arbeit, doch langfristig sinkt die Profitrate, weil immer mehr Maschinen auf immer weniger Arbeiter treffen. Gewinne zu machen wird schwerer, Fabriken schließen, Investitionen stocken, Geld wird gehortet oder blasenhaft spekuliert und Massentlassungen sollen Kosten senken. Da Arbeitslose weniger kaufen können, vertieft sich die Krise weiter – und die logische, zynische Folge ist die Zerstörung von Kapital, sei es durch Krisen oder Kriege, um es wieder knapp und profitabel zu machen.

Jetzt geht es um den Aufbau massiver Reserven für langwierige, großflächige Kriege und Besatzungen, bei denen Berufssarmeen allein nicht ausreichen, um die Kriegsmaschine des Imperialismus zum Laufen zu bringen. Sie erfüllt zugleich eine ideologische Funktion, indem sie die Gesellschaft militärisch durchdringt: Jugendliche werden an Gehorsam,

Nationalismus und Loyalität gegenüber dem Staat gewöhnt, bis der Tod für dieses System nicht mehr als Horror, sondern als heldenhafter Normalzustand gilt.

Wir sind Zeugen eines brutalen Kampfes um Rohstoffe, Märkte und Einfluß in Afrika, Asien, Nahost und Osteuropa – oft geführt durch Stellvertreterkriege. Bündnisse wie NATO oder EU-Verteidigungspolitik koordinieren diese Konkurrenz, schüren sie aber auch intern.

Das alles ist nicht die Folge von Fehlscheidungen, sondern ergibt sich aus der Logik der Monopole, die totale Kontrolle anstreben. Kriege dienen der „Lösung“ von Krisen durch Expansion, Kapitalvernichtung und Neuaufteilung, oft gepaart mit gesteigerter Ausbeutung durch längere Arbeitszeiten, Rüstungsprofite. Im Finanzkapitalismus blüht die Aufrüstung, während zivile Produktion in Kriegsgebieten zerstört wird.

Die Schulstreiks und Demos, vor allem getragen von Schülerinnen und Schülern, sind ein entscheidender Schritt nach vorn. Sie sind ein Ventil einer sich erneuernden Friedensbewegung, die vom bisherigen zu einem kämpferischen Bündnis aller Generationen übergeht – wirkmächtig vor allem, wenn der Funke auf die Werktätigen und Gewerkschaften überspringt. Gemeinsam gegen Militarisierung und Imperialismus!

Lennart Niemeyer, 24 Jahre, Neumünster

Schulstreik gegen Wehrpflicht am 5. März in Berlin, Potsdamer Platz

Fotos: Wolfgang Dockhorn



„Friedrich Merz an die Front!“

Mehr als 50 000 Jugendliche beim zweiten bundesweiten Schulstreik gegen die drohende Wehrpflicht

Auch der zweite bundesweite Schulstreik gegen die Wehrpflicht war ein voller Erfolg. Nicht in dem Sinne, daß etwa die drohende Gefahr einer Pflicht zum Kriegsdienst beseitigt wäre. Doch ist es den jugendlichen Organisatoren wieder gelungen, zehntausende Schüler zu erreichen, zu politisieren und auf die Straße zu bringen. Rund 6000 Teilnehmer zählte den Veranstaltern zufolge die Demonstration in Berlin, die am 5. März vom Potsdamer zum Oranienplatz zog. Wie beim ersten Schulstreik am 5. Dezember war auch diesmal die politische Stoßrichtung – von den gehaltenen Reden von Schülerinnen über die Grußworte von Unterstützern bis zu den Musikbeiträgen – unmißverständlich klassenkämpferisch und antiimperialistisch. Eine wiederkehrende Parole war: „Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!“ Auch die Forderung „Kein Mensch, kein Cent für die Bundeswehr“ wurde mit Enthusiasmus von Tausenden gerufen. Auf selbstgebastelten Schildern und Bannern waren Sprüche zu lesen wie „Sterben steht nicht auf dem Stundenplan“, „Friedrich Merz an die Front!“, „Unser einziger Kampf ist der Klassenkampf“ und „Bildung statt Musterung“. In mehreren Redebeiträgen wurde auf den Widerspruch zwischen der milliardenschweren Hochrüstung der Bundeswehr und dem kaputtgesparten Bildungssystem hingewiesen. Beim Vorbeimarsch am Axel-Springer-Hochhaus in Kreuzberg reckten sich Tausende Mittelfinger in Richtung des Sitzes von *Welt* und *Bild*-Zeitung. Hier und da

waren auch palästinensische Flaggen und Banner zu sehen, auf denen der US-amerikanische bzw. israelische Überfall auf Venezuela und Iran verurteilt wurde.

Neben Schülern waren auch zahlreiche ältere Unterstützer gekommen – Studenten, Eltern, auch manche Lehrer und Erzieher. Eine Gruppe von Pädagogen trug ein Transparent mit der Aufschrift „Meine Klasse kriegt ihr nicht“. Bei der Demonstration in Berlin kam es auch zu mindestens einer Festnahme. Polizisten führten einen Jugendlichen ab, weil er laut *jW*-Informationen ein Schild mit einer Parole trug, die eine „Beleidigung“ des Bundeskanzlers darstellen soll. Zwar waren natürlich nicht alle Demonstrationen so groß wie in der Hauptstadt, Aktionen fanden aber in mehr als 140 Städten statt, deutlich mehr als beim letzten Schulstreik im Dezember. In Schleswig-Holstein gingen laut Polizei rund 1000 Jugendliche in verschiedenen Städten auf die Straße. Auch aus Bremen wurden rund 1000 Teilnehmer gemeldet. Der SWR zitierte eine Schülerin, die in Koblenz protestierte, mit den Worten: „Für ein Land, das es nicht mal schafft, für uns als Jugend zu kämpfen, warum soll ich dann für das Land kämpfen?“

Wie bereits im Dezember gab es offenbar auch am 5. März wieder Versuche, Jugendliche vom Protest abzuhalten. So teilte das Streikbündnis mit, daß in einer Kasseler Schule für den Tag eine Attestpflicht eingeführt und in einer Schule in Frankfurt am Main die Türen von innen abgeschlossen worden seien, um die Schüler daran zu

hindern, die örtliche Demonstration zu besuchen. An einer Cottbusser Schule seien Taschenkontrollen durchgeführt worden, um das Verteilen von Flugblättern zu verhindern, während die Behörden in Stralsund einen Protestzug erst für die Zeit nach dem Unterricht genehmigt haben sollen.

Daß sich hier möglicherweise eine Bewegung formiert, die den Herrschenden mit ihren Kriegsvorbereitungsplänen so gar nicht in den Kram paßt, fällt auch so manchem Reaktionär auf. So „warnte“ der bildungspolitische Sprecher der CDU Schleswig-Holstein, Martin Balasus, daß die Proteste „nicht nur von den Schülerinnen und Schülern selbst getragen, sondern von linksradikalen oder sogar linksextremistischen Kräften mit klarer politischer Agenda begleitet und gesteuert“ werden. Und der konservative Philologenverband Niedersachsen kritisierte, daß Demonstrationen bewußt in die Unterrichtszeit gelegt werden, obwohl es „viele Möglichkeiten“ außerhalb des Stundenplans gebe. Wer zum Schulstreik aufrufe, stelle die Schulpflicht als Grundlage von „Bildungsgerechtigkeit“ in Frage. Zudem sei eine „Zuspitzung“ auf einen drohenden Zwang zum Waffendienst nicht haltbar, da das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes weiterhin bestehen bleibe. Das Streikbündnis läßt sich von solchen Äußerungen nicht verunsichern.

Der nächste Schulstreik gegen die Wehrpflicht ist für den 8. Mai angekündigt – dem 81. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus.

Philip Tassev

Aus: *junge Welt*, 6.3.2026

Freiwilligkeit in Frage gestellt

Wehrpflicht ist „nächster Schritt“ bei anhaltendem Personalmangel

In dem vom Wehrbeauftragten am 3. März in Berlin vorgelegten Jahresbericht finden sich reichlich Klagen über die angeblich zu langsam voranschreitende „Zeitenwende“ und fehlendes Personal. Zunächst wird der Ist-Zustand der deutschen Armee präsentiert. Demnach verfügte die Bundeswehr im Jahre 2025 über 184 194 aktive Soldaten – davon 59 447 Berufssoldaten, 112 578 Soldaten auf Zeit sowie 12 169 freiwillig Wehrdienst Leistende. Das ist eine Erhöhung um 3000 Soldaten gegenüber dem Vorjahr, was das Jahr 2025 zum „einstellungstärksten“ seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 machte. Das reicht den Planungsstäben selbstverständlich nicht. Der Bericht erinnert an die Zusage der Bundesregierung an

die NATO, die Anzahl der aktiven Soldaten auf bis zu 270 000 im Jahr 2035 und die der verfügbaren Reservisten auf mindestens 200 000 ab dem Jahr 2033 zu erhöhen. Nur durch diesen »zwingend« erforderlichen Personalzuwachs entstehe „glaubhafte Abschreckung“.

Wie der Bericht feststellt, ist die Bedeutung der Personalgewinnung also weiter gestiegen – „und mit ihr die bestehenden Herausforderungen“. Zu diesen Herausforderungen zählt die Bundeswehr offenbar ein sinkendes Interesse der Jugend an einem Dienst an der Waffe und verweist auf eine eigene Studie, wonach „sich nur elf Prozent der befragten 16- bis 29jährigen eine berufliche Tätigkeit als Soldatin oder Soldat vorstellen“ könne. Ein deutlicher

Rückgang gegenüber dem Vorjahr also, als sich noch rund 19 Prozent der Befragten eine „Tätigkeit“ als Soldat vorstellen konnten. Die im Bericht angesprochenen Werbemaßnahmen – „wie beispielsweise bundesweit durch Plakate im öffentlichen Raum und auch regional auf Brötchentüten beim örtlichen Bäcker“ – scheinen da noch nicht so richtig wirksam zu sein. Folglich heißt es: „Sollte das derzeitige Modell der Freiwilligkeit tatsächlich nicht genügend Aufwuchs bringen, ist die Rückkehr zu einer Wehrpflicht der konsequente nächste Schritt.“

Philip Tassev

Redaktionell gekürzt
junge Welt, 4.3.2026

Dem Frieden entgegen

Diese Friedensanthologie wurde 1989 vom Internationalen Deutschlehrerverband herausgegeben und richtet sich an jugendliche Leser – auch heute noch. Mayor Zaragoza zitiert weitsichtig die Präambel der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur mit dem darin enthaltenen Leitsatz: „Da Kriege im Geiste der Menschen entstehen, müssen auch die Bollwerke des Friedens im Geiste der Menschen errichtet werden.“

Die Aufgabe der Schule beschreibt er deshalb mit den Worten: „Soll aber der Friedensgedanke im Bewußtsein der Heranwachsenden, der Frauen und Männer des 21. Jahrhunderts fest verankert werden, so hat am zweckmäßigsten die Schule dafür zu sorgen, daß die Völker mehr voneinander erfahren, bildet doch das gegenseitige Sichkennenlernen die Grundlage der geistigen und moralischen Verbundenheit der Menschheit.“

Im so entstandenen Lesebuch wurden hundert Gedichte und Prosastücke aus fünf Jahrhunderten zusammengetragen – Wurzeln unserer Kultur. Sie sind eine vielfältige Anregung für den Unterricht, um so dringender angesichts der bedrückenden Weltlage. In ihrer Vielfalt beeindruckend, stimmen die Autoren in ihrem Friedenswillen und ihrer entschiedenen Ablehnung von Gewalt, Zerstörung und Krieg überein. Mayor Zaragoza schreibt dazu: „So wenig sich die Autoren in Stil und Empfinden gleichen, so eindeutig bestärken sie den Leser in der lebensnotwendigen Erkenntnis: Wir müssen überwinden, was uns trennt, und fördern, was uns verbindet.“

Themen, die viele Jugendliche in ihrem tiefsten Inneren ansprechen und ein Hin und Her mit den Erwachsenen in Aussicht

stellen, aus dem sie Mut, Klarheit und Zuversicht schöpfen können.

In den drei Teilen „Die Signatur von Krieg und Frieden“, „Der Friede als Ziel der Geschichte“ und der „Friede als Notwendigkeit“ kommen bekannte und weniger bekannte Autoren zu Wort und geben Lehrerinnen und Lehrern vielfältige Möglichkeiten, mit ihren Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Die Zeitspanne, in der die Autoren lebten, reicht vom Mittelalter bis in die 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, doch sind ihre Gedichte und Prosatexte leider von großer Aktualität.

Das Redaktionsteam seinerseits umreißt im Begleittext die mit ihrer Friedensanthologie verbundene pädagogische Aufgabe, indem sie festhält:

„Satzungsgemäß läßt sich der Internationale Deutschlehrerverband bei der Erfüllung seiner Aufgabe vom Geiste der Völkerverständigung leiten. Seine Mitglieder verstehen sich somit nicht bloß als Fremdsprachenlehrer, sondern als Vermittler eines weltumspannenden Friedenswillens.“ Gerade das muß uns heute zu denken geben. Versteht die heute neoliberal umgedrehte Schule ihren Auftrag auch noch so? Oder ist (Fremd-)Sprachunterricht nicht eher von einer Nützlichkeitsdoktrin geleitet, die allenfalls auch mit KI erledigt werden kann? Dann schlägt er in seiner Aufgabenstellung und Zielsetzung fehl.

Mit anderen Worten braucht es Bildung, Weitsicht und menschliche Reife, will ein Lehrer den Sprachunterricht nach wie vor als „Ansporn und Triebfeder der Erziehung im Geiste der internationalen Verständigung und des Friedens“ gestalten. Nehmen unsere Ausbildungsstätten diesen friedensbildenden und völkerverbindenden Auftrag noch

wahr, wie es vor einem halben Jahrhundert noch eine Selbstverständlichkeit war?

Ein Grund für alle – in eine pädagogische Aufgabe eingebunden oder nicht –, sich als Mitmenschen auf das zu besinnen, was wir der heranwachsenden Generation mitgeben wollen und was demnach der Erziehungs- und Bildungsauftrag von Schule wieder sein muß. „Dem Frieden entgegen“ ist dabei eine wichtige Unterstützung und Leitlinie.

Eliane Perret



Internationaler Deutschlehrerverband (Hrsg.) (1989). *Dem Frieden entgegen*. Ein Lesebuch. München: Langenscheidt-Verlag und Leipzig: Verlag Enzyklopädie. In Bibliotheken oder antiquarisch erhältlich.

Quelle: zeit-fragen.ch, 6.3.2026

BUCHTIPP

► Endlich Frieden: 100 Persönlichkeiten zeigen Zivilcourage

Erstmals in einem Buch zusammengefaßt beziehen einhundert bekannte Persönlichkeiten mutig und engagiert Stellung im Namen des Friedens. Mit dabei sind Dr. Eugen Drewermann, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Dr. Daniele Ganser, Dr. Markus Krall, Prof. Dr. Max Otte, Philip Hopf, Kayvan Soufi-Siavash, Marc Friedrich, Dr. Michael Nehls, Dr. Ulrike Guérot, Thomas Berthold, Gerald Hüther, Ruediger Dahlke, Lisa Fitz, Marco Rima, Tom Lausen, Andreas Popp, Matthias Langwasser, Milena Preradovic, Nirit Sommerfeld, Gaby Weber, Dr. Hans-Joachim Maaz,

Dirk Pohlmann, Dr. Jonas Tögel, Walter van Rossum, Gabi Decker, Prof. Michael Meyen, Nikolai Binner, Dr. Alexander Christ, Jürgen Fliege, Armin Risi, Flavio von Witzleben, Uwe Steimle, Tom-Oliver Regenauer sowie viele weitere mutige Autoren.

Der Inhalt des Buches „Endlich Frieden“ erfaßt die Vielfalt der unterschiedlichen Blickwinkel zum Thema Frieden und gibt konkrete Impulse, selbst die Friedenskraft in sich zu mobilisieren.

Gebundene Ausgabe, 27. November 2025, Macht-steuert-Wissen Verlag (Herausgeber)



Herbert Hörz zu: Ist Marxismus noch zeitgemäß?

Zu den aktuellen Herausforderungen für eine marxistische Gesellschaftstheorie gehört die Globalisierung. Es sind globale Krisen, mit denen wir es zu tun haben und die wesentlich den gesamten Prozeß der umfassenden Globalisierung von Menschheitsproblemen, einschließlich der Globalisierung des Kapitals, charakterisieren: Es existiert eine Zivilisationskrise mit Gefahren für die Existenz der Menschheit, deren Kern die sittliche Krise ist, die den humanen Einsatz als vorhandenes Mittel zur Problemlösung fraglich erscheinen läßt. Durch unbeschränkte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im unbegrenzten Streben nach Wachstum der Produktion und Konsumtion entstand eine Herrschaftskrise der Menschen, die sich auch in der antiökologischen Industrialisierung als Grundlage ökologischer Katastrophen und der Vernichtung natürlicher Existenzbedingungen der Menschen ausdrückt.

Erklärungen der Umbruchsituation sind erforderlich, aber als Wissen, das freies

Handeln orientieren kann, kaum vorhanden. Diese Theoriekrise umfaßt das lokale, quantitative, antihumane Denken von Spezialexperten mit engem Fachhorizont, dem ein globaler Evolutionismus mit neuem Erklärungspotential entgegensteht, der erst im Entstehen begriffen ist. Die Computerkultur hat eine Sinnkrise menschlicher Entscheidungen ausgelöst. Kann ein zeitgemäßer Marxismus Lösungen zur Krisenbewältigung zeigen und theoretisch begründen? Eine bejahende Antwort ist möglich. Finanz- und Wirtschaftskrise führen nachdenkliche Menschen, die Zusammenhänge erkennen wollen, zur Analyse gegenwärtiger Gesellschaftsentwicklung. Manche, die ihre früheren Studien zum Marxismus nicht ganz vergessen haben, erinnern sich nun an die marxistischen Erkenntnisse über den Kapitalismus, an seine dialektische Theorie und Methode, an seine humane Vision einer Assoziation freier Individuen. Es ist die kapitalistische Globalisierung mit ihren antihumanen Auswirkungen, die eine Rückbesinnung auf den Marxismus erzwingt. Der Marxismus

hat sich dabei auf neue Bedingungen einzustellen, wenn er die Entwicklung gegenwärtiger Gesellschaftsstrukturen untersucht. Er hat keine fertigen Antworten auf die gegenwärtigen Fragen, doch er stellt das theoretische und methodische Instrumentarium zur Verfügung, mit dem Probleme formuliert, Szenarien zur Lösung angeboten und Zukunftsvisionen von einer humanen Gesellschaft mit anschaulichen, einsichtigen und realisierbaren Idealen begründet werden können, um das gegenwärtige Utopie-Defizit zu überwinden. Ist also der Sozialismus als Vision eine begründbare und realisierbare Real-Utopie? Wie bereits betont, verlangt die Antwort, daß man den Weg von der Utopie zur Wissenschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen geht und die zu lösenden Widersprüche aufdeckt.

Aus: Herbert Hörz, Ist Marxismus noch zeitgemäß?, Erfahrungen, Analysen, Standpunkte, trafo Verlagsgruppe 2016, S. 57,58

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler zitiert **Jürgen Kuczynski**, der 1926 in seinem Buch „Zurück zu Marx! Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus“ Stellung nahm

Zur Frage der Diktatur

„Die Majorität hat Recht. Dies ist ein typisches Merkmal der marxistischen Weltanschauung. Und doch fordert die marxistische Taktik die Diktatur des Proletariates – auch wenn es in der Minderheit ist –, und läßt sie unter Umständen auch in Nichtalternativfragen gegen die Minderheit walten? Wie läßt sich das erklären? Eine Unstimmigkeit zwischen Weltanschauung und praktischem Programm? Jawohl! Eine Unstimmigkeit. Warum? Weil die kommunistische Gesellschaftsordnung die kapitalistische Staatsform ablöst, weil die kommunistische Gesellschaftsordnung nicht nur aus neugeborenen Kindern besteht, sondern weil sie auch makelbehaftete Elemente des kapitalistischen Staates in sich aufnehmen muß. Die Diktatur ist das Schutzmittel der kommunistischen Gesellschaft gegen Ansteckung und Vergiftung durch diese ihre Bestandteile. Aber sie ist auch nur ein Mittel, das allein solange angewendet wird, wie es not tut,

solange es noch zerstörende Kräfte gibt. Ihre Spürbarkeit, ihr Druck, verschwinden mit der Zeit. Gibt es niemanden mehr, dem im marxistischen Sinne verfaßte Verordnungen als Diktatur erscheinen, sind die kapitalistischen Keime zerstört oder eingegangen in den kommunistischen Organismus, dann gibt es auch keine Diktatur mehr. Diktatur ist also nur eine historische Erscheinungsform bestimmter Regeln und Verordnungen. Diese Erscheinungsform ist historisch beschränkt auf die Übergangszeit zwischen zwei Epochen, in denen entgegengesetzte Anschauungen herrschen und Leben und Treiben der Menschen regeln. Ein Gesetz, das bestimmt, daß alle Geschichtsbücher nach der Methode des historischen Materialismus geschrieben werden müssen, wird in einer Übergangszeit vom kapitalistischen Staat zur kommunistischen Gesellschaft alle kapitalistischen Historienschreibern natürlich als diktatorische Maßnahme erscheinen. Im rein kommunistischen

Staate wird es aber einfach als juristische Formulierung eines zur Selbstverständlichkeit gewordenen Brauches aufgefaßt werden, wie etwa heute der Zwang zur Anmeldung neugeborener Kinder auch nicht als Erlaß einer Diktatur empfunden wird. Daß diese Gesetze, wenn sie selbstverständlich geworden sind, oft aufgehoben werden, verursacht die Täuschung, daß die Diktatur ein politisches Ding an sich wäre und nicht: nur eine historische oder situationäre Erscheinungsform juristischer, umfassender: in irgendeiner Befehlsform gegebener Formulierungen von Regeln des Verhaltens.“

Redaktionell gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 22.1.2026

Gründung der SED – ein historischer Wendepunkt

Nach dem Sieg der Alliierten über den Faschismus wurden im Potsdamer Abkommen (2. August 1945) die äußeren völkerrechtlichen Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung fixiert. Im Aufruf des ZK der KPD (11. Juni 1945) wurden die Vorschläge formuliert, um das deutsche Volk zu befähigen, dieses Ziel zu erreichen. Der Zentralausschuß der SPD bekundete am 14. Juni in Berlin die Entschlossenheit, für eine antifaschistisch-demokratische Republik einzutreten. Am 14. Juli 1945 wurde der von der KPD vorgeschlagene Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebildet, an dem außer KPD und SPD die bürgerlichen CDU und LDPD teilnahmen. Seine Gründung stellte etwas völlig Neues in der deutschen Geschichte dar. Mit der Bildung des antifaschistisch-demokratischen Blocks wurde die für die Bedingungen von 1945 beste Form einer antifaschistisch-demokratischen Volksfront gefunden.

Im Herbst 1945 zeigten sich die ersten Erfolge in der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in Ostdeutschland. Mit der demokratischen Bodenreform begann ein neues Kapitel in der Entwicklung auf dem Lande und in der Bündnispolitik zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Große Anstrengungen erforderte aber auch der Aufbau neuer antifaschistisch-demokratischer Verwaltungsorgane in den Städten und auf dem Lande. Freie Gewerkschaften wurden aufgebaut und die Produktion wurde wieder in Gang gesetzt und unter Arbeiterkontrolle gestellt. Neue Schulen mußten gebaut werden, die Neulehrerbewegung entstand.

Diese Erfolge konnten im Osten Deutschlands durch das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse erreicht werden, dessen Grundlage die Aktionseinheit zwischen KPD und SPD war.

Im gemeinsamen Handeln zur Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus und beim Aufbau der neuen, antifaschistischen Ordnung waren sich die Mitglieder von KPD und SPD nähergekommen. Das Vertrauen zueinander wurde durch gemeinsame Aktionen und theoretische Auseinandersetzungen hergestellt und gefestigt.

Die Aktionseinheit und die Klärung wesentlicher Fragen hatten die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich beide Parteien zu einer revolutionären Partei, die den Marxismus als ihre theoretische Grundlage betrachtete, vereinigen konnten.

Zwingend wurde der Übergang zur organisatorischen Vereinigung von KPD und SPD

durch die gesamte Situation des Klassenkampfes in Deutschland.

Nach dem Abschluß des Potsdamer Abkommens trat die Frage in den Mittelpunkt, inwiefern die westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen dieses Abkommen auch durchsetzen würden.

Ende 1945 zeichnete sich in Deutschland eine bedeutende Zuspitzung des Klassenkampfes ab. Die Kräfte der Reaktion sammelten sich in Westdeutschland unter dem Schutz der imperialistischen Mächte, welche die Verwirklichung der auch von den Westmächten im Potsdamer Abkommen beschlossenen Maßnahmen zur Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung in zunehmendem Maße sabotierten. Als Spitzenvertreter der deutschen Reaktion erklärte Konrad Adenauer



Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht (v. l.) am 21. April 1946 in Berlin auf dem Gründungsparteitag der SED

schon im Oktober 1945, daß das beste nach seiner Ansicht wäre, „sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden“ und diesen wirtschaftlich „so eng wie möglich“ mit Frankreich und Belgien zu verflechten.

In dieser Situation fand am 20. und 21. Dezember 1945 die gemeinsame Konferenz der Führungen von KPD und SPD mit Vertretern aus den Ländern und Provinzen (erste 60er Konferenz) statt. Sie beschloß, die Aktionseinheit weiter zu vertiefen und die organisatorische Verschmelzung von SPD und KPD zu einer einheitlichen Partei der sozialistischen Bewegung in ganz Deutschland vorzubereiten. Ein von der KPD erarbeiteter Entwurf einer Erklärung über die Grundsätze und Ziele der Einheitspartei wurde einer gemeinsamen Studienkommission, bestehend aus je vier Vertretern der KPD und der SPD, übergeben. Klarheit wurde herbeigeführt, daß die Vereinigung beider Parteien auf dem Boden des Marxismus erfolgen müsse.

Die Sechziger Konferenz leitete die zweite Phase im Ringen um die Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung ein.

Aber auch die Gegner der Einheit in der Sozialdemokratie, die von der Gruppe um Kurt Schumacher zusammengeführt und von den Westmächten unterstützt wurden, haben

ihre Anstrengungen intensiviert. Mißtrauen wurde geschürt, Antikommunismus praktiziert, die Spaltung der SPD herbeigeführt. Eines ihrer Argumente lautete: Man müsse erst die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Aufhebung der Besatzungszonen abwarten, um einen Reichsparteitag einberufen zu können.

Der Parteitag der SPD für die Westzonen (9. bis 1. Mai 1946) beschloß: „Der Parteitag betrachtet die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei und die Werbung für die SED als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD“.

Anfang 1946 wurde sehr deutlich, daß es zwei Wege gab, die aber zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen führen mußten. Walter Ulbricht schätzte aufgrund eigener Erfahrungen ein: „Es gibt zwei Wege; der eine ist der Weg der Einigung der Arbeiterklasse, der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, weil nur dadurch jenes Kraftzentrum geschaffen werden kann, das der Sicherung des Friedens und der demokratischen Entwicklung dient ... Der andere Weg, den eine Gruppe sozialdemokratischer Führer im Westen gehen will, ist der alte Weg, der in der Weimarer Republik zur schrittweisen Liquidierung der demokratischen Errungenschaften geführt hat. Er wird wieder dahin führen, daß diese Sozialdemokraten eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien eingehen und sich im Schlepptau dieser Kreise bewegen werden.“

Am 21. April 1946 konstituierten sich 1055 Delegierte – unter ihnen 233 aus Westdeutschland – als Vereinigungsparteitag der SED. Er beschloß das auf der Grundlage des Marxismus erarbeitete programmatische Dokument der geeinten deutschen Arbeiterbewegung, die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“. Es nannte erstens die Erfordernisse des Kampfes für die Beseitigung der Grundlagen des Imperialismus und Militarismus in ganz Deutschland als unmittelbare Aufgaben.

Zweitens wurde auch das weitere reichende Ziel eindeutig formuliert. „Das Ziel der SED ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes kann nur durch den Sozialismus erreicht werden“.

Die Vereinigung war ein historischer Wendepunkt für die deutsche Arbeiterklasse. Zum ersten Mal wurde nach langjähriger Spaltung in einem hoch industrialisierten Land die Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus wiederhergestellt.

Prof. Dr. Anton Latzo

Stefan Heym – Dissident auf Lebenszeit?

Die erste literarische Begegnung mit Stefan Heym vermittelte mir mein Englisch-Lehrer in der Oberschule. Er promovierte 1953 mit einer Arbeit über die anglo-amerikanische Kriegsliteratur. Neben Norman Mailer „Die Nackten und die Toten“ spielte Heyms Veröffentlichung „The Crusaders“ (Die Kreuzfahrer von heute) 1948 eine zentrale Rolle, um die „Zusammenhänge bis zur letzten Konsequenz“ in diesem Krieg zu verstehen. Heym schildert autobiographisch als GI und Journalist im amerikanischen Propagandasender „Radio Luxemburg“ 1944/45 Themen der psychologischen Kriegsführung beim Kampf gegen den deutschen Faschismus. Als Emigrant aus Deutschland war er ein politischer „Überzeugungstäter“.

Heym – Sohn eines jüdischen Kaufmanns – ist in Chemnitz geboren worden. Als 15-jähriger Gymnasiast hat er das antimilitaristische Gedicht „Exportgeschäft“ in der sozialistischen Tageszeitung „Volksstimme“ veröffentlicht. Auf Betreiben von Nazis wurde er vom Gymnasium in Chemnitz entfernt, legte in Berlin sein Abitur ab und emigrierte 1933 in die USA. Als Journalist arbeitete er in Emigrantenorganisationen und für Zeitungen. Die pazifistische, sozialistische und humane Grundhaltung führte ihn zwangsläufig in den antifaschistischen Kampf. Wegen prokommunistischer Sympathie wurde Heym unter dem inquisitionsartigen Druck der McCarthy-Zeit aus den USA getrieben, so wie Chaplin, Brecht und auch Thomas Mann. Durch Vermittlung von Stefan Hermlin und mit Hilfe des DDR-Botschafters in Warschau, Friedrich Wolf, fand Stefan Heym 1952 seine neue Heimat in der DDR. Er hat an diesem Land trotz Auseinandersetzungen und Maßregelungen wegen Veröffentlichungen vieler seiner Bücher im Westen, festgehalten, weil er die Existenz der DDR für notwendig hielt.

Heym war vom Westen zur „wichtigsten Stimme der oppositionellen Literatur in der

deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte“ erklärt worden. Deshalb kaufte ich mir interessiert den „König David Bericht“, der 1976 im Buchverlag „Der Morgen“ in der DDR erschien. Beeindruckend das salomonische Urteil: „Da der Tod des Angeklagten Ethan ben Hoshaja dem König nicht angebracht erschien, in dem er nämlich übelmeinenden Menschen Anlaß geben könnte zu der Behauptung, der weiseste der Könige, Salomo, unterdrücke Gedanken, verfolge Schriftgelehrte u.s. fort. Darum soll er zu Tode geschwiegen werden, keines seiner Worte soll das Ohr des Volkes erreichen.“ Ahnte Heym, daß dieses Gleichnis nicht allein für die DDR galt, sondern sein Schicksal nach der Rückwende werden sollte? 2001 tauchte der Vorschlag in Chemnitz auf, dem Gymnasium, von dem Heym 1931 entfernt worden war, seinen Namen zu geben. Ein „Förderverein“ machte gegen das sperrige pazifistische Erbe der Weimarer Republik mobil und setzte die Wahl des expressionistischen Malers Schmidt-Rottluff, eines bekennenden Antisemiten, als Namenspatron durch.

Die „Aufklärer“ der DDR-Literatur sind sich immer noch nicht einig, ob Heym ein DDR-Dissident war oder doch nur ein oppositioneller Kritiker. Betretenes Schweigen im Westen, als 1989 doch noch sein Bericht „Fünf Tage im Juni“ in der DDR verlegt wurde. Als Zeitzeuge des 17. Juni in Jena, als gesellschaftlich denkender 16-jähriger Gymnasiast, halte ich das Buch für die beste und gerechteste Darstellung der damaligen Ereignisse. Die Laudatio zum 75. Geburtstag von Stefan Hermlin „Arbeit und Konflikt“ im „Neues Deutschland“ 1988 ist eine Ehrung des Lebens Heyms: „Ich freue mich, daß dieser bedeutende deutsche Erzähler, daß mein Freund Stefan Heym, bei uns lebt und arbeitet. Die meisten Bücher Heyms sind in der DDR erschienen, aber manche seiner Bücher fehlen hier. Es ist längst Zeit, die „Fünf Tage

im Juni“ hier herauszubringen“, was ein Jahr später geschah.

Alle Bücher von ihm sind in der BRD erhältlich. Ich fürchte jedoch, daß er wenig, und fast nur von den älteren ehemaligen DDR-Bürgern, gelesen wird. Die Bibliothekarin in der Stadtbibliothek meiner Kleinstadt auf dem flachen Land konnte mit dem Namen Heym nichts anfangen. Nach Erklärung fand sie die Bücher „Immer sind die Männer schuld“ und „Immer sind die Weiber weg“ im Bestand. Das war alles.

Heym ist sicherlich kein DDR-Dissident gewesen, sondern Zeit seines Lebens ein überzeugter Sozialist und Pazifist. Seine Kandidatur auf der offenen PDS-Liste für den Bundestag 1994 ist das sicherste Zeichen für seine unverrückbare Weltanschauung. Er gewann bei der Bundestagswahl das Direktmandat im Wahlkreis Berlin Prenzlauer Berg und Mitte gegen Thierse (SPD). Am 10.11.1994 eröffnete Heym als Alterspräsident in der konstituierenden Sitzung den 13. Deutschen Bundestag. Er rief zu Toleranz und Bewahrung der Demokratie auf. Obwohl er die Abgeordneten intellektuell nicht überforderte, verweigerte ihm die CDU/CSU-Fraktion geschlossen den Respekt und demonstrativ auch den Beifall. Löbliche Ausnahme Rita Süßmuth, was sie als Realpolitikerin auszeichnete. Am 29. September 1995 informierte Heym seine Wähler, daß er aus Protest gegen die Erhöhung der Abgeordneten-Diäten in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Reallöhne im Osten sowie Anstieg der Staatsverschuldung sein Mandat niederlegen wird.

Allerdings fand Heym nach dem Desaster bei der Namensgebung des Gymnasiums am Kasseberg post mortem doch noch Genugtuung. In einer alten Papier- und Pappenfabrik wurde im August 2022 in Chemnitz das internationale Gymnasium „Stefan Heym“ eingeweiht.

MR Dr. sc.med. Gerd Machalet
Siedenbollentin

BUCHTIPP

► Harry Popow VOLLTREFFERPLAUENER SPITZE & DER WELTENTRÄUMER

Es geht es um eine über 62-Jahre währende glückliche Ehe- und Liebesgeschichte zwischen dem Autor und seiner Ehefrau – beide im Krieg geboren und am Friedenswirken der DDR aktiv beteiligt.

Harry Popow erinnert vor allem an jene Generation, die nach der Befreiung vom Faschismus mit viel Mühe aus den Trümmern an materiellen Werten und denen in den Köpfen versucht haben, einen neuen Staat zu

errichten, dem als wichtigstes Anliegen nicht nur die Entmachtung der einst herrschenden Geldeliten, die Beerdigung sämtlicher Kriegsgelüste als geschichtliche Notwendigkeit oblag, sondern vor allem der friedliche Aufbau sowie der militärische Schutz der DDR. Gefragt war das aktive Mitdenken und Mittun.

United p.c. Verlag, 2024, 484 S., 36,95 €, ISBN: 111-2-0000-0001-6



AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Ein Tag im „Haus der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ in Weimar

Es ist noch früh am Morgen, als wir in Weimar ankommen. Bald halten wir vor dem Haus der Gesellschaft und die Scheuerfrauen, die noch bei der Arbeit sind, helfen uns, das Büro des Landessekretärs zu finden, das ebenso wie die Arbeitszimmer des Ortssekretärs in der dritten Etage liegt. Herr Putze, der Sekretär der Gesellschaft in Thüringen, wartet gerade auf den Wagen, der ihn in verschiedene Ortsgruppen bringen soll, wo dringende Arbeiten zu erledigen sind. Wir wollen von ihm etwas über die Arbeit der Gesellschaft in diesem Hause wissen. „Sehen Sie sich einen Tag den Betrieb hier an“, empfiehlt er uns, „dann haben Sie das richtige Bild.“

Eine Sekretärin führt uns zunächst eine Etage tiefer in die Ausstellungsräume, über der Tür lesen wir: „Dreißig Jahre Sowjetunion.“ Obwohl heute ein Wochentag ist, begegnen wir zahlreichen jungen Menschen, die schon zu früher Stunde die Ausstellung aufsuchen. Wir unterhalten uns mit einem Weimarer Studenten der Musikhochschule, der einen Vortrag über dieses Thema in seinem Freundeskreis halten will. „Die Ausstellung hilft mir bei der Vorbereitung meines Referats außerordentlich, und ich glaube, daß ich durch meine Ausführungen viele meiner Bekannten, die den Weg hierher bis jetzt nicht gefunden haben, dazu bewegen werde, diese Ausstellung zu besuchen.“

Wir wundern uns über den starken Besuch der Jugend. Unsere Begleiterin berichtet, daß auch bei den Abendveranstaltungen gerade Jugendliche einen beachtlich großen Teil der Besucher ausmachen. Besonders angesprochen habe die kürzlich veranstaltete Ausstellung von Karikaturen des sowjetischen Künstlers Jefimow.

Für die nächste Zeit sei eine umfangreiche Puschkinausstellung geplant. Zufrieden verlassen wir diese Etage und begeben uns in die Bibliothek, die im ersten Stock untergebracht ist. An sie grenzen ruhige Arbeitszimmer und ein größerer Veranstaltungsraum. Bequeme Möbel und helle, gediegen ausgestattete Zimmer laden freundlich zur Arbeit ein. Die Bibliothek umfaßt Bücher in deutscher und russischer Sprache, die jedem zur Verfügung stehen. Auf den Tischen finden wir Zeitungen und Zeitschriften vieler Länder ausgelegt. Hier müssen wir uns leise verhalten, denn es wird gearbeitet. Unsere

Begleiterin meint, daß von dieser Einrichtung von Monat zu Monat mehr Gebrauch gemacht werde. Menschen aller Schichten finden sich hier ein, um zu lesen und zu studieren. Die Wände schmücken Bilder großer russischer Künstler und Porträts von Politikern. Auszüge aus der Verfassung der UdSSR und eine große Karte dieses gewaltigen Landes gestatten einen ersten Einblick in seine gesellschaftliche und ge-



Boris Jefimow (1941)
Foto: Margaret Bourke-White

ographische Struktur.

Im großen Veranstaltungsraum werden Sessel in langen Reihen aufgestellt. „Heute ist Kindernachmittag“, wird uns erklärt, und wir versprechen, nachmittags wiederzukommen. Weimar ist eine kulturell sehr regsame Stadt. Das sehen wir an den zahlreichen Ankündigungen künstlerischer und anderer kultureller Veranstaltungen. Das Kulturamt der Stadt gibt ein Sammelplakat unter dem Titel „Die Woche in Weimar“ heraus, auf dem alle Vorträge, Konzerte, Aufführungen und Diskussionen angekündigt werden. Das „Haus der Gesellschaft zum Studium der Kultur der

Sowjetunion“ nimmt mit seinem mannigfaltigen Programm einen bemerkenswerten Platz in diesem Wochenprogramm ein. Am Abend, sehen wir, spricht Landeskreditbankpräsident Dr. Gaertner (LDP) über die Währungsreform in der Sowjetunion. Schon am frühen Nachmittag kommen Buben und Mädchen zur Märchenstunde ins Haus der Gesellschaft. Zwei Frauen erzählen russische Volksmärchen. Die Kleinen machen große

Augen und wollen mehr hören. Dann musizieren sie. Einige Schülerinnen und Schüler haben ihre Instrumente mitgebracht und beschließen den Nachmittag mit einem kleinen Konzert.

Sie nehmen sich vor, bald wiederzukommen.

Inzwischen haben sich auch die Klub- und Arbeitsräume gefüllt. Neben studierenden Frauen und Männern finden wir Schachspieler. Ein Herr erklärt uns, daß die Kämpfe oft bis spät in die Nacht andauerten. Neulich habe ein Simultanspiel mit einem sowjetischen Schachmeister unter reger Anteilnahme der Bevölkerung stattgefunden. In der Unterhaltung mit den Besuchern erfahren wir Aufschlußreiches über die Arbeit des Hauses. Es bestehen neben vier Sprachkursen Arbeitsgemeinschaften für russische Musik, Poesie und Literatur, die regelmäßig hier zusammenkommen. Besonders stark sei das Interesse für die russische Sprache, die so zahlreiche Weimarer – jung und alt, Intellektuelle und Arbeiter – zu lernen wünschen, so daß in Kürze zwei neue Kurse eröffnet werden müssen.

Am Abend ist das Haus zu dem Vortrag Dr. Gaertners dicht besetzt. Der Redner spricht hier zum zweiten Mal zu diesem Thema. Das beweist den großen Anklang derartiger Veranstaltungen, die jeden Donnerstag stattfinden und denen sich Diskussionen anschließen, die oft bis spät in die Nacht währen.

Ein Konzertzyklus russischer Musik, Diskussionsabende deutscher Arbeiter mit sowjetischen Offizieren und viele andere abwechslungsreiche und interessante Veranstaltungen sind geplant. Aber schon der eine Tag im Hause unserer Gesellschaft in Weimar war ein Beispiel dafür, wie hier gearbeitet wird.

M. A.

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 5/6-1948 (2. Jahrgang)

Sonnenburg/ Słońsk – Standort von Zuchthaus, frühem Konzentrationslager (KZ) sowie Arbeitserziehungslager (AEL) und Zuchthaus in der Zeit des Faschismus (Teil 1)

Nachbetrachtungen zu einem Besuch der Erinnerungsstätte an das Kriegsendeverbrechen, dem Martyriumsmuseum in Sonnenburg/ Słońsk. Der Gang durch die Gedenkstätte ist ein Gang durch die jüngere polnisch-deutsche und deutsche Geschichte, insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Kampfes.

Das 1295 urkundlich ersterwähnte spätere Ackerbürgerstädtchen Sonnenburg, das heutige Dorf Słońsk, entstand in der Neumark unweit der 15 km entfernten Festungsstadt Küstrin/ Kostrzyn. Vom 15. Jahrhundert an war Sonnenburg eng mit der Geschichte des Ballei Brandenburg des Ritter- und Hospitalordens vom Heiligen Johannes zu Jerusalem von Rhodos und Malta verbunden. Im 16. Jahrhundert trat die Ballei zur lutherischen Lehre über, verblieb aber beim alten Orden. 1811 wurde der Orden säkularisiert. Schließlich wurde er nach preußischem Vereinsrecht in der Mitte des 19. Jahrhunderts als lutherischer Orden neugegründet und behielt seinen Stammsitz im Schloß Sonnenburg bis 1945. Im Schloß residierte der Herrenmeister des Ordens. Am Ort befand sich auch ein großes Krankenhaus der Johanniter. Theodor Fontane widmete sich dem Ort in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“.

Das Zuchthaus

Die ersten Gebäude des preußischen Zuchthauses entstanden zwischen 1832 und 1833. 1846–1847 wurden Patrioten aus Großpolen, damals preußisches Großherzogtum Posen, die einen nationalen Aufstand vorbereitet hatten, hier inhaftiert und auf ihren sogenannten Polen-Prozeß vorbereitet. Unter ihnen befanden sich Karol Fryderyk Libelt (1807–1875), deutsch-polnischer Publizist, Wissenschaftler, Philosoph, Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft und sozialer und politischer Aktivist, Aleksander Guttry (1813–1891), politischer Aktivist, Vertreter des liberalen Landadels, und Bonisław Bolesław Dąbrowski (1815–1880), engagierter Unabhängigkeitskämpfer und Patriot in Kongresspolen, Sohn von General Jan Hendryk Dąbrowski, einem polnischen Nationalhelden. Der Name von J. H. Dąbrowski ist eng mit der Entstehung der polnischen Nationalhymne in der Zeit der Napoleonischen Kriege verbunden. In Folge des Prozesses kam es zu 8 Todesurteilen und über 100 langjährigen Haftstrafen. Im Zuge der Märzrevolution 1848 wurden jedoch alle zwischenzeitlich nach Berlin-Moabit verlegten Verurteilten freigelassen.

Über die nachfolgend genannten zwei Persönlichkeiten erfährt man in der Ausstellung leider nichts.

Der Schuster Friedrich Wilhelm Voigt (1849–1922), der spätere Hauptmann von Köpenick, war hier von 1873 bis 1879 bis zu seiner Freilassung in der „Sonne“, im „Rauhen Haus“ inhaftiert. Er saß eine insgesamt 12jährige Zuchthausstrafe ab, die er wegen Urkundenfälschung (Fälschung einer Postanweisung) durch ein Schwurgericht in Prenzlau aufgebremmt bekommen hatte. Berühmt wurde er mit seiner Köpenickiade von 1906, als er mit „ausgeliehenen Soldaten“ in einer gepumpten Hauptmannsuniform die Stadtkasse im Rathaus Köpenick raubte und damit den preußisch-deutschen Militarismus lächerlich machte und ihn der Welt zum Spott preisgab. Zwischen 1880 und 1882 diente der Berliner Milljöh-Maler und Fotograf, der als „Pinselheirich“ bekannte und in Sachsen geborene Heinrich Zille (1858–1929) im Leib-Grenadier-Regiment, erstes Brandenburgisches Nr. 8, von der Garnison Frankfurt an der Oder abgeordnet, im Zuchthaus Sonnenburg als Wachsoldat. Er hat dort diverse Bilder gezeichnet und gemalt. Für die kaiserlichen Soldaten waren Unterbringung und Verpflegung ähnlich prekär wie bei den dort Inhaftierten. Dazu kamen die Schikanen durch die Vorgesetzten. Er konnte sich aber sein Leben in Sonnenburg dadurch erleichtern, daß er in der von Schinkel 1814 neugestalteten Ordenskirche, die im Inneren mit den Wappen der Herrenmeister geschmückt ist, das Wappen der Familie seines vorgesetzten Leutnants abmalte.

In der Weimarer Republik wurden viele politische Aktivisten im Zuchthaus inhaftiert. Der bekannteste unter ihnen war der ebenfalls in Sachsen geborene Max Hoelz (1889–1933), der als Mitglied der KPD aufgrund seiner anarchistisch ausgeprägten Vorstellungen 1920/21 einen Aufstand in Sachsen initiierte. Daraufhin wurde er aus der KPD ausgeschlossen. 1921 war er wegen eines ihm zur Last gelegten Mordes an dem Gutsbesitzer Heß zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Täter dieses Mordes wurden aber später gefaßt. 1927 erschienen seine von E. E. Kisch herausgegebenen Zuchthausbriefe. Darin war ein Aufruf zahlreicher deutscher Intellektueller enthalten, der ein Wiederaufnahmeverfahren für Hoelz forderte. Aufgrund einer Amnestie kam er am 18. Juli 1928 frei. Zwischenzeitlich war er wieder der KPD beigetreten. 1929 siedelte er in die UdSSR über, wo er 1933 unter ungeklärten Umständen tödlich verunglückte.

Bis Anfang der 30er Jahre saßen in Sonnenburg vor allem Kriminelle, unter ihnen viele Schwerverbrecher, ein. 1931 wurde es aufgrund der miserablen Bedingungen geschlossen.

Das Konzentrationslager Sonnenburg

Das KZ wurde am 3. April 1933 als frühes staatliches Konzentrationslager für politische Gefangene auf Initiative des preußischen Ministeriums des Inneren und der Justiz in Sonnenburg bei Küstrin (an der Oder) in dem ehemaligen, nun geschlossenen Zuchthaus errichtet, da es in den Berliner Gefängnissen keinen Platz mehr gab.

Das KZ unterstand dem Polizeipräsidium Berlin. Bewacht wurden die im Rahmen der Reichstagsbrandverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg vom 28.2.1933 festgenommenen und zu „Schutzhäftlingen“ erklärten Antifaschisten von SA-Männern. Hermann Göring hatte als Reichskommissar im Innenministerium Preußens die Mörderbanden der SA am 22.2.1933 zur Hilfspolizei erklärt.

Obwohl die hygienischen Verhältnisse im Zuchthaus immer noch katastrophal waren, empfahlen Beamte des preußischen Justizministeriums dieses als günstigen Standort. Sie schätzten die Aufnahmekapazität des Gebäudes auf 941 sogenannte Schutzhäftlinge ein, die in Massenzellen zu je 20, 30 und 60 Personen oder in Einzelzellen inhaftiert werden sollten.

Am 3. April 1933 trafen die ersten 200 Gefangenen zusammen mit 60 SA-Hilfspolizisten aus dem Berliner Polizeipräsidium ein. Später erfolgte auf Anordnung des Chefs des preußischen Geheimen Staatspolizeiamts (Gestapa, noch nicht Gestapo) Rudolf Diels die Deportation von Häftlingen aus der Strafanstalt Gollnow in Pommern nach Sonnenburg, wodurch die Zahl der Inhaftierten auf 1000 Menschen anstieg. Die Häftlinge waren nicht nur den unmenschlichen sanitären Bedingungen ausgesetzt. Quälereien durch stundenlanges Exerzieren und strapaziöse, über Stunden andauernde Sportübungen waren an der Tagesordnung. Der Leidensweg bekannter und weniger bekannter Gegner des Faschismus aus verschiedenen politischen Lagern begann 1933 und endete leider zum Teil auch in der „Folterhöhle Sonnenburg“:

- **Ottomar Geschke** (1882–1957) Mitglied von SPD, USPD, KPD, SED, Arbeiter, Mitglied des Landtags (MdL) Preußen, Mitglied des Reichstags (MdR), KPD-Funktionär auch im ZK und Politbüro,

- Teilnehmer V. Weltkongress Kommunistische Internationale und anschl. im Sekretariat EKKI, Funktionär in der Roten Hilfe Deutschland, nach Verhaftung, Strafgefängnis Spandau, KZ Sonnenburg, Lichtenburg (Ltr. einer Widerstandsgruppe), später KZ Buchenwald, Haftentlassung, Zwangsverpflichtung, erneute Verhaftung im KZ Buchenwald, auf Todesmarsch durch Rote Armee befreit, Unterzeichner Aufruf KPD vom Juni 1945, Mitglied ZK KPD u. Landesvorsitzender Berlin, an Vorbereitung der Vereinigung von KPD u. SPD beteiligt, Mitgründer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) u. Vorsitzender, ab 1953 Mitglied im Komitee d. antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR u. im Rat der gesamtdeutschen VVN, Abgeordneter der Volkskammer;
- **Ernst Grube** (1890–1945), KPD, Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit (KGRS), Arbeiter, Arbeitersportler, Funktionär der KPD, später auch im ZK, Vorsitzender KGRS, MdL Sachsen, MdL Preußen, MdR, Teilnehmer an der Tagung des ZK der KPD in Ziegenhals, nach Verhaftung KZ Sonnenburg, Lichtenburg, KZ Buchenwald, Sachsenhausen, Bergen Belsen, nach Kriegsbeginn Entlassung, Dienstverpflichtung, Anschluß an Uhrig-Gruppe, 1942 erneute Verhaftung, Tod im KZ Bergen-Belsen durch Flecktyphus 1945;
 - **Wilhelm Kasper** (1892–1985), SPD; USPD; KPD, SED –1947 ausgeschlossen, 1967 DKP, Gewerkschaftsfunktionär, KPD-Funktionär, Geschäftsführer der KPD-Fraktion im preuß. Landtag, nach Verhaftung KZ Sonnenburg, trat aus dem KZ Sonnenburg, wo er schwer mißhandelt wurde, überstellt, als Zeuge für Ernst Torgler im Reichstagsbrandprozeß auf;
 - **Fritz Lange** (1898–1981), USPD, KPD, SED, Kommunist, KPD-Funktionär, Mitglied Roter Frontkämpferbund (RFB), Stadtverordneter von Berlin, Mitglied Bezirksverordnetenversammlung (MdBVV) Berlin-Neukölln, Widerstandskämpfer, Leiter Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der Deutschen Wirtschaftskommission, Bildungsminister in der DDR;
 - **Dr. Hans Litten** (1903–1938), jüdischer Abstammung, Antifaschist, Rechtsanwalt, als „Anwalt des Proletariats“ zog er sich den besonderen Haß der Faschisten auf sich, in diesem Zusammenhang ist besonders der Eden-Palast-Prozeß 1931 gegen Mitglieder des SA-Sturmes 33 bei dem er Hitler vorführte und die Verurteilung der Faschisten erreichte, zu beachten, in den Tod getrieben im KZ Dachau 1938;
 - **Erich Mühsam** (1878–1934), jüdischer Abstammung, Mitglied der Anarchistischen Vereinigung später FAUD, Antimilitarist, Anarchist, Antifaschist, Anführer der Münchner Räterepublik, dafür mit Festungshaft bestraft, Dichter und Publizist, ermordet im KZ Oranienburg 1934;
 - **Leo Müffelmann** (1881–1934), Archivar und Freimaurer, Tod nach KZ-Haft in Berlin 1934;
 - **Josef Nawrocki** (1880–1941), SPD, USPD, KPD, KPD-Funktionär, Stadtverordneter von Berlin und MdBVV Berlin-Köpenick, Tod infolge der Haftbedingungen und Unterlassung medizinischer Hilfe im Zuchthaus Sonnenburg 1941 während der Verbüßung einer achtjährigen Zuchthausstrafe;
 - **Michael Niederkirchner** (1882–1949), SPD, USPD, VKPD, KPD, SED, Teilnehmer an der Oktoberrevolution in Rußland, Antifaschist, Arbeiter und Gewerkschafter (IGM) in der RGO, KPD-Funktionär, Teilnehmer an der ZK-Konferenz der KPD in Ziegenhals, Mitbegründer des FDGB, VVN;
 - **Adolf Noetzel** (1903–1941), KPD, Antifaschist, bildender Künstler, malte in Sonnenburg Ossietzky, hingerichtet in Wiesbaden 1941;
 - **Ernst Oberdörster** (1888–1972), SPD, USPD, KPD, SED, Antifaschist, KPD-Funktionär, MdL Rheinland, später Preußen, Internationale Arbeiterhilfe, Leiter Konsumgenossenschaft in Berlin in der sowjetischen Besatzungszone;
 - **Carl von Ossietzky** (1889–1938), linker bürgerlicher Pazifist – „Soldaten sind Mörder“ – und Publizist, Mitgründer des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, Herausgeber der Weltbühne, 1936 Friedensnobelpreis, der einflußreiche linke Intellektuelle hatte sich den speziellen Haß der Faschisten zugezogen und wurde deshalb besonders gequält und gefoltert, Tod in Folge der schweren Mißhandlungen im Berliner Krankenhaus Nordend 1938
 - **Ernst Schneller** (1890–1944), SPD, KPD, als Offizier Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) seiner Einheit in der Novemberrevolution, organisiert den Widerstand gegen den Kapp-Putsch in Schwarzenberg, 1923 Leiter der Proletarischen Hundertschaften, als Lehrer Vorkämpfer für kostenlose Schulspeisung und Lernmittelfreiheit, MdL Sachsen, MdR, Leiter der Reichsparteischule in Schöneiche-Fichtenau, Teilnehmer der ZK-Tagung in Ziegenhals, ab 1933 zunächst in Polizeihaft, später in Sonnenburg, im KZ Sachsenhausen in der illegalen Leitung der KPD, ermordet durch die SS mit anderen prominenten Genossen im KZ Sachsenhausen 1944;
 - **Karl Amandus Sobkowski** (1892–1937), Kommunist, RFB-Funktionär, Arbeiter und 1926 Stadtverordneter in Frankfurt an der Oder, Tod in Folge der Mißhandlungen während der Haft 1937;
 - **Erich Steinfurth** (1896–1934), USPD, KPD, Eisenbahner, Funktionär Rote Hilfe Deutschland, 1929–1933 MdL Preußen, zunächst Plötzensee, dann in Sonnenburg, dort gelingt die illegale Übermittlung von Informationen über die menschenunwürdigen Verhältnisse in Sonnenburg, Ermordung in Berlin 1934, „auf der Flucht“ mit weiteren Genossen durch Gestapo-Beamte erschossen, verantw. PK Bruno Sattler, das Gedicht „John Schehr und Genossen“ von E. Weinert erinnert an die Ermordung der Kommunisten;
 - **Walter Stoecker** (1891–1939), SPD, USPD, KPD, führendes Mitglied ASR in Köln, MdR Fraktionsvorsitzender der KPD, Vorsitzender des Internationalen Bundes der Freunde der Sowjetunion, Teilnehmer an der ZK-Tagung in Ziegenhals, zunächst Sonnenburg, später Lichtenburg und ab 1937 KZ Buchenwald, dort im illegaler Lagerwiderstand, Tod durch Typhus im KZ Buchenwald 1939;
 - **Oskar Wegener** (1877–1962), SPD, SED, Widerstandskämpfer, 1918 Vorsitzender des ASR in Frankfurt/ Oder, Delegierter des Ersten Rätekongresses, Funktionär der SPD, MdL Preußen, ab 1933 Sonnenburg, Mitbegründer der SED und 1946 bis 1948 Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder, Mitglied des Volksrates 1948/49.
- ### Personal 1933–1934
- Als Kommandanten des frühen KZ fungierten:
- SA-Obersturmführer Paul Baehr
 - Polizeioberleutnant Gerhard Paessler
 - Polizeileutnant Bark
 - Polizeioberleutnant Siegmund
 - SA-Sturmführer Jahr
 - SS-Untersturmführer Paul Breuning
- SA-Obersturmführer Paul Baehr befahl zunächst die berüchtigten Berliner SA-Stürme 1/4 „Werner Wessel“ und 33/1 *Mordsturm* (Hans Maikowski), denen die Bewachung der Inhaftierten oblag. Dazu kamen als Verstärkung Beamte aus der preußischen Landespolizeigruppe z.B.V. „Wecke“. Teile der Berliner SA-Leute des Mordsturms Maikowski unter SA-Sturmbannführer Herbert Gehrke haben in der „Köpenicker Blutwoche“ Antifaschisten und jüdische Mitbürger gequält und ermordet. Ende August übernahm bis zur Auflösung des KZ, wie auch in vielen anderen frühen KZ, die SS das Kommando, mit 150 Angehörigen der SS-Standarte 27 aus Frankfurt an der Oder. Einer dieser Schergen war Heinz Adrian.
- Nach diversen Korruptionsskandalen wurde das Konzentrationslager Sonnenburg am 23. April 1934 geschlossen und die Insassen in andere Haftstätten überführt. Das Zuchthaus bestand, dem Kammergericht Berlin unterstellt, bis 1945 weiter.
- Torsten Postrach**
- Maßgeblich entstanden unter Nutzung der Seite de.Wikipedia.org: KZ Sonnenburg und der Broschüre „Das Martyrium Museum in Słonk“*

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat April 2026

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 11. April, um 11 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Freundeskreis Ernst Thälmann Max Renkl vom „Freundeskreis Ernst Thälmann e.V. Ziegenhals/Berlin“ zum Thema: **Thälmann, Ansporn im Kampf gegen Faschismus und Krieg.**

Ort: Restaurant „Jade Garden“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■ Regionalgruppe Teterow

Am Dienstag, dem 14. April, um 15 Uhr, spricht der Militärhistoriker Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukrainekrieg. Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO. Die andere Sicht.**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 15. April, um 18 Uhr, spricht Dr. Wolfgang Beck (ehem. Betriebsdirektor) zu seinem Buch **„Manifest der Bedarfswirtschaft“.**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 16. April, um 16 Uhr, spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) in Rostock, zum Thema: **Lateinamerika – Schauplatz der multipolaren Auseinandersetzung im 21. Jahrhundert**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 17. April, um 15 Uhr, spricht Albrecht Maurer (Strausberg) zum Thema: **Wehrpflicht und andere Zwangsdienste – Was steckt dahinter? Deutschlands Weg zur Kriegstüchtigkeit**

Ort: Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 17. April, um 15 Uhr spricht Torsten Rexin, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Russische Freundschaft e.V., zum Thema: **Ist Rußland wieder Feind Deutschlands?**

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 18. April, um 10 Uhr, spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Organisation „Friedenskoordination“ der Cottbuser Friedensfreunde der ehem. Major der Bundeswehr Florian Pfaff, Sprecher des Arbeitskreises „Kritische Soldaten – Darmstädter Signal“, zur **Militärpolitik der NATO und der gegenwärtigen Situation auf den Kriegsschauplätzen in Europa und Asien**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 18. April, um 10 Uhr, **Buchlesung „Tulpanow – Stalins Macher und Widersacher“** mit Dr. Inge Pardon (Historikerin)

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthersshagen

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 21. April, um 15 Uhr, spricht Uwe Trostel (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Plauen

Am Dienstag, dem 21. April, um 15 Uhr, spricht Gerhard Mertschen (cuba si) zum Thema: **Lateinamerika im Lichte der „Donroe-Doktrin“**

Ort: Begegnungszentrum der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Dresden

Am Dienstag, dem 21. April, um 17 Uhr, spricht Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: **Der 2 + 4-Vertrag zum Zeitpunkt seiner Entstehung und aus heutiger Sicht**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 21. April, um 18 Uhr, spricht Dr. Joachim Seider (Berlin) anlässlich des 80. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 zum Thema: **Die Möglichkeiten einer geeinten sozialistischen Partei**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 23. April, um 15 Uhr, **Diskussion zur Situation im Nahen Osten, besonders im Iran** Einführung von Joachim Zappe über Erlebnisse und Eindrücke von seiner Rundreise durch den Iran

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 25. April, um 10 Uhr: Lesung aus dem Buch von Werner Eggerath (16. März 1900 bis 16. Juni 1977) „Die fröhliche Beichte“ aus Anlaß des 80. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur SED; anschließend Diskussion

Ort: Bibliothek, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 25. April, um 10 Uhr, spricht der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Die DDR – Wirtschaft von den Anfängen bis zur Treuhandanstalt**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe Rostock

Am Montag, dem 4. Mai, um 18 Uhr: Film zum 90. Jahrestag des Beginns des spanischen Bürgerkriegs „Fünf Patronenhülsen“

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reuthersshagen

Die Veranstaltungen sind für jeden zugänglich.

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April

Zum 97. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April

Zum 96. Geburtstag

Dr. Werner Irmeler (Wandlitz) am 15. April

Zum 94. Geburtstag

Gerd Ziemann (Berlin) am 6. April

Zum 92. Geburtstag

Erika Saueremann (Halle) am 1. April

Zum 91. Geburtstag

Dr. Dr. Ernst Albrecht (Dormagen) am 12. April
Bernhard Wartke (Strausberg) am 20. April
Annelore Falke (Pöbneck) am 25. April
Prof. Dr. Siegfried Mechler (Berlin) am 26. April

Zum 90. Geburtstag

Manfred Miethke (Potsdam) am 5. April
Erwin Heitschmidt (Mechernich) am 29. April

Zum 85. Geburtstag

Hannelore Heinsch (Klosterfelde) am 2. April
Katharina Dreier (Berlin) am 11. April
Peter Elz (Königs Wusterhausen) am 16. April
Peter Müller (Freital) am 23. April

Zum 80. Geburtstag

Andreas Bendel (Dresden) am 23. April
Dr. phil. Berndt Heidtmann (Waren) am 27. April
Bernd Gündel (Crinitzberg) am 30. April

Zum 75. Geburtstag

Dieter Obst (Freiberg) am 12. April
Gudrun Stelmaszewski (Malchin) am 12. April

Zum 70. Geburtstag

Harald Krüger (Neuburg) am 8. April

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Unsere herzlichen Glückwünsche gehen an

Aribert Schilling,

der am 7. April seinen 75. Geburtstag begeht.

Aribert engagiert sich seit vielen Jahren im Versandkollektiv. Darüber ist er aktiv in mehreren linken Vereinen tätig. Lieber Aribert, wir bedanken uns bei Dir und wünschen für die kommende Zeit Gesundheit.

Vorstand und Redaktion



Solidarität mit Kuba

Auch im Februar fand an den beiden letzten Werktagen des Monats der Versand des aktuellen „RotFuchs“ statt. Trotz des in Berlin durchgeführten Streiks der BVG fanden sich am zweiten Versandtag ausreichend „RotFüchse“ ein, um abzusichern, daß unsere Leser nicht unnötig lange auf die wohl ersehnte Lieferung warten müssen. Während des Eintütens sprechen wir natürlich auch miteinander über die uns bewegenden aktuellen Geschehnisse und wie konnte es anders sein, berührten uns – mit Wut im Bauch – neben all den unerträglichen Nachrichten, die Angriffe auf Kuba besonders. Es bedurfte nicht vieler Worte, da wir alle gut informiert und uns einig sind, daß Kuba dringend unserer Solidarität bedarf, und so erbrachte die Spendensammlung unseres kleinen Kollektivs, obwohl viele von uns schon regelmäßig spenden, 155 €. Denn so viel ist sicher: Wenn Kuba fällt, ist es eine weitere große Niederlage für uns alle!

Monika Kauf, Berlin

Regiert Ehepaar Trump jetzt die Welt?

Vom derzeitigen US-Präsidenten ist man ja einiges gewohnt. Die Grenzen der USA scheinen weltweit zu verlaufen, wenn er Grönland zu deren Schutz braucht. Des weiteren scheinen ja nur seine moralischen Vorstellungen für die Welt gültig (und gut) zu sein, und wer die nicht erfüllt, muß weg. Der Präsident Venezuelas wird samt seiner Frau einfach festgenommen und entführt. Kuba paßt ihm auch nicht, das Land wird mit seiner maßlosen Blockade destabilisiert, Finanzen, Wirtschaft, Gesundheitswesen, alle Bereiche werden dem Kollaps preisgegeben. Auf Druck der USA beenden z.B. die Bahamas (Juni 2025) und Guatemala (Februar 2026) die langjährige Zusammenarbeit mit Kuba ganz speziell auf dem Gesundheitsgebiet. Trump meinte dazu (so Zitat in „Die Zeit“): „... es könnte zu einer ‚freundlichen Übernahme‘ kommen ...“. Nun ist der Iran dran. Ist es das vermutete Atomprogramm, die vorgegebene Gefahr für Israel, das Regime der Mullahs oder sind es einfach nur geostrategische

Gründe, um sich das Öl einzuverleiben? Die ewige Vorgabe der USA, Regime-Wechsel durchzuführen, um Demokratie zu verbreiten, hat bisher in den seltensten Fällen geklappt. Was nach den Interventionen eintrat, war meist Chaos, auch nach 20 Jahren Afghanistan. Und wenn der spanische Ministerpräsident und Außenminister Trump ob seiner Iranpolitik scharf kritisieren, heißt es wieder: „Die USA (sprich Trump) lassen sich von niemandem sagen, was sie zu tun und zu lassen haben.“ Gilt weltweit nur Trumps Moral, und von der EU incl. Deutschland wird das mit Artigkeit honoriert? Und nun leitete auch noch Trumps Ehefrau die 10.113. Sitzung des UN-Sicherheitsrates, des mächtigsten Gremiums der UNO? Welche politische Funktion prädestinierte sie dazu? (Das Thema lautete: Kinder, Technologie und Bildung in Konfliktsituationen.) Was dabei immer wieder verwundert: Fast die ganze westliche Welt (Spanien ist bis jetzt eine rühmliche Ausnahme), von Deutschland ganz zu schweigen, schaut tatenlos zu! Sind wir schon wieder dort, daß ein voller Bauch keine Fragen stellt? Werden Fragen erst gestellt, wenn z.B. der Spritpreis an den Tankstellen weit über zwei Euro/Liter steht und die Inflation horrend zunimmt?

Wolfgang Mengel, Stralsund

Gewinner und Verlierer der Weltpolitik

Es gibt diesen kleinen Teil der Menschheit, der gelernt hat, daß Macht nicht nur aus Waffen besteht, sondern: aus Geld – aus Ressourcen – aus Einfluß. Und daß man sich all dies kaufen kann. Und wenn man genug davon hat, hält man nicht mehr nur Aktienpakete oder Rohstoffquellen in der Hand – man hält ganze Gesellschaften in der Schwebe. Ganze Regionen im Würgegriff. Es ist ein seltsames Schauspiel: Chaos wird produziert, als wäre es ein kalkulierbares Nebenprodukt. Instabilität wird strategisch geplant. Und wenn Städte brennen, wenn Familien fliehen, wenn Kinder zu Zahlen in Statistiken werden, dann wird das alles in Worte gekleidet, die weich klingen: Befreiung – Sicherheit – Demokratie. Die Sprache ist dabei fast zynischer als die Taten. Denn wer profitiert am Ende? Sicher nicht die, denen man angeblich die Freiheit bringt. Freiheit läßt sich nicht aus der Luft abwerfen. Sie wächst nicht auf Trümmern. Sie entsteht nicht zwischen Drohnen und Sanktionen. Gewinner sind fast immer dieselben: Die, die liefern, die, die finanzieren, die, die vernetzt sind, die, deren Konten steigen, während anderswo das Licht ausgeht. Und Verlierer sind die, die keine Konferenzräume betreten, die, die keine Entscheidungen treffen (können), die, die nur leben woll(t)en. Und der Preis wird nicht in Währungen, er wird in Leben gezahlt. Nicht zu vergessen: Auf Konferenzen wird

über Klimaneutralität gesprochen, über Nachhaltigkeit, über Zukunftssicherung. Gleichzeitig werden Konflikte geführt, die Landschaften verwüsten, Infrastruktur zerstören und Ressourcen in einem Tempo verbrennen, das jeden Umweltgipfel ad absurdum führt. Man kann nicht von Rettung sprechen und gleichzeitig zerstören. Offenbar gilt: Gib jemandem ausreichend Macht, ausreichend Geld – und die Versuchung überwiegt, beides um jeden Preis zu erhalten, für den Preis, die Welt sukzessive an den Rand des Abgrunds zu bringen. Solange Wenige über Viele verfügen können, bleibt die Frage bestehen: Wie frei ist eine Welt, in der Entscheidungen mit globalen Folgen von einem Kreis getroffen werden, der selbst nie die Konsequenzen tragen muß?

Susanne Hahn, Löbnitz

US-Aggressionen

Es war zu erwarten: Kurze Irritation zur Wahrheit und deutsche Qualitätsmedien haben schnell zu IHRER Wahrheit gefunden. Der brutale Angreifer ist der Iran. Nicht die USA, nicht Israel als Angriffskrieger sind die Schuldigen. Die Angreifer sind die, die sich gegen Aggressoren verteidigen. So einfach geht das. So einfach werden Menschen verblödet. In Rußland und der Ukraine sieht die Wahrheit ganz anders aus. Der Regimewechsel mit Krieg ist in Nahost, im Iran ganz in Ordnung und völkerrechtlich legitim. Für Rußland gilt ein ganz anderes Völkerrecht, wenn es um westliche Interessen- und Einflußgebiete geht. Wie kommen deutsche Politiker dazu, im Namen des iranischen Volkes zu sprechen? Hat das iranische Volk die Befreiung mit Krieg erbeten? Hat das iranische Volk einen Regimewechsel von den USA und Iran gewünscht? Wünscht sich das iranische Volk die Schah-Herrschaft nun zurück? Wenn heute noch immer niemand bemerkt, wie Ereignisse in der Welt ganz willkürlich beurteilt werden, allein im Eigeninteresse kommentiert werden, was ist dann alles Geplärre um angebliche Demokratie und freie Meinungsbildung wert? Kriege ohne Lügen, wieviele hätten wohl nie geführt werden können. Kriege ohne die Völker kriegsbereit und -tüchtig zu machen, fast undenkbar. Kriege ohne hier die Guten und da die Bösen, wir kennen die Spiele. Kriege ohne ihre Wahrheiten mit Kapital-Krise-Krieg – kein Volk wäre auf die Schlachtfelder zu treiben, wenn es sich dessen bewußt würde.

Roland Winkler, Aue

Die Menschheit braucht Frieden, nicht Krieg

Nun war Herr Merz in China und machte einige Bemerkungen in Richtung Vernunft, bezogen auf die Wirtschaftsbeziehungen. Wenige Tage später sprach er mit

dem Kriegsverursacher Trump, befürwortete den Krieg des US-Imperialismus und seines Vasallen in Nahost gegen Iran. Sinngemäß sagte er, Iran sei der größte Terrorstaat und müsse deshalb zerstört (zerbommt) werden. Ist dieser Mensch nur schlecht informiert oder bössartig? Im Gegensatz zum US-Imperialismus hat Iran keinen Krieg angezettelt, keinen Staatschef entführt, keine Fischerboote versenkt, keine Regime Changes vollführt oder angedroht. Hat Herr Merz übersehen, daß Iran mit China und Rußland kooperiert? Es geht aber nicht nur um den Iran, der den Schah zum Teufel jagte. Es geht um den Weltfrieden, um Völkerrecht – weltweit. Herr Merz unterstützt die Kriegsverursacher und schadet dem Wohl des deutschen Volkes und dem aller Völker.

Horst Jäkel, Potsdam

Bis zum letzten Ukrainer

Der Krieg in der Ukraine begann als ein Weltordnungskrieg zwischen der NATO und Rußland, auf dem Rücken der Ukraine. Am 3. Februar 1990 erklärten die Außenminister der USA und Deutschland, Baker und Genscher, in der ARD-Tageschau, daß die NATO nicht über das Territorium der DDR hinaus und generell nicht erweitert wird. US-Außenminister Baker versprach am 9.2.1990 dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow, daß die NATO keinen Inch nach Osten erweitert werde. Inzwischen hat sie sich um 18 Staaten hauptsächlich ostwärts erweitert. Zusagen der NATO, wie die Vereinbarungen Minsk I und II, unter anderem mit der damaligen Kanzlerin Merkel, erwiesen sich als Täuschung. Und wieder steht ein Kredit für die Ukraine im Raum, damit der Krieg weiter finanziert werden kann.

Wenn die europäischen Staaten es wollten, wäre der Krieg schnell beendet. Es wurden schon mehr als genug Menschenleben ausgelöscht, von Elend und Zerstörung ganz zu schweigen.

Wilfried Schubert, Güstrow

Zum Beitrag „Gilt das Völkerrecht noch?“ im RF 3/26

Dr. Ulrich Sommerfeld schreibt in seinem Artikel, das Völkerrecht sei nach 1945 mit den Vereinten Nationen entstanden. Das trifft zwar im Sinne der UNO-Charta zu, aber die Wiege des Völkerrechts hat bereits 1648 in Osnabrück und Münster gestanden. Und das kam so:

Als der 30-jährige Krieg 25 Jahre währte und die Hälfte der mitteleuropäischen Bevölkerung dahingemeuchelt war, dämmerte es den damals Mächtigen, daß ein militärischer Sieg für niemanden mehr zu erringen war. Aber was tun? Wie bringt man an die 40 Kriegsparteien an den Verhandlungstisch? Darüber wurde in

den Hamburger Präliminarkonferenzen nachgedacht und heraus kamen insbesondere zwei Prinzipien, nämlich die Gleichberechtigung aller Staaten und das Gebot der Nicht-Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten. Diese beiden Prinzipien stehen auch ganz vorne in der UNO-Charta.

Insbesondere das Verbot der Verteufelung der jeweils anderen führte zum Erfolg im westfälischen Friedensschluß und bleibt bis heute der Königsweg der Diplomatie, was aber leider vom aggressiven Imperialismus gelegeunet wird.

Hartmut Böhm, Osnabrück

Zweierlei Maß beim olympischen Gedanken?

Nimmt man den Vorwurf des „völkerrechtswidrigen Angriffskrieges“ Rußlands als Begründung für das Verbot der Teilnahme an internationalen Wettkämpfen, wie den Olympischen Spielen, ernst, müßte er für eine ganze Reihe anderer Länder gleichermaßen gelten. An vorderster Stelle würden die USA stehen, die nicht nur die meisten Kriege seit 1945 geführt haben, sondern gerade aktuell mit dem Überfall auf Venezuela und dem völkerrechtswidrigen Überfall auf den Iran, gemeinsam mit dem mordenden Israel, deutlich machen, daß für sie wohl ein übergeordnetes Recht gilt. Wer nicht nach ihrer Pfeife tanzt, wie z.B. der Irak, Libyen, Syrien oder der Jemen, hat mit totaler Vernichtung zu rechnen. Auch Deutschland müßte mit dem Ausschluß von Olympia klarkommen, hat es sich doch 1999 am durch die UNO nicht gedeckten Überfall auf Jugoslawien beteiligt, bei dem tausende Zivilisten zu Tode kamen. Das gleiche trifft für Israel zu. Seit 1948 blockiert Israel die Zwei-Staaten-Lösung und vertreibt die Palästinenser aus dem ihnen gehörenden Land. Das erfolgt mit Gewalt und Terror. Der Gazakrieg ist ein völkerrechtswidriger Massenmord an den Palästinensern. Die Mehrheit der westlichen Welt sieht tatenlos zu und Deutschland beteiligt sich indirekt durch die massenweise Lieferung von Kriegsgerät. Aber auch der sich immer wieder als Moralapostel aufspielende Selenskyj hätte allen Grund, die Füße stillzuhalten. Er ist dafür verantwortlich, daß von 2014 bis 2022 mehr als 14 000, vor allem russischstämmige Ukrainer, in den Ostprovinzen ermordet wurden, was letztlich auch ein Grund für das militärische Eingreifen Rußlands war.

Ralf Kaestner, Bützow

Ein Kommentar im Deutschlandfunk

In einer Berichterstattung zum Ukraine-Krieg im Deutschlandfunk (12.2., 7.45 Uhr) erklärte der Kommentator: „... Die russische Kriegführung konzentriert sich derzeit darauf, ukrainische Zivilisten zu

töten ...“ (Am Vortag wurden vier Menschen durch russische Luftangriffe getötet). Wir stellen uns einmal vor, derselbe Deutschlandfunk hätte 2024 oder 2025 oder jetzt 2026, vor oder auch nach dem brüchigen „Waffenstillstand“ im israelisch besetzten palästinensischen Gaza-Streifen – vom Inhalt her völlig zutreffend – formuliert: „Die israelische Kriegsführung konzentriert sich derzeit darauf, palästinensische Zivilisten zu töten.“ Was wäre da los gewesen? Die Hölle wäre los gewesen! Der Sender hätte vorübergehend die Berichterstattung zum israelischen Völkermord im Gaza-Streifen eingestellt, sämtliche personell beteiligten Mitarbeiter, von der Genehmigungsstelle in der Sendeleitung über die Programmleiter bis zur Reinigungskraft im beteiligten DLF-Sendestudio wären höchstwahrscheinlich ruckzuck ausgetauscht/entlassen und medial beschmutzt worden. In Erfüllung der – gesetzlich nicht festgelegten – verpflichtenden deutschen Staatsräson selbstverständlich. So sieht's aus im demokratischen, staatsräsonalen Wesen der Bundesrepublik und seiner öffentlichen Sender.

Rüdiger Deißler, Berlin

Fanatismus ist kein Lösungsweg

Von der ukrainischen Kinderbuchautorin Nizoj haben vermutlich nur wenige hierzulande je etwas gehört oder gelesen. Muß man ja auch nicht. Wissen sollte man aber, daß sie nicht nur ukrainisch schreibt, sondern auch denkt. Und zwar so: Wer „moskalisches“, so heißt bei ihr die russische Sprache, spricht, verliert seine ukrainische Identität und wird zum „Moskale“. Sie sagt nicht „tschemodan, woksals, Rossija“, also „nimm den Koffer, geh zum Bahnhof und fahr nach Rußland“, wie das andere ukrainische Nationalisten tun, darunter auffällig viele, die russischsprachig aufgewachsen sind. (Das trifft für den dauernden Präsidenten wie für den dauernden Bürgermeister von Kiew, sorry, es muß jetzt „Kyiv“ heißen, zu.) Pani Nizoj befürwortet aber die Prügelstrafe, z.B. im Kindergarten für Sprößlinge aus russischsprachigen Familien, die auch dort natürlich russisch reden. Man darf wohl daran erinnern, daß 2012 unter Präsident Janukowitsch acht ukrainische Oblasti Russisch als zweite Amtssprache einführen, was für die autonome Krim schon immer galt. Und bei damaligen freien Wahlen gewann die „prorussische“ Partei der Regionen die Wahl zur Werchowina Rada, dem ukrainischen Parlament, und ihr Nikolai (oder Mykola) Asarow wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Das war selbstverständlich ein unhaltbarer Zustand, so, als ob in Belgien nur noch Politiker der niederländisch-flämisch sprechenden Provinzen am Staatsruder wären. In einem binationalen Land geht das einfach nicht. Aber das Wissen davon, daß die Ukraine

ein binationaler Staat ist, ob das Nationalisten beider Seiten nun paßt oder nicht, kann man offenbar in Deutschland wie im gesamten Westen mit der Lupe suchen. Weil es „uns“ eben gar nicht paßt. Da muß man auf die Ostexpansion von NATO und EU zurückkommen. Die muß auf „Teufel, komm raus“ vorangetrieben werden, auch unter Mißachtung eigener formaler Regeln, denn die gelten ja nur innerhalb der EU. Es wird darauf „gepfiffen“, daß Gebiete mit massiver russischer Bevölkerung wie Narwa in Estland, Dwinsk/Daugavpils in Lettland, der Osten von Moldawien oder eben die halbe Ukraine keine Abkehr von Rußland wollen. Aber durchsetzbar ist das – die quasi Vergewaltigung der Russen – nur mit der Hilfe einheimischer Nationalisten, Neofaschisten und solcher Fanatiker wie der Kinderbuchautorin Pani Nizoj.

Volker Wirth, Berlin

Zum Wiederaufbau der Semperoper Dresden

Alljährlich im Februar findet in Dresden der Semperoperball statt, dessen hundertjähriges Bestehen im vergangenen Jahr gefeiert wurde. Die Tradition brach 1939 ab und wurde nach langer Pause 2006 wieder aufgenommen. Die Semperoper wurde 1945 zerstört, in der DDR seit 1977 weitgehend originalgetreu rekonstruiert und am 13. Februar 1985 feierlich wiedereröffnet. Zu dieser Zeit war ich in Dresden, hatte mich nach Karten angestellt, aber leider keine bekommen. Ein Jahr später habe ich dann eine Vorstellung besucht und dieses Opernhaus auch von innen bewundert. Ich habe mir auch eine Ausstellung in der Kreuzkirche am Altmarkt über das zerbombte Dresden angeschaut, in der ein Zitat von Gerhart Hauptmann stand: „Ich habe mich meiner Tränen nicht geschämt!“. Auch die anderen Sehenswürdigkeiten in Dresden habe ich besucht, die zerstört waren und im alten Glanz wiederhergestellt wurden. Das wurde beim Dresdner Opernball keineswegs erwähnt und gewürdigt, weder im Fernsehen noch in den Zeitungen. Meiner Bekannten im Westen habe ich gesagt, daß ich das vermißt habe und sehr schade finde, worauf sie antwortete, daß sie dafür doch auch Geld gespendet haben. Ich war platt und sagte ihr, daß sie wohl die Frauenkirche meint, denn die Semperoper hat die DDR wiederaufgebaut. Ich kenne die Neubaugebiete von Berlin und Jena und meine Hochachtung gilt, damals wie heute, all den Leistungen der Menschen in der DDR, die das geschaffen haben, auch ohne Marshallplan. Darauf können wir stolz sein.

Rosalie Eberhardt, Großbreitenbach

Teilhabe ist Menschenrecht

„Eine Gesellschaft, die behinderte Menschen aller Art nicht als natürlichen Teil ihrer

selbst zu achten und zu behandeln weiß, spricht sich selbst das Urteil.“ (Gustav Heineemann, ehem. Bundespräsident 1969-1974) Ein wahres Wort. In der BRD ist die „selbstverständliche, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von individuellen Merkmalen wie Behinderung, Herkunft oder Geschlecht“ (Inklusion) aber keine Selbstverständlichkeit. Das seit 2016 existierende Teilhabegesetz soll die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen und befördern. Es ist im neunten Buch des Sozialgesetzbuches verankert. Deshalb darf die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) auch keine Schlupflöcher durch schwammige Formulierungen enthalten. Die Rechte behinderter Menschen durch fragwürdige Debatten in Frage zu stellen oder zu relativieren ist mit Artikel 1 des Grundgesetzes unvereinbar. Wie heißt es dort? „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und dazu zählt auch das Recht auf Chancengleichheit, Selbstbestimmung und die Teilhabe eines jeden Menschen, egal, ob behindert oder nicht. Die Würde des Menschen hat eine existentielle Bedeutung. Nach Jean Améry ist Würde ein „potentieller Lebensentzug“. (vgl. Jean Améry, Jenseits von Schuld und Sühne) So ist Würde ein Recht auf Leben! Bertolt Brecht schrieb: „Prüfe die Rechnung, du mußt sie bezahlen.“ Dieser Aufforderung folgte ich auf meine Weise und ließ mir den Änderungsbescheid für das Jahr 2026 für die Grundsicherung vom Sozialamt zur Kontrolle zuschicken. Da stand, daß ich eine „Überzahlung“ in Höhe von ca.140 Euro im Jahr 2025 erhalten hätte. Wie ist das möglich? Nach genauerem Hinschauen stellte ich fest, daß ich 2025 eine Rentenanpassung bzw. Rentenerhöhung erhalten hatte. Diese wurde mit der Grundsicherung verrechnet, bzw. letztere wurde gekürzt. Ich nenne das Diebstahl an Armen zugunsten der Aufrüstung und Vorbereitung zum Krieg. Diebstahl ist es auch, wenn die Rente bzw. das Entgelt faktisch zweimal versteuert wird. Von all diesem Ungemach sind etwa 739 000 Seniorinnen und Senioren betroffen!

Uwe Moldenhauer, Hemer

Politisches Denken erforderlicher denn je

Wir wünschen uns alle Frieden, eine Welt ohne Hunger, Armut, Ausbeutung und Krieg, aber so ist die Welt nicht, das Gegenteil ist der Fall. Nur erkennen es viele Menschen in diesem Land nicht. Sie glauben den Politikern und Medien oder sind völlig desinteressiert. Der Riß geht selbst durch Familien. Das hat Ursachen. Wie funktioniert die Gehirnwäsche? Da kann ich nur die Bücher von Prof. Rainer Mausfeld empfehlen.

Mausfeld ist emeritierter Prof. der Uni Kiel, sein Fach ist die Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. Zugegeben, die Lektüre ist nicht immer leicht zu lesen. Manchen Satz muß man zweimal lesen, hin und wieder das Fremdwörterbuch zu Rate ziehen, aber Mausfeld schreibt dennoch für uns Laien. In seinem ersten Buch „Warum schweigen die Lämmer“ (Untertitel: Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören) beschreibt er, welche Techniken der Neoliberalismus entwickelt hat, um die Herrschaft über die Gehirne der Menschen zu erhalten, sie zu lenken, über die mörderischen Schweinereien der USA usw. Nach dem Lesen dieser Bücher sieht man viel klarer, kann die heutige Weltlage und Politik besser begreifen, denn auch wir werden tagtäglich mit Propaganda übersüttet, ohne es vielleicht immer zu bemerken. Alle seine Bücher sind im Westend Verlag erschienen.

Rudolf Jahn, Hannover

Zum Beitrag „Ein bemerkenswertes Zeitdokument“ – RF 2/26

Mit dem Verweis auf das von Katrin Rohnstock herausgegebene Buch „Der große Schock“, Ostdeutsche erzählen von den Folgen der Treuhand-Politik, wurden Erinnerungen an diese engagierte Frau wach. So erlebte ich sie in der Tuchfabrik Gebr. Pfau, Crimmitschau. Zu einem Gespräch mit Prof. Christa Luft waren ehemalige Betriebsdirektoren aus hiesigen Betrieben eingeladen, um von ihrem Werdegang bis zur Wende und danach zu berichten. Es waren Erlebnisberichte aus sozialistischen Betrieben und von der anschließenden Abwicklung zu hören. Prof. Luft holte anhand volkswirtschaftlicher Dimensionen Wissen aus der Politischen Ökonomie aus der Versenkung hervor und sparte nicht mit aktuellen Zahlen. Diese etwa 380 Seiten umfassende Publikation über „Transformationserfahrungen aus Ostdeutschland“ wurde 2021 von Rohnstock Biografien herausgegeben. Auch hierin 58 autobiografische Erlebnisberichte z.B. aus Kultur, Wirtschaft, Wohnen, Polizei und Umweltschutz, die unter www.deine-geschichte-unsere.zukunft.de abgerufen werden können.

Ronald Wandel, Chemnitz

Dank an den „RotFuchs“

Den Leserbriefen von mir schon bekannten Verfassern kann ich nur zustimmen. Sie sprechen mir betreffs Ukraine, Iran und weiteren Kriegsplätzen der USA voll aus dem Herzen. Früher hörten wir viel über Kapitalismus und Imperialismus, nun erleben wir diese verbrecherischen Staatsformen am eigenen Leibe. Danke für diese Zeitschrift, die ich schon über 20 Jahre von Anfang bis Ende lese und weitergebe.

Sieglinde Ernst, Strasburg/Uckermark



Der Handschlag der Soldaten der Roten Armee und der US-Armee in Torgau im Mai 1945 jährt sich zum 81. Mal.

Aus diesem Anlaß findet am

25. April 2026, 11.30 Uhr, Brückenkopf Torgau, eine

FRIEDENSDEMONSTRATION zum TAG DER BEGEGNUNG TORGAU 1945-2026 statt

Die Unterstützer des Aufrufs zur Teilnahme an der Demo (DKP, Deutscher Freidenker-Verband, OKV, „RotFuchs“-Förderverein e.V., GRH, ISOR, SDAJ und andere) erklären:

- Die Menschen in Deutschland brauchen Frieden und Freundschaft mit Rußland und China.
- Wir kämpfen gegen Hochrüstung, Wehrpflicht und Waffenlieferungen.
- Wir kämpfen gegen Militarisation – Keine Bundeswehr an Schulen.
- Wir sind für Frieden in der Ukraine, der die Sicherheitsinteressen aller berücksichtigt.
- Wir sagen: die NATO ist Kriegsverursacher, deshalb „Raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland.“
- Wir brauchen Abrüstung, keine Atomwaffen – stoppt die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen, Atomwaffen raus aus Deutschland.
- Solidarität mit dem palästinensischen Volk – Stoppt den Völkermord.
- Wir wollen nicht weiter für die Kriegstüchtigkeit dieses Landes bezahlen, das Geld muß in Bildung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur investiert werden.
- Wir wollen Meinungsfreiheit im Kampf um Frieden und für internationale Solidarität ohne Gefahr von Sanktionierung und Verfolgung.

Kontakt: KommTreff-Torgau, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

Mail: torgau@dkp.de, Tel. 0172-3 13 29 38 / 0162-3 44 35 50

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobra
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki
Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Reiner Neubert
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.